



universität
wien

Masterarbeit

Titel der Masterarbeit

Demokratie braucht eine Wahl

Gegen die Alternativlosigkeit repräsentativer Demokratie

Verfasser

Hannes Schindler, B. A.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft UG2002

Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Stefanie Wöhl

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	- 3 -
I Theorie und Demokratie.....	- 6 -
1 Theoriearbeit.....	- 6 -
2 Die Frage: Was ist Demokratie?	- 8 -
3 Meine Suche nach einer Antwort	- 9 -
4 Radikale Demokratie	- 15 -
II Repräsentation als Antwort?.....	- 25 -
1 Repräsentation und demokratische Staaten.....	- 26 -
2 Repräsentation und Globalisierung	- 31 -
3 Repräsentation in der Theorie.....	- 36 -
3.1 ‚The concept of Representation‘	- 37 -
3.2 ‚Representation is Democracy‘	- 50 -
4 Repräsentation ein Paradoxon?	- 58 -
III Repräsentation ist keine Demokratie	- 62 -
1 Echte Demokratie Jetzt!.....	- 63 -
2 Die aristokratische Herkunft von Repräsentation.....	- 68 -
3 Die Stabilisierung von Gesellschaft.....	- 84 -
4 Ist (repräsentative) Demokratie unmöglich?.....	- 104 -
5 Repräsentation als Widerspruch von Demokratie	- 112 -
IV Präsenz als Alternative	- 115 -
1 Was ist Präsenz?.....	- 117 -
2 Grundsätze von Präsenzdemokratie	- 121 -
V Fazit	- 128 -
VI Literaturverzeichnis	- 131 -
1 Primärquellen.....	- 135 -
VII Anhang.....	- 136 -
1 Zusammenfassung.....	- 136 -
2 Abstract	- 138 -
3 Lebenslauf.....	- 140 -

Einleitung

Alle Fragen, die diese Arbeit aufwirft drehen sich um die Frage: „Was ist Demokratie?“. Auf diese Frage existiert keine einfache Antwort, stattdessen existieren verschiedene Antworten nebeneinander oder stehen im Widerspruch. Verschiedenste politische Theoretiker geben teilweise grundsätzlich unterschiedliche Antworten: Demokratie ist „Willkürherrschaft“ bei Aristoteles (Meyer 2009: 21), die „Regierung der Vielen“ bei Jean-Jacques Rousseau (Rousseau 1762: III 4) oder ein Paradox bei Chantal Mouffe (Mouffe 2005). Die Zeit, in der diese Antworten verfasst wurden, ist wichtig um die Positionen einordnen zu können, aber zu jeder Zeit haben verschiedene Definitionen und Positionen von Demokratie existiert. Der Diskussionsraum, in dem der Begriff genutzt wurde, hat sich also über die Jahrtausende geändert. Der Begriff selbst ist und war aber immer umkämpft (Rancière 2011: 77). Die Menge an Definitionen, Positionen und Meinungen von und über Demokratie ist unüberschaubar. So nutzte der Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, den Begriff Demokratie, um den Krieg gegen den Irak (2003) zu rechtfertigen. „President Bush today portrayed the war in Iraq as the latest front in the "global democratic revolution" led by the United States. The revolution under former president Ronald Reagan freed the people of Soviet-dominated Europe, he declared, and is destined now to liberate the Middle East as well“ (Barbash: 2003). Und an diesem Krieg nahm auch Spanien, in der so genannten „Koalition der Willigen“, teil. Aber nur acht Jahre später formiert sich eben dort eine Graswurzelbewegung gegen die Regierung, die echte Demokratie (¡Democracia Real Ya!) in ihrem Land einfordert. Einem Land, welches mit Waffengewalt Demokratie zu den IrakerInnen bringen wollte, wird nun von der eigenen Bevölkerung das Fehlen von Demokratie vorgeworfen. Es wird deutlich, dass die spanische Regierung und Präsident Bush etwas grundsätzlich anderes

unter Demokratie verstehen als die spanische Graswurzelbewegung. Demokratie meint, je nachdem wer gefragt wird, etwas anderes.

Diese anscheinende Beliebigkeit lässt beispielsweise Wendy Brown die Frage stellen, was von Demokratie übrig bleibt, wenn der Begriff dazu genutzt wird „imperiale Kreuzzüge des Westens“ zu rechtfertigen und sich von Berlusconi bis Derrida alle als Demokraten bezeichnen (Brown 2011: 45). „Democracy has historically unparalleled global popularity today yet has never been more conceptually footloose or substantively hollow“ (ebd. 44). Wendy Brown mag in ihrer Analyse Recht haben, dass Demokratie heute zu einem allumfassenden Begriff geworden ist, unter dem sich verschiedenste politische Positionen verbergen. Demokratie aus diesem Grund aufzugeben, ist aber ein Fehler: Der Begriff Demokratie mag leer erscheinen, wenn er beispielsweise dazu genutzt wird Kriege zu rechtfertigen oder Gerhard Schröder die Frage, ob Vladimir Putin ein lupenreiner Demokrat sei, bejaht. Zudem definieren sowohl die Verfassung der BRD als auch die der DDR ihren Staat als Demokratie definierten (tagesschau.de 2012, Art. 20 GG, Art. 1 DDRV). Dass so viele Menschen auf den Begriff zurückgreifen, hat zwangsläufig zur Folge, dass die Bedeutung des Begriffs einer immer größeren Varianz unterliegt (Rancière 2011: 78). Die Allgegenwärtigkeit des Begriffs zeugt aber auch von dessen Wirkungsmacht. Demokratie ist nicht nur bedeutsam, weil es die Beschreibung einer populären¹ Regierungsform ist. Demokratie ist bedeutsam, weil sie für viele Menschen die Hoffnung auf ein besseres Leben verkörpert. Demokratie steht dann für Freiheit, Gleichheit, Glück und Selbstbestimmung. Viele Menschen mögen sich mit der Realität westlicher ‚Demokratien‘ abgefunden haben, und das lässt Wendy Brown an dem Willen der Menschen zu ihrer Selbstbestimmung zweifeln. „As we have already said, the presumption of democracy as a good rests on the presumption that human beings

¹ Mit dem Begriff „populär“ beziehe ich mich auf Wendy Browns Analyse von Demokratie als eine die Regierungsform mit der global größten Popularität „popularity“ (Brown 2011: 44).

want to be self-legislating [...]. But, today, what historical evidence or philosophical precept permits us to assert that human beings want, as Dostoyevsky had it, 'freedom rather than bread?'" (ebd.: 54,55). Aber solange Menschen sich im Namen von Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Selbstbestimmung Panzern in den Weg stellen, Mauern einreißen, Plätze besetzen und Diktaturen stürzen, hat der Begriff Inhalt und Bedeutung. Solange Menschen Leib und Leben riskieren, um für ein besseres Leben zu kämpfen und zu streiten, ist der Begriff weder leer noch unbestimmt. Demokratie bedeutet die Herrschaft des Demos (altgriechisch für das Volk) und damit die Selbstbestimmung der Menschen über sich selbst. Und wenn Menschen für ihr Wohlergehen streiten, dann versuchen sie ihr Leben selbst zu bestimmen, auch dann wenn sie „nur“ Brot wollen. Selbstbestimmung ist kein theoretisches Ideal, das erreicht werden und auf Dauer gestellt werden kann. Es ist ein Augenblick des Widerstandes, der niemals eine endgültige und wahre Antwort produziert. Eine endgültige Antwort auf die Frage, was Demokratie ist, bedeutet die Reduktion der Herrschaft **Aller** auf die Herrschaft **Einiger** (vgl. Rancière 2002, vgl. Mouffe 2000). Es braucht Antworten um Demokratie Realität werden zu lassen, aber weder alle ‚freien griechischen Bürger‘² noch alle ‚StaatsbürgerInnen über 18 Jahren‘ dürfen die letzte Antwort auf diese Frage sein. Die Frage: „Was ist Demokratie?“ darf genau deshalb niemals eine endgültige Antwort haben. Demokratie aufzugeben, weil der Begriff unbestimmt ist, bedeutet Demokratie nicht zu verstehen. Und Demokratie aufzugeben, weil Menschen Brot wollen, ist Verrat an denjenigen, die Leib und Leben für die Idee von Freiheit und Demokratie riskieren oder gegeben haben. Dennoch besteht heute eine solche Antwort: Das aktuell herrschende Verständnis von Demokratie reduziert diese auf die Herrschaft der Mehrheit durch Repräsentation. Diese Arbeit ist gegen diese Selbstverständlichkeit verfasst, mit der Demokratie auf Repräsentation reduziert wird. Daher hat diese Arbeit zum Ziel, Widersprüche

² also weder Sklaven, Frauen oder Fremde

zwischen Demokratie und Repräsentation offen zu legen, um neue, andere Antworten auf die Frage „Was ist Demokratie?“ möglich zu machen. Der erste Teil dieser Arbeit stellt deren Methodik vor und arbeitet das Verständnis des Verfassers von Theorie und Demokratie heraus. Im zweiten Teil stellt diese Arbeit das hegemoniale Modell von Demokratie in der Praxis und der Theorie vor und arbeitet Widersprüche innerhalb des Modells heraus. Im dritten Teil setzt sich diese Arbeit mit den Widersprüchen zwischen dem Verständnis von Demokratie des Verfassers und dem hegemonialen Modell von Demokratie auseinander. Von zentraler Bedeutung wird hier sein, die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs darzustellen und zu zeigen, dass Repräsentation dazu dienen soll, Gesellschaften zu stabilisieren und die Veränderung der herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse zu verhindern. Diese Arbeit beschränkt sich aber nicht darauf, diese historischen Tatsachen darzustellen, sondern zeigt auf, welche Wirkung dieses Erbe des Repräsentationsbegriffs für heutige staatliche demokratische Praxis hat und weist die Alternativlosigkeit von repräsentativen Systemen für moderne Demokratien zurück. Im vierten Teil setzt diese Arbeit dann dem repräsentativen Modell von Demokratie einen Vorschlag für ein alternatives anderes Modell von Demokratie entgegen - Präsenzdemokratie. Diese Alternative dient dazu, die zentrale These dieser Arbeit zu unterstreichen: Ein repräsentatives System darf nicht die einzige Form sein, die demokratisches Regieren in modernen Demokratien annimmt. Demokratie braucht stattdessen eine Wahl zwischen verschiedenen Formen ihrer Realisierung, denn nur so ist es möglich Antwort auf die Frage: „Was ist Demokratie?“ zu finden, ohne eine endgültige letzte Antwort zu geben.

I Theorie und Demokratie

Der erste Teil widmet sich der Vorstellung dieser Arbeit. Dabei wird in einem ersten Schritt das Theorieverständnis des Verfassers vorgestellt. Im zweiten Schritt wird die Fragestellung dieser Arbeit erläutert und in einem dritten Schritt die Methode und der Aufbau dieser Arbeit vorgestellt. Im letzten Schritt wird dann mit Hilfe der Demokratietheorie von Chantal Mouffe und Jaques Rancière ein Verständnis von Demokratie entworfen, welches diese als momenthafte gegenhegemoniale Praxis versteht, deren Realisierung einen Widerspruch in sich selbst produzieren muss. Darauf aufbauend wird die Frage beantwortet, ob innerhalb dieses Verständnisses von Demokratie demokratische Institutionen existieren können.

1 Theoriearbeit

Demokratie ist ein politischer Begriff und daher ist deren Bedeutung umkämpft. Begriffe sind die Werkzeuge und Waffen politischer Auseinandersetzung, das Verständnis eines Begriffes bestimmt, wer diesen wie verwenden kann. Daher ist es gerade dann wichtig, an Kämpfen um Begriffe teilzunehmen, wenn Begriffe wirkungsmächtig sind und ihre Bedeutung gleichzeitig umstritten ist. „[Kämpfe um Begriffe] zielen darauf ab, die herrschenden Deutungsmuster anzugreifen und den von ihnen unterdrückten und unsichtbar gemachten Interpretationen von Wirklichkeit Anerkennung zu verschaffen“ (Brand 2005: 127-128, vgl. Jörke 2006: 254). Gerade weil Demokratie so allgegenwärtig ist und ein herrschendes Deutungsmuster existiert, das den Begriff auf Wahlen und Rechtsstaatlichkeit reduziert, möchte ich einem anderen Verständnis von Demokratie in dieser Arbeit Raum geben und mich an dem Kampf um die Bedeutung des Begriffs Demokratie beteiligen.

Demokratie ist ein politischer Begriff und somit zwangsweise normativ (Rancière 2011: 78). Eine objektive Auseinandersetzung über Demokratie kann es nicht geben. „Theorien sind niemals ‚neutral‘ oder gar ‚objektiv‘, auch sie bilden spezifische Interessenlagen ab, sind also als ‚Interessengeleitete Diskurse‘ freizulegen“ (Kreisky 2012: 2; vgl. Falter 2012: 3). Jede Theorie ist also ein interessengeleiteter Eingriff in die gesellschaftliche Herstellung von Bedeutung. Es ist daher an dieser Stelle erforderlich, meinen eigenen Standpunkt und das Ziel dieser Arbeit offen zu legen: Ich will keine objektiven Wahrheiten entdecken. Im Gegenteil - ich will politische Theorie für die Menschen entwickeln, die auf Plätzen, Straßen und Gleisen sitzen.

Die Reduktion von Demokratie auf Wahlen und Rechtsstaatlichkeit ist die Reduktion von Demokratie auf ein repräsentatives System. Durch die Repräsentationskritik der spanischen „¡Democracia Real Ya!“-Bewegung und der Occupy-Bewegung, ist diese Reduktion offengelegt worden. Der Kampf um die Bedeutung von Demokratie ist so in das Zentrum zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzungen gerückt. Aus diesem Grund habe ich mich dazu entschlossen, eine solche Kritik von politischer Repräsentation wissenschaftlich zu unterfüttern. Gegen die als alternativlos verstandene repräsentative Form von Demokratie (Meyer 2009: 83) werde ich daher eine eigene Alternative formulieren. Diese Alternative soll nicht nur einen Gegenpol zum herrschenden Modell bilden, es ist genauso wichtig, dass meine Ideen dadurch angreifbar werden. Beide Bedeutungen von angreifbar sind hierfür gleich wichtig: Erstens möchte ich wirkliche Vorschläge machen, die begreifbar sind, anstatt bei der Kritik des herrschenden Modells stehenzubleiben. Und zweitens möchte ich nicht nur allgemeine Formeln aufstellen, auf die sich im Prinzip alle einigen können, sondern etwas Konkretes formulieren, das zu Kritik einlädt. Auch wenn ich im Rahmen dieser Arbeit Antworten auf die Frage finden werde, was Demokratie bedeutet, geht es also **nicht** darum, diese Antworten für Andere durchzusetzen - sie zu Wahrheit zu machen. Es geht im Gegenteil darum, mit meinen Antworten neue Fragen auf-

zuwerfen; den Diskussionsraum durch Antworten nicht zu schließen, sondern diesen für neue Ideen zu öffnen. Demokratietheorie kann niemals mehr als Anregung für Menschen sein, die Demokratie leben. Meine Hoffnung ist, dass sich meine Antworten für Andere als nützlich erweisen, um ihre eigenen Antworten zu finden und Demokratie zu leben.

Dazu ist es notwendig, Theorie selbst zu demokratisieren. Der Inhalt von Demokratietheorie muss in einer Art und Weise verfasst sein, sodass sie von möglichst vielen Menschen gelesen und verstanden werden kann (vgl. Jörke 2006: 259). Dieser Anspruch steht dabei in einem Widerspruch zu den Erfordernissen wissenschaftlichen Arbeitens. Dieses verlangt nach Genauigkeit und Präzision in der Sprache. Der Bedeutungsspielraum von Alltagssprache ist aber wesentlich größer als bei wissenschaftlichen Fachbegriffen, die einen bestimmten Sachverhalt möglichst genau beschreiben und definieren sollen. Der Verzicht auf Fachvokabular lässt also unterschiedliche Interpretationen zu und produziert somit Ungenauigkeit. Demokratietheorie zu demokratisieren bedeutet folglich, dass das Formulieren eloquenter Fachtermini, im Dienste einer Differenzierung des wissenschaftlichen Anspruches von vulgär diskursiver Artikulation, zu vermeiden ist. Stattdessen werde ich mich bemühen, einfach und direkt zu schreiben und, wo es möglich ist, auf Fachbegriffe verzichten. In dieser Masterarbeit ist Fachvokabular aber nicht vollständig vermeidbar, insbesondere für zentrale Begriffe.

2 Die Frage: Was ist Demokratie?

Die Fragestellung dieser Arbeit lautet: Was ist eine demokratische Praxis, wenn Demokratie nicht als repräsentative Demokratie verstanden wird, sondern als ein unauflösbarer Widerspruch in sich selbst? Um diese Frage zu beantworten werde ich Widersprüche in dem herrschenden Verhältnis von Repräsentation und

Demokratie aufzeigen. Und zwar sowohl die Widersprüche innerhalb der Konzeption repräsentativer Demokratie selbst, sowie in der Verknüpfung von Repräsentation und Demokratie. Auf der Grundlage der aufgedeckten Widersprüche werde ich dann Alternativen zu dem hegemonialen Modell von Demokratie formulieren.

3 Meine Suche nach einer Antwort

Die Frage „Was ist Demokratie?“ scheint auf den ersten Blick eine einfache und eindeutige Antwort zu haben: Ein Staat, der die Menschenrechte achtet, eine Verfassung besitzt, rechtsstaatlich organisiert ist und in dem Repräsentanten gewählt werden. Demokratie und Repräsentation sind auf das engste miteinander verknüpft und zwar sowohl auf der Ebene existierender politischer Systeme, als auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Demokratie. Auf der Ebene des Nationalstaats bestehen zwar unterschiedliche Varianten repräsentativer Demokratie, aber wirkliche Alternativen erscheinen seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus unrealistisch. Und auch auf der Ebene politischer Theorie ist das repräsentative Modell von Demokratie vorherrschend. „Als die best mögliche Annäherung an die demokratischen Normen im Rahmen des Nationalstaats hat sich in Theorie und Praxis der Entwicklung der Demokratie im Verlauf des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts das Prinzip der Repräsentation behauptet“ (Meyer 2009: 83). Das Modell ‚repräsentative Demokratie‘ hat sich gegen andere Interpretationen von Demokratie durchgesetzt und ist zu dem vorherrschenden Modell von Demokratie geworden. Die ‚repräsentative Demokratie‘ ist das hegemoniale Modell von Demokratie. Hegemonie verstehe ich nicht einfach als die Vorherrschaft eines bestimmten Konzeptes, sondern Hegemonie bestimmt das, was in einer Gesellschaft denk- und sagbar ist (vgl. Brand 2005: 9,10; vgl. Mouffe 2005: 21). Es ist die ‚Verständigung‘ über das, was in

einer Gesellschaft ‚normal‘ ist. Hegemonie bestimmt, wie wir etwas verstehen, wie wir unsere Umwelt wahrnehmen. Eine politikwissenschaftliche, empirische Analyse beobachtet unsere Umwelt und zieht aus diesen Beobachtungen Schlüsse. Will man aus diesen Beobachtungen der Gesellschaft möglichst objektive Wahrheiten ableiten, ist das Ergebnis das, was Hegemonie für sag- und denkbar erklärt (vgl. Kreisky 2012: 3, 4). Politikwissenschaftliche Arbeiten müssen also mit Hegemonie umgehen - der Tatsache, dass bestimmte Dinge in Gesellschaften sag- und denkbar sind, während andere dies nicht sind. Wenn das Thema das hegemoniale Modell von Demokratie ist, muss dies selbst dargestellt werden. Das bedeutet Hegemonie darzustellen, also etwas Selbstverständliches - etwas, das alle schon zu wissen glauben. Aber nur so ist es möglich, die durch Hegemonie unsichtbar gemachten Bruchstellen und Widersprüche zu finden. Etwas wird dann hegemonial, wenn es nicht mehr in Zweifel gezogen werden kann. Das bedeutet, dass Kritik entweder für unnormal (unvernünftig, utopisch, verrückt etc.) erklärt wird oder so vereinnahmt wird, dass sie die Hegemonie nicht mehr gefährdet. Hegemonie bedeutet also nicht, dass Kritik an einem hegemonialen Zustand völlig ausgeschlossen ist, sondern dass die Kritik selbst ein Teil der Hegemonie ist. Um Hegemonie wirklich infrage stellen zu können, ist es also nötig, das Selbstverständliche so darzustellen, als sei es etwas Besonderes. Es geht darum, durch die Dekonstruktion von Hegemonie einen Moment der Verwunderung zu schaffen, nur so treten die Bruchstellen und Widersprüche des Selbstverständlichen als etwas Neues zu Tage. Um dies zu erreichen ist diese Arbeit wie folgend aufgebaut:

Im diesem ersten Teil habe ich bereits mein Verständnis von Theorie dargestellt und werde also im letzten Abschnitt dieses Teils mein Verständnis von Demokratie vorstellen. Die Grundlage meiner Argumentation ist ein radikales Verständnis von Demokratie. Eine Reihe Autoren haben wichtige Beiträge für ein

anderes Verständnis von Demokratie geliefert: Lefort (1990), Derrida (1996), Rosanvallon (2006; 2008), Abensour (2012) oder Sauer (2001) (vgl. Jörke 2006). Im Rahmen dieser Arbeit konzentriere ich mich hingegen auf die Theorien von Chantal Mouffe und Jacques Rancière. Diese beiden Autoren sind für mein theoretisches Verständnis von Demokratie zentral. Die agonale Demokratietheorie von Chantal Mouffe hat mir in meiner Auseinandersetzung mit Zivilem Ungehorsam (Schindler 2009) den entscheidenden Anstoß für eine demokratische und politische Reformulierung des Begriffs gegeben. Chantal Mouffe betont die Bedeutung von Konflikt und Veränderung für Demokratie (Mouffe 2005: 104). Diese beiden Begriffe sind für mich das zentrale Moment meines Verständnisses von Demokratie und sind auch für meine Kritik an Repräsentation ausschlaggebend. Jacques Rancière ist aus zwei Gründen für diese Arbeit bedeutsam: Erstens setzt er sich direkt mit dem Verhältnis von Demokratie und Repräsentation auseinander und zweitens betont er die Momenthaftigkeit von Demokratie (Rancière 2006: 41-49; Rancière 2002: 108,109). Er setzt Demokratie so in einen Gegensatz zu Institutionen und Staatlichkeit. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zu Mouffes konkreten Vorschlägen für ein ‚Neues Linkes Projekt‘ (Mouffe 2000: 22). Ich verstehe diese Positionen aber nicht als einen Widerspruch, sondern als ein Spannungsverhältnis, welches sich produktiv nutzen lässt. Mit Hilfe dieser beiden Theorien werde ich also in einem ersten Schritt mein eigenes Verständnis von Demokratie herausarbeiten und erklären was der Begriff ‚demokratische Institution‘ für mich bedeutet.

Im zweiten Teil beschreibe ich dann das hegemoniale Modell von Demokratie. Und zwar erstens in der politischen Praxis moderner Nationalstaaten und der Analyse dieser Praxis durch die Politikwissenschaft und zweitens auf der Ebene der Theorie. Die theoretische Aufarbeitung repräsentativer Demokratie ist zentral, um die Selbstverständlichkeit dieser im Folgenden infrage stellen zu können. Zu

Beginn stelle ich das hegemoniale Modell repräsentativer Demokratie in der Praxis moderner Nationalstaaten vor. Anhand von Beispielen zeige ich anschließend, wie dieses Modell Einzug in die politikwissenschaftliche Ausbildung und den ‚Mainstream‘ der Politikwissenschaft gefunden hat. Anstatt eine eigene empirische Hegemonieanalyse durchzuführen, nutze ich Manfred G. Schmidts „Wörterbuch zur Politik“ (2004) und Thomas Meyers „Was ist Demokratie“ (2009) als Beispiele für das hegemoniale Verständnis von Demokratie. Diese stehen für eine Reihe von politikwissenschaftlichen Lexika und politikwissenschaftlichen Lehrbüchern (Hague/Harrop 2004; Drechsler/Hilligen/Neumann: 2003; Schmidt 2008), die ähnliche Positionen zu den Themen Demokratie und Repräsentation beinhalten. Sie bieten einen Einstiegspunkt, der zu weiterer Literatur führen soll, aber gleichzeitig, besonders im Studium, das erste Verständnis des Begriffs formt. Politikwissenschaftliche Lexika beinhalten das, was in der Politikwissenschaft normalerweise unter einem Begriff verstanden wird, sie sind somit ein Ausdruck der Standardisierung von Begriffen durch Hegemonie. Einträge in Lexika sind daher für diese Arbeit ideal, da sie einen Zugang zu einem direkten Ausdruck des hegemonialen Verständnisses von Demokratie in der Politikwissenschaft bilden. Diese empirische Auseinandersetzung mit dem herrschenden Verständnis repräsentativer Demokratie ist nicht als dezidierte empirische Untersuchung zu verstehen, sondern als Schlaglichter, die dazu dienen, meine theoretische Argumentation zu untermauern. Mit Hilfe von Texten von Michael Zürn (1998) sowie Bernhard Zangl und Phillip Geschel (2008) werde ich im Folgenden zeigen, dass die Hegemonie repräsentativer Demokratie sich auch in politikwissenschaftlichen Texten findet, die sich nicht direkt mit der Bedeutung von Demokratie und Repräsentation auseinandersetzen. Diese beiden Texte über die Folgen und den Umgang mit gesellschaftlicher Denationalisierung stehen hierbei für den ‚Mainstream‘ der Politikwissenschaft und ihrer Debatte über Globalisierung.

Nachdem ich gezeigt habe, dass Demokratie und Repräsentation in dem herrschenden Modell von Demokratie auf das Engste miteinander verwoben sind und

ich weiterhin gezeigt habe, wie sich dies im ‚Mainstream‘ politikwissenschaftlicher Analysen fortsetzt, werde ich mich mit den theoretischen Grundlagen des Repräsentationsbegriffs anhand von zwei Beispielen auseinandersetzen. Diese habe ich aus einer Reihe anderer Texte ausgewählt, die ebenso eine Analyse des hegemonialen Modells von Repräsentation erlaubt hätten, wie Urbinati (2002), Manin (2007) oder Shapiro (2009). Mein erstes Beispiel ist Hannah Fenichel Pitkins Buch „The concept of Representation“ (1967). Es ist eines der Standardwerke über politische Repräsentation und daher auch für eine Kritik dieses Prinzips besonders relevant. Sowohl Nadia Urbinati und Mark Warren, als auch David Plotke betonen den Einfluss dieses Buches (vgl. Urbinati/Warren 2008: 393; vgl. Plotke 1997: 27). Was Pitkins Position für meine Arbeit besonders interessant macht, ist, dass sich ihr Verständnis des Verhältnisses von Repräsentation und Demokratie grundsätzlich verändert hat (Pitkin 2004). Dieser Wandel ist vor dem Hintergrund der Bedeutung ihres Buches umso bemerkenswerter.

Mein zweites Beispiel für eine theoretische Auseinandersetzung mit Repräsentation ist David Plotkes „democracy is representation“ (1997). Dessen Text wird von Urbinati und Warren als Wendepunkt in der Debatte um Demokratie und Repräsentation ausgemacht (Urbinati/Warren 2008: 395). Denn anstatt die Verbindung von Demokratie und Repräsentation implizit anzunehmen, erklärt Plotke Repräsentation zu einer notwendigen Bedingung für Demokratie (Plotke 1997: 27, 32). Diese offene Verknüpfung von Demokratie und Repräsentation erlaubt es mir einerseits, einen starken Kontrast zu meiner späteren Kritik aufzubauen, andererseits stelle ich so eine Gegenposition zu meiner eigenen dar. Am Ende dieses Teils werde ich dann Widersprüche und Gemeinsamkeiten innerhalb der vorgestellten Beispiele aufarbeiten.

Im dritten Teil mache ich Widersprüche und Bruchstellen des, im zweiten Teil vorgestellten, hegemonialen Modells repräsentativer Demokratie sichtbar. Ich werde zeigen, dass die Verbindung von Demokratie und Repräsentation weder zwangsläufig noch natürlich ist. Demokratie und Repräsentation sind nicht nur nicht bedeutungsgleich, sondern haben grundsätzlich verschiedene Wurzeln und Grundsätze. Zentral für diese Überlegungen ist die ‚doppelte Repräsentationskritik‘ der Protestierenden in Spanien und Griechenland und der Occupy-Bewegung. Die Repräsentationskritik dieser Bewegungen war der Startpunkt meiner Überlegungen zu dieser Arbeit und daher ist deren Ziel, diese wissenschaftlich zu unterfüttern. Im Folgenden arbeite ich drei zentrale Widersprüche zwischen meinem Verständnis von Demokratie und dem hegemonialen Modell von Demokratie heraus: Erstens beinhaltet Repräsentation aristokratische Wurzeln, die dem Gleichheitsanspruch von Demokratie widersprechen. Zweitens stabilisiert Repräsentation Gesellschaften und widerspricht damit sowohl Mouffes als auch Rancières Konstruktion von Demokratie als ein Paradoxon. Drittens zeige ich anhand von David Plotkes Argumentation, dass seine Kritik an direkten Formen von Demokratie ebenso auf seinen eigenen Vorschlag einer repräsentativen Demokratie anzuwenden ist.

Im vierten Teil stelle ich meine Alternative zu dem hegemonialen Modell von Demokratie vor. Die Hegemonie repräsentativer Demokratie, welche diese beiden Begriffe auf das Engste miteinander verknüpft, bedeutet aber, dass es unmöglich ist, eine Alternative von Demokratie alleine zu denken. Denn Demokratie ist heute nicht vollständig befreit von den Grundsätzen von Repräsentation denkbar. Daher beziehe ich mich weiterhin auf das hegemoniale Modell und konstruiere meine Alternative als Gegensatz zu diesem. Ich zeige auf, dass durch das hegemoniale Modell die wirkliche Anwesenheit von Menschen entpolitisiert und delegitimiert wird. Der Gegensatz zu Repräsentation ist somit Präsenz und meine Alternative

zu dem herrschenden Modell ist dementsprechend Präsenzdemokratie. Ich stelle zuerst zentrale Grundsätze von Präsenzdemokratie auf, um dann einen Vorschlag zu deren Realisierung zu machen. Die Formulierung einer theoretischen Alternative zu einer realen Praxis bedeutet letztendlich unzureichende Antworten zu geben, da Theorie nicht einfach in die Realität übertragbar ist. Dennoch unternehme ich diesen Versuch. Denn so binde ich meine Theorie an reale politische Praxis zurück (Jörke 2006: 256) und gebe eine Antwort auf die Frage, was echte Demokratie - „*Democracia Real Ya!*“ - bedeuten kann. Wichtiger ist jedoch, dass ich mich durch die Formulierung von Alternativen selbst angreifbar mache. Ich beschränke mich also nicht nur auf Kritik oder allgemeine Grundsätze, sondern übersetze diese in einen Vorschlag für reale Praxis, um die Radikalität der Theorie deutlich zu machen und Widerspruch zu provozieren.

4 Radikale Demokratie

In dieser Arbeit stütze ich mich auf einen radikalen Entwurf von Demokratie. Demokratie begreife ich nicht als eine Staats- oder Gesellschaftsform, sondern stattdessen von ihren Wurzeln her als ein Phänomen, in welchem eine Gesellschaft ihre eigene Ordnung immer wieder infrage stellt (Rancière 2002: 108). Als Basis meiner Überlegungen dient die Überzeugung, dass Realität gesellschaftlich konstruiert ist. Mit Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (2001) verstehe ich daher hegemoniale Diskurse als Grundmuster von Gesellschaft. Gesellschaft wird von Menschen konstruiert, dabei werden bestimmte Vorstellungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse hegemonial. Diese Vorstellung bildet dann gemeinsam mit „sedimentierten“ früheren Vorstellungen gesellschaftliche Realität (Laclau/Mouffe 2001: x; 113,114; Mouffe 2007: 25,26). Das bedeutet nicht, dass Diskurse einfach nur Sprache sind und reale Tatsachen keine Rolle spielen. Diskurse sind materiell. Sie sind die kommunikative Praxis zwischen Menschen

und bestimmen Bedeutung und damit, was Menschen in einer Gesellschaft denken und sagen können. Diskurse bauen auf anderen Diskursen auf und bestimmen diese mit, sie geben rechteckigen Stücken aus Baumwolle und Farbe die Bedeutung eines Zahlungsmittels, sie lassen Menschen Befehle ausführen und halten so Diktatoren an der Macht. Diskurse sind keine Gedankenwelt, die sich von der realen Welt unterscheidet; Sie sind unsere Umwelt (Laclau/Mouffe 2001: 108). „The fact that every object is constituted as an object of discourse has nothing to do with whether there is a world external to thought, or with the realism/idealism opposition. An earthquake or the falling of a brick is an event that certainly exists, in the sense that it occurs here and now, independently of my will. But whether their specificity as objects is constructed in terms of ‘natural phenomena’ or ‘expression of the wrath of God’, depends upon structuring of a discursive field” (ebd.). Hegemoniale Diskurse geben Realität Bedeutung, indem sie einer bestimmten Interpretation der Realität eine Vormachtstellung geben. Diese Bedeutung der Realität erhält so den Status des ‘natürlichen’ oder ‘selbstverständlichen’. “[A]ny social objectivity is constituted through acts of power. This means that any social objectivity is ultimately political and has to show traces of the acts of exclusion which govern its constitution; what, following Derrida, can be referred to as its ‘constitutive outside’. [...] every object has inscribed in its very being something other than itself and that as result, everything is constructed as a difference, that its being cannot be conceived as a pure ‘presence’ or ‘objectivity’” (Mouffe 2005: 21; vgl. Mouffe, Laclau 2001: 129). Diese Verbindung zwischen Macht und Objektivität ist es, die Mouffe und Laclau als Hegemonie verstehen (Mouffe 2005: 21). Was Menschen als objektiv begreifen ist also das Produkt von Machtverhältnissen. Das bedeutet, dass Hegemonie immer eine Form des Ausschlusses in sich trägt. Ein bestimmter Diskurs ist hegemonial, weil andere Bedeutungen von Realität marginalisiert sind. Da Hegemonie immer eine Entscheidung beinhaltet, welche auf früheren, ähnlichen Entscheidungen aufbaut, die auf noch früheren Entscheidungen aufbauen, ist die gesellschaftliche Konstruktion

von Hegemonie politisch. Der zentrale Punkt dieses Ansatzes ist, dass keine letzte Erklärung, kein fester Punkt existiert. Kein Punkt, der es erlaubt, auf reiner Vernunft basierende Entscheidungen zu treffen. Da sich soziale Realität durch Unterscheidung, durch Differenz konstruiert, zwischen dem, was Etwas ist, und dem Anderen (Mouffe 2000: 21), ist die soziale Konstruktion von Bedeutung immer antagonistisch. Dieser Widerspruch ist es, der für Mouffe das Politische ausmacht. Das Politische lässt sich folglich nicht in einem rationalen Konsens auflösen, sondern erzwingt Ausschluss und Entscheidung und produziert somit immer Konflikte. Das Fehlen eines letzten Grundes und damit die theoretische Beliebigkeit dieser Entscheidungen, die Realität konstruieren, sind es, die Widersprüche in die Konstitution unserer Gesellschaft einschreiben. „We have to accept that every consensus exists as a temporary result of a provisional hegemony, as a stabilization of power, and that it always entails some form of exclusion“ (Mouffe 2005: 104). Die Produktion von Bedeutung in hegemonialen Diskursen geschieht aber nicht einfach, sondern ist das Resultat gesellschaftlicher Kämpfe. Es sind nicht beliebige Interpretationen von Wirklichkeit, die sich gegen andere Interpretationen durchsetzen. Es sind die Interpretationen bestimmter Akteure. Diese Akteure setzen sich gegen andere Akteure durch und zwingen jenen einen „Konsens der Regierten“ auf (Brand 2005: 9). „„Konsens“ ist dabei kein harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen zu verstehen. Die relative Stilllegung oder Institutionalisierung von Kämpfen erfolgt über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen die relevanten und artikulierten Interessen mehr oder weniger berücksichtigt werden“ (ebd.). Soziale Objektivität ist politisch, die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und die sozialen Konflikte sind Teil ihrer Konstruktion.

Jacques Rancière setzt sich nicht in der gleichen Weise mit Hegemonie auseinander wie Laclau und Mouffe, aber auch er begreift gesellschaftliche Realität als von Menschen konstruiert. „Es gibt Politik einfach deshalb, weil keine gesellschaftliche

Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht“ (Rancière 2002: 28). Er betont das Fehlen eines letzten Grundes und sein Schluss ist der gleiche, den auch Mouffe zieht: Das Politische kann nicht in sich abgeschlossen sein, da es auf Macht und somit auf Differenz basiert. “Die Politik, das ist der Tätigkeitsbereich eines Gemeinsamen, das nicht anders als strittig sein kann, das Verhältnis zwischen den Teilen, die nur Parteien und Ansprüche sind, deren Zusammenrechnung immer ungleich dem Ganzen ist“ (Rancière 2002: 27). Er betont wie Mouffe die Bedeutung des Streits für das Politische (Rancière 2002: 110) und wendet sich wie Mouffe gegen Habermas und Rawls (Rancière 2002: 59) und die Auflösung des Politischen in einem rationalen Konsens (Rancière 2002: 112). Rancière setzt sich nicht explizit mit der Konstruktion von Gesellschaft durch hegemoniale Diskurse auseinander, aber er spricht über den „erweiterten Begriff der Polizei“ (Rancière 2002: 109). Polizei bedeutet für Rancière, im Gegensatz zum heutigen Alltagsverständnis, die herrschende Ordnung. Die herrschende Ordnung versteht er aber nicht nur als eine Reihe von mächtigen Institutionen, sondern auch als eine Ordnung dessen, was Menschen denken und sagen können. „[Polizei] ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jede andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm“ (Rancière 2002: 41). Somit ähnelt Rancières Polizeibegriff Mouffes Verständnis hegemonialer Diskurse.

Wenn die Mächtigen - diejenigen, die von Gott erwählt wurden, die über Besitz oder Gewaltmittel verfügen - sich gegen die Schwachen hegemonial durchsetzen, dann bezeichnet dies Rancière als ‚natürliche Ordnungen‘. Diese stehen aber im Gegensatz zu der „einfache[n] Gleichheit zwischen Beliebigen“ (Rancière 2002: 90). Diese Gleichheit findet sich auch in Hobbes Konstruktion des Naturzustandes als Krieg aller gegen alle. Erst durch die Konstruktion einer Ordnung werden einige Menschen über andere gesetzt. Rancière stellt daher fest: Es gibt keinen natürlichen Grund der Herrschaft eines Menschen über einen anderen. „Es gibt

Ordnungen, weil die einen befehlen und die anderen gehorchen. Aber um einen Befehl zu geben, braucht es mindestens zweierlei Dinge: Man muss den Befehl verstehen, und man muss verstehen, dass man ihm gehorchen muss. Und um das zu tun, muss man bereits dem gleich sein, der einen befehligt. Dies ist die Gleichheit die jede natürliche Ordnung aushöhlt“ (Rancière 2002: 29). Diese Unterbrechung der herrschenden Ordnung durch das Prinzip der Gleichheit ist für Rancière das Politische, das was die herrschende Ordnung infrage stellt. Das bedeutet auch, dass Politik für Rancière etwas Seltenes ist. Politik ist die Unterbrechung einer Ordnung und kann somit nur als Phänomen auftauchen. „Es gibt Politik, weil bzw. wenn die natürliche Ordnung der Hirtenkönige, der Kriegsherren oder der Besitzenden durch die Freiheit unterbrochen ist, die die Gleichheit aktualisiert, auf der jede gesellschaftliche Ordnung beruht.“ (Rancière 2002: 29). Das Politische ist also der Moment, in dem diejenigen, die in der herrschenden Ordnung nicht zählen, ihre Stimme erheben und somit Herrschaft unterbrechen. Das Politische ist also immer antagonistisch, es ist eine anti-hegemoniale Unterbrechung von Herrschaft und damit das Gegenteil zu Polizei - der herrschenden Ordnung. „Es gibt Politik, weil diejenigen, die kein Recht dazu haben, als sprechende Wesen gezählt zu werden, sich dazuzählen und eine Gemeinschaft dadurch einrichten, dass sie das Unrecht vergemeinschaften“ (Rancière 2002: 38). Demokratie ist für Rancière ein Moment der Unterbrechung von Herrschaft - die ‚Einsetzung des Politischen‘ (Rancière 2002: 111, 29). Sie ist „die gleiche Fähigkeit zu herrschen und beherrscht zu werden“ (Rancière 2002: 82) und existiert nur als Moment, der niemals von Dauer sein kann (Rancière 2006 (2): 49).

Für Chantal Mouffe basiert Demokratie auf der gleichzeitigen Gültigkeit des Prinzips der Freiheit und der Gleichheit. Diese beiden Prinzipien stehen aber in einem Gegensatz zueinander und sind im Kern nicht miteinander vereinbar (Mouffe 2000: 5; vgl. Rancière 2006 (1): 306). Ein Konsens, der diese beiden Prinzipien vereint und realisiert, ist unmöglich. Mouffe versteht Demokratie als ein Paradoxon, das sich weder auflösen lässt noch aufgelöst werden sollte (Mouffe

2000: 11). Sowohl Mouffe als auch Rancière streiten für Demokratie, aber diese ist keine bestimmte Gesellschaftsform, die sie anstreben, sondern ein sich selbst widersprechendes Ideal. Demokratie muss also für beide die Infragestellung der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung bedeuten, da diese niemals einen idealen abgeschlossenen Zustand erreichen kann. Demokratie ist somit ein Ausdruck des Politischen. Entsprechend ist sowohl für Mouffe als auch für Rancière Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse der sich selbst infrage stellende Kern von Demokratie. Demokratie steht also immer in einem Gegensatz zu der bestehenden hegemonialen Ordnung und kann so nur als ein Phänomen auftreten. Für Demokratie zu streiten, bedeutet dann für einen Zustand zu streiten, der sich im Moment ihrer Realisierung - ihrer eigenen Hegemoniawerdung - auflöst. Diese Momenthaftigkeit macht es schwer, Demokratie zu fassen, garantiert aber, dass Demokratie die Ergebnisse demokratischer Praxis immer wieder infrage stellt. Demokratie ist dann eine politische Praxis der Veränderung, einer Veränderung zugunsten einer besseren - einer anderen - Gesellschaft und damit der Hoffnung auf ein gutes Leben. Sie steht dann für Freiheit, Gleichheit, Glück und Selbstbestimmung. Mit diesem positiven Bezug auf Demokratie stelle ich mich gegen Positionen, die den Begriff aufgrund eines herrschenden Verständnisses von Demokratie aufgeben (Brown 2011) oder die das Politische in der Ökonomie aufgehen lassen (vgl. Mouffe 2007: 45,46). Ich stelle mich also gegen Positionen, die das Politische als einfache Ableitung des Ökonomischen verstehen (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 85-88, kritisch Heil/Hetzel 2006: 242). Das Politische und das Ökonomische sind nicht unabhängig voneinander, sondern sie sind auf das Engste miteinander verknüpft. Aber weder das Politische noch das Ökonomische sind eine Ableitung des jeweils Anderen.

Auch wenn sowohl Mouffe als auch Rancière Demokratie nicht als eine Staatsform begreifen, sondern als einen Ausdruck des Politischen, besteht ein Unterschied in der wissenschaftlichen Herangehensweise: Zentral für Mouffes Überlegungen zu Demokratie ist die Unmöglichkeit einer vollständig realisierten Demokratie und

damit der Zwang zu Veränderung. „The democratic society cannot be conceived any more as a society that would have realized the dream of a perfect harmony in social relations. Its democratic character can only be given by the fact that no limited social actor can attribute herself or himself the representation of the totality” (Mouffe 2000: 22). Chantal Mouffe betont, dass eine vollständig realisierte Demokratie unmöglich ist. Dies hindert sie aber nicht daran, darüber nachzudenken, was Demokratie für die Ordnung von Gesellschaft bedeutet. Ihr Ziel ist es, den Boden für ein neues linkes Projekt argumentativ vorzubereiten. Daher stellt sie Grundsätze für ein demokratisches Zusammenleben auf und macht konkrete Vorschläge für den Fokus eines solchen Projektes (Mouffe 2000: 125-127). Rancières Startpunkt ist die Momenthaftigkeit des Politischen im Widerstand gegen eine institutionalisierte Ordnung. „Die Demokratie ist nicht die parlamentarische Herrschaftsform oder der Rechtsstaat. Sie ist auch kein Zustand des Sozialen, die Herrschaft des Individualismus oder die der Massen.“ (Rancière 2002: 108,109). Zwar verstehen beide Demokratie als etwas, das niemals in sich abgeschlossen sein kann. Die unterschiedlichen Herangehensweisen haben aber einen scheinbaren Konflikt über das, was sie als demokratische Praxis verstehen, zur Folge. Rancière würde auch die von Mouffe vorgeschlagenen Institutionen als Polizei und damit als Gegensatz zu Politik und somit zu Demokratie begreifen. In Bezug auf deren Fähigkeit zu Demokratie scheinen Rancière und Mouffe also Institutionen grundsätzlich unterschiedlich zu bewerten.

Für Mouffe ist das Ziel demokratischer Politik, Gesellschaft zu transformieren, so dass sie die in ihrer Konstruktion begründeten Widersprüche aushalten kann. „[...] the aim of democratic politics is to transform antagonism into agonism. This requires providing channels through which collective passions will be given ways to express themselves over issues which, while allowing enough possibility for identification, will not construct the opponent as an enemy but as an adversary“ (Mouffe 2000: 103). Antagonismus in einen Agonismus umzuwandeln bedeutet, dass die Andere in einer Differenz nicht als Feindin begriffen wird, welche die

eigene Existenz bedroht, sondern als Gegnerin, deren Positionen bestritten werden. Während Feinde die **Existenz** des Gegenübers bestreiten, bestreiten Gegner nur deren **Positionen**. Diese Transformation benötigt für Mouffe Kanäle, die es Menschen erlaubt, ihre Positionen einzubringen. Mouffe betont die Unmöglichkeit der Realisierung von Demokratie, fordert aber dennoch Institutionen, die demokratischen Werten entsprechen. Dies ist kein Widerspruch, da Mouffe nicht über den Idealzustand von Demokratie spricht, sondern über reale demokratische Praxis. „But if we accept that relations of power are constitutive of the social, then the main question for democratic politics is not how to eliminate power but how to constitute forms of power more compatible with democratic values” (Mouffe 2000: 100). „To acknowledge the existence of relations of power and the need to transform them, while renouncing the illusion that we could free ourselves completely from power - this is what is specific to the project that we have called ‚radical and plural democracy’. Such a project recognizes that the specificity of modern pluralist democracy - even a well-ordered one - does not reside in the absence of domination and of violence but in the establishment of a set of institutions through which they can be limited and contested” (Mouffe 2000: 22). Sie schlägt hier kein Idealbild von Demokratie vor, sondern eine Form der Realisierung demokratischer Werte. Mouffe macht einen Vorschlag für eine Alternative und macht sich so angreifbar. Liest man ihre agonale Demokratietheorie nicht als eine Anleitung für die Realisierung von Demokratie, sondern als einen politischen Angriff auf deren herrschendes Modell, so wird ihre Radikalität deutlich. Agonale Demokratietheorie stellt eine Reihe von Grundprinzipien für reale demokratische Praxis auf, in deren Zentrum die Überzeugung steht, dass das Grundmerkmal von Demokratie ihre Unmöglichkeit ist. Demokratie ist ein Paradoxon und jede Realisierung ist ein Versuch zur Lösung des Paradoxons; auch eine Realisierung von Demokratie auf der Grundlage agonaler Demokratietheorie. Eine Lösung des Paradoxons ist es gerade, was sie Rawls und Habermas vorwirft (Mouffe 2000: 94-98). Daher muss agonale Demokratietheorie die eigene

Paradoxalität und damit die Konflikthaftigkeit des Politischen anerkennen. „In order to remedy this serious deficiency, we need a democratic model able to grasp the nature of the political. This requires developing an approach which places the question of power and antagonism at its very centre“ (Mouffe 2000: 99). Demokratie lässt sich also nicht festlegen. Institutionen sind Festlegung und bedeuten eine Stabilisierung von Gesellschaft in einem Konsens, eine Realisierung von Demokratie scheint so unmöglich. Aber Mouffe beharrt darauf, dass die Paradoxalität von Demokratie nicht dazu führen darf, Demokratie aufzugeben: „By showing us that such a consensus is a conceptual impossibility, it does not put in jeopardy the democratic ideal, as some would argue. On the contrary, it protects pluralist democracy against any attempts at closure. [...] Instead of trying to erase the traces of power and exclusion, democratic politics requires us to bring them to the fore, to make them visible so that they can enter the terrain of contestation. And the fact that this must be envisaged as an unending process should not be cause of despair because the desire to reach a final destination can only lead to the elimination of the political and the destruction of democracy“ (Mouffe 2000: 33, 34) Die vorgeschlagenen Institutionen sind für sie also kein Ausdruck von Demokratie, sondern ein Vorschlag für Institutionen, die demokratischen Werten entsprechen.

Für Rancière können Institutionen nicht selbst demokratisch sein, aber sie sind für ihn dennoch wichtig. „Democracy can never be identified with a juridico-political form. This does not mean that it is indifferent to them. It means that the power of the people is always below and beyond these forms (Rancière 2006 (1): 298, 299). Es gibt keine Institutionalisierung von Demokratie, aber es gibt Institutionen, die Demokratie zulassen können und die den Versuch darstellen, demokratischen Werten zu entsprechen. „[Die Erscheinungsformen von Demokratie] erzeugen Einschreibungen der Gleichheit und sie begründen die existierenden Einschreibungen. Sie sind daher in keiner Weise gegenüber der Existenz von gewählten Versammlungen, institutionellen Garantien der Freiheiten der

Ausübungen der Rede und ihrer Demonstration und den Dispositiven der Kontrolle des Staates indifferent. Sie finden in ihnen, Bedingungen ihrer Existenz und sie verändern sie ihrerseits. Aber sie gehen nicht in ihnen auf“ (Rancière 202: 110). Institutionen sind der Gegensatz zu Politik und damit Demokratie, aber sie sind gleichzeitig ihr Entfaltungsraum und ihre Grundlage. „Alles, was [Politik] tut, ist, [Gleichheit] Aktualität in Form eines Falls zu geben, in Form eines Streits die Bestätigung der Gleichheit ins Herz der polizeilichen Ordnung einzuschreiben“ (Rancière 2002: 43). Der scheinbare Widerspruch zwischen Mouffe und Rancière löst sich somit auf. Ich verstehe demokratische Institutionen daher nicht als Realisierung von Demokratie, sondern als Institutionen, die Demokratie gegenüber nicht feindlich eingestellt sind. Sie bekämpfen Demokratie nicht und versuchen Konflikte und Veränderungen zu verhindern, sondern es sind Institutionen, die Demokratie und damit ihre eigene Verfasstheit als unzureichend anerkennen. Es sind Institutionen, die es erlauben, grundsätzlich verändert zu werden, sodass immer wieder Gleichheit in diese eingeschrieben werden und deren Existenz infrage gestellt werden kann. „Da, wo der Anteil der Anteillosen eingeschrieben ist, so zerbrechlich und flüchtig diese Einschreibungen auch seien, ist eine Erscheinungssphäre des Demos geschaffen, existiert ein Element des Kratos, der Macht des Volkes. Es geht also darum, die Sphäre dieses Erscheinens auszubreiten, diese Macht zu erweitern“ (Rancière 2002: 99). Ich werde im Folgenden zeigen, dass das hegemoniale Modell von Demokratie als repräsentative Demokratie keine demokratischen Institutionen produziert, sondern Demokratie einhegt und begrenzt.

In diesem Kapitel habe ich mich mit drei Begriffen auseinandergesetzt: Erstens Hegemonie, die Ordnung des Denk- und Sagbaren; zweitens Demokratie, die die Widersprüche anerkennt, die Hegemonie in Gesellschaft einschreibt, und daher eine politische ist Praxis, die ihre Realisierungen immer wieder infrage stellt; und drittens demokratische Institutionen - Formen der Institutionalisierung von Demokratie, welche dieser als Gegner und nicht als Feind gegenübertreten.

II Repräsentation als Antwort?

Um meinen eigenen Demokratiebegriff mit dem hegemonialen Begriff von Demokratie in Kontrast zu stellen ist es notwendig, den hegemonialen Demokratiebegriff darzustellen. Dieser hat im alltäglichen Sprachgebrauch zwei unterschiedliche Bedeutungen: Einerseits wird Demokratie als Beschreibung real existierender politischer Systeme genutzt und andererseits ist Demokratie eine Idee, in welche Menschen ihre Hoffnungen investieren und die Theoretiker zu beschreiben versuchen. Diese doppelte Bedeutung von Ideal und Realisierung dieses Ideals erklären einen Teil der Varianz der Bedeutung von Demokratie (vgl. Pitkin 2004: 337). Die Frage, was Demokratie ist, kann also auf diesen unterschiedlichen Ebenen beantwortet werden. Dabei sind beide Ebenen nicht unabhängig voneinander, können aber auch grundsätzlich widersprüchliche Bedeutungen von Demokratie erzeugen. Der Kampf um den Begriff Demokratie findet sowohl praktisch als auch theoretisch, also auf beiden Ebenen statt. „Repräsentation“ ist auf beiden Ebenen die wichtigste Antwort auf die Frage, was Demokratie bedeutet und zwar sowohl in der aktuellen politischen sowie in der politikwissenschaftlichen Debatte (Schmidt 2004: 148; Hague/Harrop 2004: 38; Freedomhouse: 1; Meyer 2009: 83). Um das herrschende Verständnis von Demokratie zu analysieren, ist es nötig, Repräsentation sowohl als gesellschaftliche Realität als auch als Ideal zu analysieren. Nationalstaaten mit einem repräsentativen System werden auf der Ebene gesellschaftlicher Realität als Demokratien bezeichnet. Demokratien werden auch mit Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit verbunden, aber die Verknüpfung dieser Nationalstaaten mit der Herrschaft des Volkes erfolgt durch Wahlen. Die Wahl von Repräsentanten ist das zentrale, in das Allgemeingut übergegangene Merkmal realisierter Demokratie (vgl. Hague/Harrop 2004: 38, Meyer 2009: 83). Diese Annahme findet sich auch in der politikwissenschaftlichen Analyse dieser Nationalstaaten, wie beispielsweise in der Debatte über die Veränderung von Staatlichkeit (Genschel/Zangl: 2008; Zürn

1998). Auch auf der Ebene wissenschaftlicher Theorie ist diese Verknüpfung oft implizit vorausgesetzt oder schlicht als selbstverständlich verstanden worden (vgl. Pitkin 2004: 337, 338). David Plotke legte diese Verbindung offen und argumentiert, dass Repräsentation für Demokratie notwendig sei (Plotke 1997). Dessen Text „Representation is Democracy“ (ebd.) stellt daher einen „Wendepunkt“ in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Repräsentation dar (Urbinati/Warren 2008: 395).

Im Folgenden werde ich die aufgelisteten Texte vorstellen und Gemeinsamkeiten und Widersprüche aufdecken.

1 Repräsentation und demokratische Staaten

Die enge Verknüpfung von Demokratie und Repräsentation zeigt sich auf der Ebene realen politischen Handelns in der Existenz ‚demokratischer‘ Nationalstaaten. Das herrschende Bedeutungsmuster von realisierter Demokratie sind repräsentative Republiken. Diese werden sowohl in der Politikwissenschaft also auch in der politischen Alltagssprache also Demokratien bezeichnet. Ein Beispiel dafür ist die einflussreiche Organisation Freedomhouse, die jährlich einen Freiheitsindex der Welt erstellt und so Demokratie fördern möchte (freedomhouse.org). Freedomhouse definiert Demokratien als politische Systeme in denen ein Wettbewerb um die politische Führung stattfindet. “These are political systems whose leaders are elected in competitive multi-party and multi-candidate processes in which opposition parties have a legitimate chance of attaining power or participating in power” (Freedomhouse 2001). Ein weiteres Beispiel ist Manfred G. Schmidts „Wörterbuch zur Politik“, in dem er Demokratie als eine Regierungsform bezeichnet, die heute folgende Minimalbedingungen zu erfüllen hat: „1) die direkte oder mittelbare Mitwirkung der erwachsenen männlichen und weiblichen Bevölkerung bei der Wahl und Abwahl der politischen

Führung, 2) die allgemeinen freien und gleichen Wahlen, die in regelmäßigen kürzeren Zeitabständen abgehalten werden, [...] 3) freie Interessen- und Meinungsäußerung, Interessenbündelung und Opposition und 4) die Existenz wirksamer Verfassungsinstitutionen“ (Schmidt 2004: 148). Dieses Verständnis wird diesen Staaten aber nicht nur zugeschrieben, sondern ist auch eine Selbstbeschreibung mit Verfassungsrang. „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (GG Artikel 20.1). „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“ (BVG Artikel 1). Die heutige hegemoniale Bedeutung des Begriffs erklärt sich aus dessen Geschichte. Wie bereits beschrieben, ist das hegemoniale Deutungsmuster von Demokratie als natürlich konstruiert und somit das Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung um deren Bedeutung. Das herrschende Deutungsmuster bezieht sich nicht in zentraler Weise auf den griechischen Wortstamm, als Herrschaft des Demos (Pitkin 2004: 336). Stattdessen basiert es auf der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution. Darauf aufbauend ist Demokratie als Idee seitdem durch verschiedene Denkschulen und DenkerInnen beeinflusst worden: Liberalismus, Marxismus, Feminismus und viele andere (Meyer 2009: 40-46, 55-64, 64-69). Wie genau das herrschende Deutungsmuster von Demokratie aus diesen Denkschulen entstanden ist, ist für diese Arbeit weniger wichtig, als dass sich ein Deutungsmuster von Demokratie hegemonial durchgesetzt hat. Dieses Deutungsmuster begreift die westlichen Nationalstaaten, mit ihren repräsentativen Systemen, einer Verfassung, freien Märkten und Rechtsstaatlichkeit, als realisierte Demokratie (Brown 2011: 44). Demokratie wird in diesem westlichen Deutungsmuster sowohl dem Totalitarismus als auch dem Sozialismus entgegengestellt. Die Definitionsmacht über den Begriff Demokratie ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Weiterbestehen der Vereinigten Staaten von Amerika als einzige Supermacht zugunsten des westlichen Modells ausgefallen. Deren auf Repräsentation, Freiheit, Markt und Verfassung basierendes Deutungsmuster von Demokratie hat sich

daher hegemonial durchgesetzt. Dies ließ Francis Fukuyama das Ende der Geschichte ausrufen: Es gebe einen globalen Konsens darüber, dass die liberale Demokratie der Endpunkt der ideologischen Evolution menschlicher Gesellschaften und die letzte Regierungsform sei (Fukuyama 2002: xi). „At the end of history, there are no serious ideological competitors left to liberal democracy. In the past, people rejected liberal democracy because they believed that it was inferior to monarchy, aristocracy, theocracy, fascism, communist totalitarianism, or whatever ideology they happened to believe in. But now, outside the Islamic world, there appears to be a general consensus that accepts liberal democracy's claims to be the most rational form of government, that is, the state that realizes most fully either rational desire or rational recognition“ (ebd.: 211).

Allgemeine freie und gleiche Wahlen sind das zentrale Element des heutigen hegemonialen Deutungsmusters von Demokratie. Erheblichen Anteil für die zentrale Bedeutung von Wahlen haben Organisationen wie Freedomhouse. Dieser kommt, da sie durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika finanziert und unterstützt wird, eine besondere Bedeutung zu (Giannone 2010: 75). Deren Freiheitsindex ist daher der meist genutzte Maßstab zum Vergleich von Demokratien. „[Freedomhouse] is the most cited, influential, and listened-to source, the true global pattern-setter of democracy“ (ebd.: 69, 75). Freedomhouse erklärt Wahlen zur Bedingung von Freiheit. Ein Staat kann nur dann die beste Note erlangen, wenn es sich um eine liberale ‚elektorale Demokratie‘ handelt (Puddington 2012: 29, 33, 34). Die freie Wahl von Repräsentanten ist dabei das wesentliche Merkmal (ebd.). Die freie Wahl der politischen Führung und die Wahl eines Parlaments sind also das entscheidende Merkmal realisierter Demokratie (vgl. Schmidt 2004: 148). Die Wahl ist der Moment, in dem das hegemoniale Denkmuster von Demokratie sich auf die ursprüngliche Bedeutung von Demokratie als Herrschaft des Demos bezieht. Jegliche Beteiligung des Volkes an der Herrschaft leitet sich in den heutigen ‚demokratischen Staaten‘ aus Wahlen ab. „Dass ohne allgemeine, freie und gleiche Wahlen Demokratie nicht möglich ist, ist

ein Gemeinplatz“ (Meyer 2009: 164). Das hat zur Folge, dass nicht das Volk als Ganzes herrscht, sondern die Mehrheit die Regierung und das Parlament bestimmt. Die Minderheit wird zur Opposition, die nicht direkt an der Herrschaft beteiligt ist, solange die institutionelle Situation keine Zusammenarbeit erzwingt. Demokratie bedeutet also heute die Herrschaft der Mehrheit des Wahlvolkes (Schmidt 2004: 148). Sowohl die Wahl der politischen Führung, als auch die Wahl des Parlaments, ist eine Wahl von Repräsentanten. Die zur Wahl stehenden Repräsentanten sind dabei immer an eine bestimmte Region oder den gesamten Staat gebunden. „The central feature of the standard account [of representation] is that constituencies are defined by territory; individuals are represented insofar as they are inhabitants of a place“ (Urbinati/Warren: 2008: 389). Politische Repräsentation bedeutet die Repräsentation von Menschen, die in einem begrenzten Territorium leben, den StaatsbürgerInnen. Andere Formen der Bildung von Gemeinschaft bleiben aufgrund dieser geographischen Grenzziehung unberücksichtigt (ebd.: 396, 397). Wahlen sind also immer eine Wahl regionaler Repräsentanten. Diese geographisch organisierten Wahlen werden von einem Parteiensystem überlagert (vgl. Schmidt 2004: 148; Meyer 2009: 91, 92). Die Abgeordneten eines Parlaments repräsentieren also sowohl ihre jeweilige Partei als auch ein bestimmtes Territorium. Die Abgeordneten sind aber weder direkt an die jeweilige Partei noch das jeweilige Territorium gebunden, sondern besitzen ein freies Mandat. Das freie Mandat hat sowohl in Deutschland, als auch in Österreich Verfassungsrang (GG Art. 38, BVG Art. 56). In der Realität setzen Parteien Fraktionsdisziplin/Klubdisziplin durch und stimmen in den meisten Fällen, insbesondere bei nicht geheimen Abstimmungen, geschlossen ab. Gemeinsam haben all diese verschiedenen Modelle und Formen von Demokratie die Wahlen von Repräsentanten. Die einzige wesentliche Ausnahme ist die Schweiz, deren Verfassung zusätzlich zu dem beschriebenen repräsentativen System direktdemokratische Elemente enthält (Meyer 2009: 87-89)

Schmidts weitere Grundbedingungen von Demokratie, die Existenz von Meinungsfreiheit und Opposition, sowie die Existenz von Verfassungen, sind letztlich Einschränkungen der Entscheidungsmöglichkeiten der herrschenden Mehrheit. Verfassungen und die in ihnen kodifizierten Grund- und Menschenrechte, wie die Versammlungs- oder Meinungsfreiheit, sind letztlich dem demokratischen Entscheidungsprozess entzogen oder zumindest nur schwer zugänglich. Verfassungen dienen dabei sowohl dazu, die Grund- und Menschenrechte vor dem Zugriff des Volkes als auch dem Zugriff des Staates zu schützen. Der Schutz der Grundrechte vor Volk und Staat garantiert und schützt somit Rede- und Versammlungsfreiheit - zentrale Grundlagen demokratischer Praxis. Die Existenz von unabänderbaren Menschenrechten lässt sich also gleichzeitig als Einschränkung und Bedingung von Demokratie begreifen (Menke/Pollmann 2007: 170-179). Verfassungen kodifizieren nicht nur die Grund- und Menschenrechte, sondern legen ebenso die institutionelle Grundstruktur des Staates fest und somit die Grundregeln des repräsentativen Systems. Demokratie hat sich, in der hier beschriebenen Ausprägung, mit dem Sieg des Westens als einzig legitim anerkannte Herrschaftsform durchgesetzt und gilt dabei insbesondere im Westen als die Staatsform, welche die besten Ergebnisse produziert (Schmidt 2004: 148). Thomas Meyer geht noch weiter und erklärt Repräsentation als alternativlos für Demokratie. „Für [das Prinzip Repräsentation als] Interpretation des politischen Gleichheitsprinzips ist in realistischer Perspektive keine Alternative in Sicht“ (Meyer 2009: 83).

Das herrschende Deutungsmuster von Demokratie setzt diese, wie ich in diesem Kapitel gezeigt habe, mit repräsentativen Republiken gleich. Sowohl die ‚demokratischen‘ Nationalstaaten als auch deren politikwissenschaftliche Beschreibung verknüpfen somit Demokratie und Repräsentation in einer Weise, die Demokratie und Repräsentation als gleichbedeutend scheinen lässt. In den folgenden Kapiteln werde ich zeigen, dass diese Gleichsetzung sich sowohl im ‚Mainstream‘ der

Politikwissenschaft als auch in der theoretischen Auseinandersetzung mit diesen Begriffen wiederfindet.

2 Repräsentation und Globalisierung

Das herrschende Deutungsmuster von Demokratie findet sich auch in politikwissenschaftlichen Debatten, die sich nicht direkt mit der Bedeutung von Demokratie auseinandersetzen. Auch hier findet das hegemoniale Modell von Demokratie seinen Ausdruck und die Verknüpfung von Demokratie und Repräsentation lässt sich auch hier nachweisen. Ein Beispiel ist die Debatte um die nötige Reichweite und die Rolle von Staatlichkeit, die im Zuge der Denationalisierung von Gesellschaft Veränderungen unterliegen. Michael Zürn beschreibt gesellschaftliche Denationalisierung als einen Prozess, in dem die Zusammenhänge von Gesellschaft über den Rahmen nationalstaatlicher Grenzen hinausgehen (Zürn 1998: 13). Wenn die gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge nicht mit den politischen Grenzen von Staatlichkeit übereinstimmen, sind Staaten nicht in der Lage, die gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge als Ganzes zu beeinflussen. „Gesellschaftliche Denationalisierung hebt generell die Kongruenz der sozialen und politischen Räume auf. Dies stellt aber die Effektivität der Politiken des modernen Nationalstaats in Frage“ (ebd. 1998: 10). „Folglich liegen heute die Grenzen sozialer Handlungszusammenhänge in vielen Bereichen jenseits der politischen Grenzen des Nationalstaates“ (ebd. 1998: 20). Dies hat aber nicht nur ein Effektivitätsproblem für den Staat zur Folge, sondern ist auch ein demokratisches „Dilemma“ (ebd.: 26): Diejenigen, die über einen Sachverhalt entscheiden, stimmen in der Folge gesellschaftlicher Denationalisierung nicht zwingend mit denjenigen überein, die von der Entscheidung betroffen sind. „Die Ausweitung gesellschaftlicher Handlungszusammenhänge über die Grenzen des Nationalstaats hat zur Unterminierung einer zentralen Voraussetzung demo-

kratischen Regierens, der Identität von Herrschaftssubjekten und Herrschaftsobjekten, geführt“ (ebd.: 238). Die Situation verlangt also danach, die Reichweite von Demokratie über die Grenzen von Nationalstaatlichkeit hinaus zu erhöhen. Eine friedliche Ausweitung der Reichweite demokratischer Staaten kann nur durch eine Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Staaten erfolgen. Die Schaffung von internationalen Organisationen, die diese Zusammenarbeit koordinieren und steuern sollen, liegt daher nahe. Dies soll zu einer Effektivierung staatlichen Regierens führen. Aber Zürn formuliert darüber hinaus eine „Gemeinsinnbedingung“ für Demokratie. „Demokratische Prozesse setzen voraus, dass die am Entscheidungsprozess beteiligten Personen insofern eine kollektive Identität aufweisen, als sie neben der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen auch an der Förderung des Gemeinwohls interessiert sind und sich gegenseitig als autonome Akteure anerkennen“ (ebd.: 238). Eine für die Gemeinsinnbedingung nötige kollektive Identität, über die Grenzen von Nationalstaatlichkeit hinaus, existiere nicht. Zürn beschreibt das entstehende demokratische Dilemma folgendermaßen: „Während die Kongruenzbedingung es nahelegt, die Gültigkeitsreichweite politischer Regelungen möglichst umfassend zu gestalten, um wirksames Regieren überhaupt zu ermöglichen und um Externalitäten abzubauen, weist die Praxis internationaler Institutionen exakt in die gegenteilige Richtung. Darin besteht ein grundlegendes Dilemma des Regierens jenseits des Nationalstaates“ (ebd.: 26). Sein Vorschlag zur Lösung dieses Dilemmas in der Europäischen Union sind Maßnahmen, die die Legitimität der europäischen Ebene erhöhen und nicht auf einer kollektiven Identität aufbauen, während sie diese gleichzeitig schaffen. „Im Sinne einer klugen Institutionenpolitik ist also nach Verfahren zu suchen, die weniger von Gemeinschaftspotentialen zehren als parlamentarische Mehrheitsentscheidungen und dafür ein höheres gemeinschaftsschaffendes Potential besitzen“ (ebd.: 254). Seine Vorschläge zur Erhöhung der Legitimität der europäischen Ebene sind beispielsweise eine Erhöhung der Transparenz getroffener Entscheidungen oder die Einführung von europaweiten Parteilisten für die

Wahlen des Europäischen Parlaments, anstatt der nach Staaten gegliederten Listen - also eine verbesserte Repräsentation (ebd.: 352-361). Er schlägt auch EU-weite Referenden vor, die aber nur in Fällen angewandt werden sollen, in denen die EU als Ganzes in gleicher Weise betroffen ist, um auf diesem Weg Einigkeit zu erzeugen und neue Spaltungen auszuschließen.

Einen besonderen Fokus legt Zürn, insbesondere für die Erhöhung der Legitimität anderer internationaler Organisationen, auf deliberative Verfahren und die Erhöhung ihrer Qualität. Deliberative Verfahren sind Verfahren, welche einen freien Gedankenaustausch unabhängig von gesellschaftlichen Machtverhältnissen erlauben und gerechte Lösungen zustande bringen sollen. Zentral sind dabei für Zürn Nicht-Regierungsorganisationen, die sowohl das Effektivitäts- als auch das Demokratiedefizit internationaler Organisationen verringern (Beisheim/Zürn 1999: 312-314). Allerdings müssten diese in doppelter Weise repräsentativ sein, ihre Auswahl dürfe nicht selektiv, sondern nach Betroffenheit erfolgen und sie müssten ihre Mitglieder repräsentieren. „Deliberative Netzwerke von Interessengruppen und Experten gewinnen dann eine hohe demokratische Qualität, wenn die beteiligten Organisationen in zweierlei Hinsicht repräsentativ sind: Zum einen müssen sie ihre Mitgliedschaft angemessen repräsentieren, und zum anderen dürfen die am Netzwerk beteiligten Gruppen nicht selektiv ausgewählt sein“ (Zürn 1998: 359). Dann können diese auch direkt an Entscheidungen beteiligt werden und so eine „quasi-öffentliche Funktion“ erfüllen (ebd.). Am Beispiel der Forderung nach einer Repräsentativität von Nicht-Regierungsorganisationen zeigt sich die Gleichsetzung von Demokratie und Repräsentation besonders deutlich. Um an dem demokratischen Regierungshandeln auch nur teilnehmen zu können, fordern Beisheim und Zürn, dass Organisationen nicht nur ihre Mitglieder angemessen repräsentieren, sondern auch, dass die Organisationen repräsentativ ausgewählt wurden. Die nationalen Regierungen sollen also durch internationale Organisationen kontrolliert werden, deren Auswahl die Regierungen selbst kontrollieren können. Dies ist für Zürn notwendig, da Nicht-Regierungs-

organisationen von sich aus keinen demokratischen Charakter besitzen. Die einzig wirklich demokratische Instanz bleibt für Zürn der Nationalstaat und ist damit auf dessen repräsentatives System beschränkt. Zürn beschreibt also ein Problem der nationalstaatlich begrenzten Repräsentation (vgl. Urbinati/Warren 2008: 390) und versucht, dies durch eine Erweiterung des repräsentativen Systems zu lösen.

Genschel und Zangl argumentieren ähnlich wie Zürn. Sie beschreiben die aus gesellschaftlicher Denationalisierung folgende Veränderung von Staatlichkeit. Nicht nur die Reichweite von Demokratie und das repräsentative System hat sich mit der Denationalisierung von Gesellschaft gewandelt, sondern auch die Bedeutung von Staatlichkeit selbst. Philipp Genschel und Bernhard Zangl stellen fest, dass sich der Nationalstaat von einem Herrschaftsmonopolisten zu einem Herrschaftsmanager gewandelt habe. „Der Staat bleibt die zentrale Integrationsinstanz politischer Herrschaft, aber eben nicht als Herrschaftsmonopolist, der Herrschaft aus einer Hand anbietet (oder aufzwingt), sondern als Herrschaftsmanager, der eine Vielzahl disparater Akteure befähigt, Herrschaftsbeiträge zu leisten. Eines freilich ändert sich nicht: Der Staat bleibt in der Letztverantwortung für das Gesamt politischer Herrschaftsverhältnisse“ (Genschel/Zangl: 2008: 450). Sie stellen fest, dass der Staat Entscheidungs- und Organisationsmacht an internationale, transnationale und private Akteure abgibt. Dennoch bleibt der Staat als Herrschaftsmanager zentral, gerade weil ihm Letztverantwortlichkeit zugeschrieben wird (ebd.: 438-441). „Für den Staat ist die (Selbst-)Zuschreibung von Letztverantwortlichkeit ein Problem, weil er die Herrschaftsverhältnisse heute weniger umfassend kontrollieren und lenken kann als früher. Sie ist aber auch ein Alleinstellungsmerkmal, welches ihm eine zentrale Stellung in einem zunehmend entstaatlichten Herrschaftsgefüge sichert“ (ebd.: 451). Darüber hinaus ist der Staat in der Lage, die nicht-staatlichen Akteure um die Dimensionen von Herrschaft zu ergänzen, die diesen fehlen. Neben Entscheidungs- und Organisationsmacht ist dies vor allem deren Legitimation. „Der Staat muss die reduzierte Demokratie und Rechtsherrschaft internationaler und transnationaler Institutionen mit seinen

Legitimationsmitteln ergänzen und die Herrschaftsbeiträge privater Akteure sogar ganz allein legitimieren“ (ebd.: 448). Wie bei Zürn ist der Nationalstaat der einzige Akteur, der eine Form von Legitimation bieten kann, die sich auf den eigentlichen Souverän von Demokratie, das Volk als Ganzes, bezieht. Diese Input-Legitimation durch das Volk erfolgt in repräsentativen Systemen allein durch Wahlen. Die durch Wahlen generierte Legitimation wird vom Staat, in der Rolle des „Herrschaftsmanagers“, dann einfach an die nicht-staatlichen Akteure weitergegeben.

Sowohl Genschel und Zangl als auch Zürn verstehen die Folgen gesellschaftlicher Denationalisierung also im Wesentlichen als ein Legitimationsproblem nationalstaatlicher Herrschaft und des Regierens jenseits des Nationalstaats. Die Autoren stimmen darin überein, dass ein Legitimationsproblem existiert, das es durch eine gemeinsinnschonende Steigerung der Input- und Output-Legitimität zu lösen gilt (vgl. auch Zangl 2003). Die genannten Autoren reduzieren Demokratie auf eine Form von Regierung, die Legitimation besitzt. Das Ziel ist nicht die Herrschaft des Demos, das Ziel ist, Herrschaft zu legitimieren. Herrschaft soll durch Verfahren verbessert werden, die deren Legitimation erhöhen. Der Startpunkt ihrer Argumentation ist nicht der Demos, sondern die Herrschaft. Diese Reduktion von Demokratie lässt sich auch bei einer Reihe weiterer Autoren im politikwissenschaftlichen ‚Mainstream‘, insbesondere in der Debatte um Globalisierung, finden (vgl. Mouffe 2000: 3). „Die demokratiepolitische und -theoretische Diskussion verengt sich heute jedoch zunehmend darauf, wie politische Institutionen möglichst legitim und/oder effizient zur Wettbewerbsfähigkeit beitragen, sowie zur Bearbeitung der negativen Folgen und Krisen beitragen können“ (Brand 2005: 114). Im herrschenden Diskurs wird der Demokratiebegriff gekürzt. Genauer: Der Demokratiebegriff wird im Legitimationsbegriff aufgelöst, während die Gleichsetzung von Demokratie mit repräsentativen Nationalstaaten weiterbesteht. Das Resultat ist: Repräsentation ist legitim - Demokratie wird zu einer repräsentativen Herrschaftstechnik. Die Reduktion von Demokratie auf ein Legitimationsproblem

geht darüber hinaus mit einer Aufspaltung von Legitimität in Input- und Output-Legitimität einher. Legitim ist nicht nur das Regierungshandeln, welches direkt durch das Volk legitimiert wird (Input-Legitimität), sondern auch dasjenige, welches effektiv Probleme löst (Output-Legitimität). Die Autoren verstehen beide Formen auch unabhängig voneinander als legitim. Insbesondere wenn die Autoren von einer Legitimation internationaler Organisationen durch Nicht-Regierungsorganisationen sprechen wird deutlich, dass die Aufspaltung von Legitimität eine völlige Loslösung des Regierens vom Volk bedeutet. Es ist eine reine Verbesserung der Resultate des Regierens jenseits des Nationalstaates durch das Fachwissen der Nicht-Regierungsorganisationen, also eine reine Erhöhung der Output-Legitimität. Die vorgeschlagene Reaktion auf Staatlichkeit im Wandel ist daher **nicht** demokratisch, sondern aristokratisch - das Ziel ist die gute Herrschaft, nicht die des Volkes. Dieser Fokus auf gutes Regieren - ein aristokratisches Argumentationsmuster - verbindet sich mit der Gleichsetzung des Demokratiebegriffs mit dem Legitimationsbegriff zu einer Argumentation, in der gutes Regieren zum Inhalt des Demokratiebegriffs wird. Das hegemoniale Deutungsmuster von Demokratie macht den modernen Nationalstaat mit repräsentativem System zur Realisierung des demokratischen Ideals. Diese Verbindung von Demokratie und Repräsentation setzt sich, wie ich in dem nächsten Kapitel zeigen werde, auf der Ebene der Repräsentationstheorie fort.

3 Repräsentation in der Theorie

Ich habe gezeigt, dass in dem hegemonialen Modell von Demokratie Demokratie mit Repräsentation verbunden wird. Anhand von zwei Beispielen werde ich offenlegen, dass diese Verbindung auch in der theoretischen Auseinandersetzung mit Repräsentation besteht. Das erste Beispiel ist Hannah Fenichel Pitkins Buch ‚concept of representation‘ (1967), das als Standardwerk über politische

Repräsentation gilt (vgl. Urbinati/Warren 2008: 393, Plotke 1997: 27). Sie nimmt die Verbindung von Repräsentation und Demokratie, wie sie später selbst einräumt, als selbstverständlich an, obwohl sie die eindeutig undemokratischen Wurzeln des Begriffs aufzeigt (Pitkin 2004: 336). Das zweite Beispiel ist David Plotkes Text ‚representation is democracy‘ (1997), in dem er Repräsentation als notwendige Bedingung moderner Demokratie beschreibt (Plotke 1997: 32). Damit bildet Plotkes Text einen Gegenpol zu meiner folgenden Kritik dieser Verbindung. Ich werde also in diesem Kapitel zwei Konzepte politischer Repräsentation aufarbeiten, um Widersprüche und Gemeinsamkeiten zwischen diesen herauszustellen.

3.1 ‚The concept of Representation‘

Einer der wichtigsten Beiträge für die theoretische Auseinandersetzung mit Repräsentation ist Hanna Fenichel Pitkins Buch „The concept of Representation“ (Pitkin 1967). Pitkin definiert Repräsentation als einen Zustand, in dem etwas in einem gewissen Sinne anwesend ist, obwohl es eigentlich abwesend ist. Durch ihre Definition von gleichzeitiger An- und Abwesenheit konstruiert sie ein Paradoxon. „[...] Representation, taken generally, means the making present *in some sense* of something which is nevertheless *not* present literally or in fact. Now to say that something is simultaneously both present and not present is to utter a paradox, and thus a fundamental dualism is built into the meaning of representation (Pitkin 1967: 8/9, 153). Dieses Paradoxon erfordert es, Begründungen für Repräsentation zu liefern (ebd.: 10). Diesen Begründungsbedarf versteht sie als Vorteil von Repräsentation und nicht als deren Nachteil. Sie stellt im Folgenden drei zentrale Konzeptionen von Repräsentation vor: Formale Begründungen, Repräsentation als „stehen für etwas anderes“ und Repräsentation als „agieren für andere“. Diese verschiedenen Begründungen schließen sich dabei nicht gegen-

seitig aus, sondern sind Schlaglichter auf ein komplexeres theoretisches Ganzes (ebd.: 10/11).

1) Die erste Konzeption, die sie vorstellt, sind formalistische Begründungen von Repräsentation. Deren gemeinsames Merkmal ist, dass die Begründung für Repräsentation außerhalb des eigentlichen Repräsentierens stattfindet (ebd.: 39). Sie stellt zwei Varianten vor: Erstens Autorisierung (authorization) und zweitens Rechenschaftspflicht (accountability). Auf Autorisierung basierende Repräsentation ist dabei die bedeutendere der beiden Varianten (ebd.: 57). Jemand wird zu einer Repräsentantin, indem eine andere Person die Repräsentantin dazu autorisiert, für sie zu handeln. Im Rahmen dieser Autorisierung werden dem Handeln der Repräsentanten dabei von vornherein Grenzen gesetzt. Zwei wichtige Theoretiker dieser Variante sind Thomas Hobbes und Max Weber. Hobbes versteht seinen Leviathan als einen Repräsentanten, der gerade keine begrenzte, sondern eine unlimitierte Autorisierung erhalten hat (ebd.: 29, 30). Die Autorisierung ist es also, die Repräsentation ausmacht. Außerhalb der Autorisierung ist Repräsentieren unmöglich, während dem Repräsentanten innerhalb der Autorisierung keine weiteren Grenzen gesetzt sind (ebd.: 31). Repräsentieren als Solches ist somit eine „black box“ und gutes oder schlechtes Repräsentieren ist demzufolge unmöglich (ebd.: 33, 34, 39, 48). Max Weber erweitert eine solche Sicht um eine Autorisierung von und durch Gruppen (ebd.: 39).

Da der Moment der Autorisierung innerhalb dieser Denkschule ausschlaggebend ist, rücken Wahlen ins Zentrum der Analyse. „For the theorist of representative democracy working from an authorization definition, the crucial criterion becomes elections, and these are seen as grant of authority by the voters to the elected officials“ (ebd.: 43). Aus dieser Sicht geht allerdings nicht implizit hervor, warum immer wieder neue Wahlen abgehalten werden sollen und die Autorisierung somit erneuert werden muss (ebd.: 47). Diesem Verständnis ist die Variante der

Rechenschaftspflicht entgegengesetzt. Das zentrale Merkmal dieser ist, dass Repräsentanten zur Rechenschaft gezogen werden können. Bei dieser Variante handelt es sich allerdings um einen reinen Gegenentwurf zur Autorisierungsvariante und nicht um ein eigenständiges Konzept für Repräsentation (ebd.: 57). Das zentrale Versäumnis dieser formalistischen Begründungen ist für Pitkin deren Beschränkung auf einen formalen Vorgang außerhalb des Repräsentierens als solchem (ebd.: 59). „Where the one group defines a representative as someone who has been elected (authorized), the other defines him as someone who will be subject to election (held to account). Where the one see representation as initiated a certain way, the other sees it as terminated in a certain way. Neither can tell us anything what goes on *during* representation [...]” (ebd.: 58). Schlechtes Repräsentieren ist innerhalb dieser Varianten nicht möglich, wichtig ist nur, dass eine Repräsentantin einerseits in das jeweilige Amt gewählt wurde oder andererseits wieder abgewählt werden kann.

2) Das zweite zentrale Konzept von Repräsentation ist das „stehen für etwas“ (standing for). Für Pitkin ist das zentrale Element dieses Konzepts, dass Repräsentanten für diejenigen stehen, die sie repräsentieren. Repräsentanten sind ein Abbild ihres Originals, dementsprechend ist eine Form der Übereinstimmung notwendig. Daher bezeichnet sie dies auch als die deskriptive Begründung von Repräsentation. „[Representation] depends on the representative’s characteristics, on what he *is* or is *like*, on being something rather than doing something. The representative does not act for others; he ‘stands for’ them, by virtue of correspondence or connection between them, a resemblance or reflection” (ebd.: 61). Das zentrale Element dieser Form von Repräsentation ist nicht, was die Repräsentanten tun, sondern wie die repräsentative Versammlung zusammengesetzt ist. Es ist wichtig, dass alle StaatsbürgerInnen in Form eines Repräsentanten präsent gemacht werden und somit in der repräsentativen Versammlung in Erscheinung

treten (ebd.: 63). Mit Rückgriff auf John Stuart Mill beschreibt Pitkin die Funktion eines Parlaments daher nicht als Entscheidungs- sondern als Informationsgremium (ebd.: 63,64). Die Repräsentanten sollen Informationen über diejenigen, für die sie stehen, liefern können, um alle möglichen Standpunkte einer Debatte in einer Entscheidung der Legislative miteinbeziehen zu können. Diese Sichtweise steht im Widerspruch zu der formalen Konzeption von Repräsentation, welche gerade die Legitimation des Handelns des Repräsentanten fokussiert. „A representative must first of all be capable of effective action“ (ebd.: 65). Der zentrale Kritikpunkt Pitkins an diesem Konzept ist also, dass es Repräsentanten zu inaktiven Informationslieferanten mache und es so unmöglich sei, die repräsentative Funktion von Regierungen zu erklären. Ein weiterer Kritikpunkt an diesem Konzept ist die starke Fragmentierung der Repräsentanten, welche gemeinsam mit der Unfähigkeit, selbst zu agieren Kompromisse ausschließt und so zu Untätigkeit und Stillstand führt (ebd.: 64, 90).

Ein anderer Argumentationsstrang innerhalb dieses Konzeptes von Repräsentation löst dieses Problem. Repräsentation ist in diesem Argumentationsstrang ein Ersatz für direkte Beteiligung. Eine direkte Beteiligung Aller werde aufgrund der Größe von modernen Nationalstaaten unmöglich. Die repräsentative Versammlung soll hier ein Abbild der Repräsentierten sein, um so zu entscheiden, wie die Menschen selbst es getan hätten. „In a small community this [radical democratic] ideal can be achieved through direct democratic action, political decision can be reached in an assembly of all the people. But the size and extent of modern states makes this ideal impossible, and so representation is introduced as the best approximation to it, a way of allowing each man to participate by proxy“ (ebd.: 85). „Thus accurate representation becomes a way of justifying government of the many by the few, a rationale for representative democracy. Whatever the legislature does will be what the nation would have done in its place [...]. A copy sufficiently like an original can be substituted for the original without making any difference“ (ebd.: 84). Ein perfektes Replikat einer Gesellschaft hält Pitkin aber für

unmöglich. Auch wenn dieses als Ideal, das es anzustreben gilt, verstanden wird, werden Menschen die Aktionen Anderer zugeschrieben, nur weil diese ihnen in einer gewisser Weise ähnlich sind. Dass Menschen anderen Menschen ähnlich sind, häufig ähnliche Standpunkte vertreten und in der gleichen Situation ähnlich handeln, konstruiert einen Zusammenhang, aber keine Notwendigkeit. Somit kann reine Ähnlichkeit nicht als Grundlage politischer Verantwortlichkeit dienen (ebd.: 88-90). „We tend to assume that people’s characteristics are a guide to the actions they will take, and we are concerned with the characteristics of our legislators for just this reason. But it is no simple correlation; the best descriptive representative is not necessarily the best representative for activity or government“ (ebd.: 89). Sie führt damit die Kategorie eines guten/besten Repräsentanten ein. Deskriptive Repräsentation, bei der Repräsentanten für Andere stehen, kann für Pitkin nicht abschließend beantworten, was Repräsentation ist. Des Weiteren beschreibt sie Repräsentation in Form eines Symbols, das für etwas steht (Pitkin 1967: 92f). Beispiele sind die KönigInnen in repräsentativen Monarchien oder die Präsidenten in Kanzlerdemokratien.

Trotz ihrer Kritikpunkte verwirft Pitkin weder formale Begründungen noch ein „stehen für andere“ als Formen von Repräsentation. Für sie sind beide Blickwinkel korrekt und erst durch ihre Verabsolutierung gehen wesentliche Elemente von Repräsentation verloren. Erst mit einem Blickwinkel, der Repräsentieren als „agieren für andere“ versteht, ergibt sich ein Gesamtbild von Repräsentation (Pitkin 1967: 66,111).

3) Das dritte zentrale Konzept von Repräsentation ist das „agieren für andere“. Repräsentieren als Tätigkeit ist in diesem Konzept keine ‚black box‘, sondern im Gegensatz dazu steht das Handeln der Repräsentanten im Mittelpunkt der Analyse. „The activity of representing as acting for others must be defined in terms of what the representative does and how he does it“ (ebd.: 143). Repräsen-

tanten können in dieser Sichtweise nicht einfach tun, was sie selbst tun würden, denn einfaches *Handeln* unterscheidet sich vom *Handeln für andere*. Die Autorisierung durch andere hat in dieser Sichtweise Folgen für den Handlungsspielraum der Repräsentanten. Repräsentanten sind folglich in ihrem Handeln nicht vollkommen frei. (ebd.: 118-119). Auch das Argument, dass Repräsentanten das tun würden, was diejenigen tun würden, die sie repräsentieren, trägt nicht, wenn sie für andere handeln. Konkreter formuliert: Eine Anwältin, die eine Person vor Gericht repräsentiert, soll gerade anders handeln als es die Person selbst könnte. In einem repräsentativen System kommt zudem hinzu, dass eine Repräsentantin gerade eine Vielzahl von Personen repräsentieren soll. Der Repräsentantin bleiben folglich zwei Möglichkeiten: Entweder sie hält sich genau an das, was ihr von denjenigen, die sie repräsentiert aufgetragen wurde, oder sie agiert im Interesse derjenigen, die sie repräsentiert (ebd.: 145). Die Frage, wie sehr ein *Handeln für andere* das Handeln einer Repräsentantin einschränken muss oder darf, ist daher ein viel diskutiertes Problem. „Should (must) a representative do what his constituents want, and be bound by mandates or instructions from them; or should (must) he be free to act as seems best to him in pursuit of their welfare?“ (ebd.). Auf der einen Seite stehen diejenigen, die der Meinung sind, dass nur ein direktes Mandat die Repräsentierten in einer Entscheidung präsent machen kann und sie so ihren demokratischen Charakter beibehält. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die der Meinung sind, dass eine Repräsentantin sich ein eigenes Urteil bilden können muss. Das Ziel sei es gerade, die Entscheidung in die Hände einer anderen Person zu legen, um einerseits von deren Fachwissen zu profitieren und andererseits eine Deliberation, den freien Austausch unter Gleichen, und Kompromisse zwischen den Repräsentanten selbst zu ermöglichen (ebd.: 147). Pitkin zeigt mit Hilfe ihrer grundsätzlichen Definition von Repräsentation, dass beide Seiten recht haben. Eine Repräsentantin ist keine wirkliche Repräsentantin, wenn ihre Handlungen dem Willen der durch sie Repräsentierten widersprechen. Und genauso wenig ist sie eine Repräsentantin, wenn sie nicht selbst agiert,

sondern die Repräsentierten durch sie selbst handeln. Dieses Paradoxon entspricht dem Paradoxon ihrer Definition von Repräsentation als gleichzeitige An- und Abwesenheit. „This paradoxical requirement imposed by the meaning of the concept is precisely what is mirrored in the two sides of the mandate-independence controversy“ (ebd. 153). Repräsentation versteht sie daher als einen Mittelweg zwischen diesen beiden Extremen. Sie schlägt einen Ausschluss der Extrempositionen vor. Weder könne ein Repräsentant völlig frei noch völlig gebunden sein. „The conceptual principal sets the limits of representation, of what we are willing to recognize as representing (or a representative) and what no longer qualifies. If a state of affairs deviates too much in one direction or another, we shall say that it is no longer representation at all (he is simply an oligarch, he is simply a tool). But within the limits of what is no longer representation at all, there is room for a variety of views on what a good representative should and should not do“ (ebd.: 166). Der zentrale Begriff für „gute Repräsentation“ ist für Pitkin dabei die Repräsentation der Interessen der Repräsentierten (ebd.: 155). Repräsentanten sollen sich um das Wohlergehen derjenigen bemühen, die sie repräsentieren. Was gut für einen Menschen ist, sollte im Normalfall auch in dessen Interesse liegen (ebd.: 156). Wenn eine Person die Fähigkeit besitzt, über die eigene Lage zu urteilen, sollte sie keine Einwände erheben, wenn jemand in ihrem Interesse handelt (ebd.: 162). „It might be said that to act in someone’s interest is to do what he ought to want. There is nothing tricky about that ‘ought’; it simply expresses our assumption about the normal case“ (ebd.). Die Wünsche einer Person und das, was in ihrem Interesse liegt, müssen für Pitkin also nicht unbedingt übereinstimmen, sollten es im Normalfall aber tun. Wenn eine Diskrepanz zwischen den Wünschen einer Person und ihrem Interesse besteht, dann erfordert diese Diskrepanz eine Erklärung (ebd.). Somit ist es durchaus möglich, dass eine Repräsentantin gegen die expliziten Wünsche der Repräsentierten agiert, wenn sie in der Lage ist zu erklären, warum dies in deren Interesse sei. „If a representative acts contrary to the known wishes of his constituents,

some such rationale [the people do not understand the significance of this issue' or 'they would agree with me if they knew all the facts'] is necessary. Acting contrary to their wishes is not necessarily wrong, not necessarily bad representation or a violation of the representative's duty. It may, indeed, be required of him in certain situations. But it is abnormal in the sense that it calls for explanation or justification" (ebd.: 164). Häufiger ist der Fall, dass die Repräsentierten keine expliziten Wünsche zu einem Thema äußern oder sogar nichts von einem Thema wissen. Hier ist es gerade die Aufgabe einer Repräsentantin, im Interesse derjenigen zu handeln, die sie vertritt, ohne dass diese ihre Wünsche formuliert haben. Dass Menschen ihre direkte Beteiligung aufgeben und andere Personen für sich handeln lassen, ist für Pitkin die Essenz von Repräsentation (ebd.: 163).

Repräsentation ist für Pitkin also eine Aktivität, in der die Repräsentanten weder völlig frei von denjenigen entscheiden, die sie repräsentieren, noch können sie vollkommen an deren Wünsche gebunden sein. Zwischen diesen beiden Extrempositionen ist Repräsentation möglich. Was dabei als gute Repräsentation gilt, hängt davon ab, wie sehr die Repräsentantin die objektiven Interessen der Repräsentierten verfolgt. Was gute Repräsentation ist, ergibt sich also nicht aus der Definition des Begriffes allein, sondern hängt von den Fragen ab: ‚Was sind die objektiven Interessen der Menschen?‘ und ‚Gibt es überhaupt objektive Interessen?‘ Welche Position Menschen innerhalb der Debatte um die Unabhängigkeit des Mandats einnehmen und welche Position sie gegenüber dem Begriff Repräsentation selbst haben, hängt von der jeweiligen Position zur Existenz und Erkennbarkeit objektiver Interessen ab. „[...] the position a writer adopts within the limits set by the concept of representation will depend on his metapolitics - his broad conception of human nature, human society, and political life. His views on representation will not be arbitrarily chosen, but embedded in and dependent on the pattern of his political thought" (ebd. 167).

Sie stellt im Folgenden die Sicht von Edmund Burke, der Autoren der Federalist Papers und der englischen Utilitaristen auf objektive Interessen vor und stellt deren daraus resultierende Verständnisse von Repräsentation dar. Auf die Positionen dieser Autoren wird im nächsten Teil dieser Arbeit noch ausführlich eingegangen. Pitkin betont am Ende ihrer Auseinandersetzung mit den verschiedenen Definitionen von Interesse, welche Konsequenzen das Verständnis des Begriffs ‚Interesse‘ für Repräsentation hat. „If ‚to represent‘ as an activity is to have a substantive meaning, it must be ‚to act in the interest of‘ or ‚to act according to the wishes of,‘ or some such phrase. But if the key word of the phrase is defined as entirely a subjective matter, then by definition no one can really act for another. Consequently, to the degree that interests, will, welfare, or whatever is supposed to be involved in representing as activity is regarded as something each man can only define for himself, representing as activity becomes impossible. Only the formalistic, descriptive, and symbolic senses remain“ (ebd.: 208). Sowohl objektive Interessen, über die kein Zweifel besteht, als auch vollständig subjektive Interessen, machen Repräsentation unmöglich, oder verändern die Rolle eines Repräsentanten soweit, dass aus ihnen Experten oder Bevollmächtigte werden. Der Raum zwischen diesen Extrempositionen ist aber weit und erlaubt verschiedenste Definitionen von Repräsentation als ‚agieren für andere‘ (ebd. 210, 211). Innerhalb dieses Raums ist auch Pitkins eigene Definition von Repräsentation anzusiedeln: “The formulation of the view we have arrived at runs roughly like this: representing here means acting in the interest of the represented, in a manner responsive to them. The representative must act independently; his action must involve discretion and judgment; he must be the one who acts. The represented must also be (conceived as) capable of independent action and judgement, not merely being taken care of. And, despite the resulting potential for conflict between representative and represented about what is to be done, that conflict must not normally take place. The representative must act in such a way that there is no conflict, or if it occurs an explanation is called for. He must not be found

persistently at odds with the wishes of the represented without good reason in terms of their interest, without a good explanation of why their wishes are not in accord with their interest" (ebd.: 209,210). Es bleibt somit die Frage, welche Interessen eine Repräsentantin verfolgen soll. Für Pitkin sind politische Entscheidungen weder vollständig rational noch einfach beliebig. Daher sind auch die politischen Interessen von Menschen weder objektiv festlegbar noch vollständig subjektiv und für andere nicht erkennbar. „Political issues, by and large, are found in the intermediate range, where the idea of representing as a substantive acting for others does apply. Political questions are not likely to be as arbitrary as a choice between two foods; nor are they likely to be questions of knowledge to which an expert can supply the one correct answer [...]. It is a field where rationality is no guarantee of agreement. Yet at the same time, rational arguments are sometimes relevant, and agreement can sometimes be reached." (ebd.: 212). Politik ist eine Kombination aus unüberbrückbaren Gegensätzen, vernünftigen Debatten und Deliberation. Pitkin argumentiert, dass Repräsentation gerade in dieser Grauzone wichtig sei. „But this is precisely the kind of context where representation as a substantive activity is relevant. [...] We need representation precisely, where we are not content to leave matters to the expert; we can have substantive representation only where interest is involved, that is, where decisions are not merely arbitrary choices" (ebd.). Die Frage bleibt, was passiert, wenn Menschen nicht in der Lage sind, sich über ihre Interessen und Wertvorstellungen zu verständigen und Gegensätze zu überbrücken. Laut Pitkin kann Repräsentation dann nicht als ‚agieren für andere‘ verstanden werden, stattdessen treten die formalen, deskriptiven und symbolischen Bedeutungen von Repräsentation in den Vordergrund. „But what becomes of terms like ‚interest‘ and ‚justifiable‘ if there can be lifelong, profound disagreement among men that remains despite deliberation and justification and argument? To the extent this is so, the possibility of a substantive acting for others breaks down, and that view of the concept becomes irrelevant to politics" (ebd.: 213).

Das Problem wird dadurch noch verschärft, dass in der Realität eine Repräsentantin nicht nur denjenigen gegenüber verantwortlich ist, die sie direkt repräsentiert. Eine Repräsentantin gehört einer Partei an, ist ein Bestandteil der Regierung der Nation und diejenigen, die sie repräsentiert, sind Tausende, wenn nicht Millionen von Menschen, im Besonderen in modernen Nationalstaaten. All diese Menschen haben ihre jeweiligen Interessen und grundsätzlichen Überzeugungen über Richtig und Falsch. „A political representative - at least the typical member of an elected legislature - has a constituency rather than a single principal; and that raises problems whether such an unorganized group can even have an interest for him to pursue, let alone a will to which he could be responsive, or an opinion before which he could attempt to justify what he has done“ (ebd.: 215). Gleichzeitig haben viele Menschen gerade keine dezidierten Meinungen oder Interessen zu vielen politischen Themen und entscheiden sich bei der Wahl ihrer Repräsentanten mehr nach Gewohnheit oder aufgrund von Emotionen (ebd.: 220). „The constituent, the voter who is to be represented, is not, of course, the rational, interested, informed, politically active citizen our formula seem to require“ (ebd.: 219). Pitkin stellt daher die Frage, ob Repräsentation und das ‚Agieren für andere‘ in einem politischen Zusammenhang funktionieren kann. Wie kann eine Person für so viele Menschen gleichzeitig agieren? Wie kann eine Repräsentantin all diese Anforderungen jedem Einzelnen gegenüber erfüllen?

Pitkins Antwort lautet, dass politische Repräsentation nicht nur aus den jeweiligen Beziehungen zwischen Repräsentantin und Repräsentierten besteht, sondern in politische Institutionen eingebettet ist. Politische Repräsentation findet in einem repräsentativen System statt. „[When we] speak of political representation, representative government, and the like, we do not mean or require that the representative stand in the kind of one-to-one, person-to-person relationship to his constituency or to each constituent in which a private representative stands to his principal. Perhaps when we call a governmental body or system ‘representative,’ we are saying something broader and more general about the way in which it

operates as an institutionalized arrangement.“ (Pitkin 1967: 221). Für Pitkin existiert politische Repräsentation nicht auf der Ebene einzelner Personen, sondern ist Teil eines Systems, welches als Ganzes die Anforderungen an Repräsentation erfüllen muss. Zentral ist für Pitkin wie dieses System als Ganzes funktioniert. „Political representation is primarily a public, institutionalized arrangement involving many people and groups, and operating in the complex ways of large scale arrangements. What makes it representation is not any single action by any one participant, but the over-all structure and functioning of the system, the pattern emerging from the multiple activities of many people“ (ebd.: 221,222). Daher überträgt sie ihre Definition von Repräsentation auf das Funktionieren eines ganzen Systems. Agieren für andere bedeutet also im Kontext eines repräsentativen Systems, dass die Interessen des Volkes als Anleitung für das Funktionieren des Systems dienen. Ein repräsentatives System kann diese Aufgabe auf einer gesellschaftlichen Ebene (public level) erfüllen, im Gegensatz zu einzelnen Repräsentanten auf einem persönlichen Level. Somit sind sowohl Repräsentation als auch das ‚Agieren für andere‘ in einem politischen Zusammenhang möglich. „All this is only meant to sketch a framework on which one could maintain what seems to be the case: that political representation is, in fact, representation, particularly in the sense of ‘acting for,’ and that this must be understood at the public level“ (ebd.: 224). Für Pitkin handelt es sich dann um ein repräsentatives System, wenn das System den Menschen dient und nicht umgekehrt. Das System schreibt den StaatsbürgerInnen das Handeln der Regierung zu und daher müssen diese im System anwesend sein und durch es handeln (ebd.: 222). Das System muss als Ganzes Reaktionsfähigkeit (responsiveness) unter Beweis stellen, um als repräsentativ zu gelten. Das bedeutet nicht, dass das System dauernd auf die Wünsche des Volkes reagieren muss, sondern dass Institutionen bestehen, die es erlauben, diese Wünsche durchzusetzen. „There need not be a constant activity of responding, but there must be a constant condition of responsiveness, of potential readiness to respond. It is not that a

government represents only when it is acting in response to an express popular wish; a representative government is one which is responsive to popular wishes when there are some. Hence there must be institutional arrangements for responsiveness to these wishes. [...] We can conceive of the people as 'acting through' the government even if most of the time they are unaware of what it is doing, so long as we feel they could initiate action if they so desired" (ebd.: 233). Es geht also weniger um das Agieren einzelner Repräsentanten, die innerhalb eines solchen System gut oder schlecht repräsentieren können, sondern um das langfristige Funktionieren des Systems als Ganzem (ebd. 234). Das zentrale Element um eine solche systematische Reaktionsfähigkeit sicherzustellen sind für Pitkin freie Wahlen (ebd.: 234).

Pitkin endet ihre theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff Repräsentation mit deren Bedeutung für die politische Praxis. Die theoretische und praktische Geschichte eines Begriffs füllt diesen mit Bedeutung, erstens für dessen praktische Umsetzung und zweitens für das existierende Verständnis des Begriffs. Wie sie gezeigt hat, ist der Begriff Repräsentation nicht ohne den Rückgriff auf diverse theoretische Blickwinkel beschreibbar und ist darüber hinaus abhängig von dem jeweiligen Verständnis objektiver Interessen. Der Begriff befindet sich also in einem theoretischen Spannungsfeld. Gleichzeitig stellt ihre theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff einen Idealtypus dar, der nicht mit der Realität von Repräsentation übereinstimmen kann. Für Pitkin braucht Repräsentation daher immer eine Form der Institutionalisierung um Wirkung zu entfalten. „Without institutionalization [...] the ideal of representation would remain an empty dream, or at most would occasionally recur as a fitful, inexplicable blessing, which we have no power to produce or to prolong. The historically developed institutional forms, the culturally ingrained standards of conduct are what flesh out the abstract ideal, give it practical import and effective meaning" (ebd.: 239). Das Spannungsverhältnis im Begriff Repräsentation selbst und das Spannungsverhältnis zwischen Ideal und Realität erzwingen für Pitkin eine weitere, kritische

Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis von Repräsentation. Nur so sei es möglich, Institutionen zu schaffen, die eine wirkliche Repräsentation der Öffentlichkeit ermöglichen. "The concept of representation thus is a continuing tension between ideal and achievement. This tension should lead us neither to abandon the ideal, retreating to an operational definition that accepts whatever those usually designated as representatives do; nor to abandon its institutionalization and withdraw from political reality. Rather, it should present an continuing but not hopeless challenge: to construct institutions and train individuals in such a way that they engage in the pursuit of the public interest, the genuine representation of the public; and, at the same time, to remain critical of those institutions and that training, so that they are always open to further interpretation and reform" (ebd.: 240).

3.2 'Representation is Democracy'

Pitkin nimmt in ihrer Auseinandersetzung über Repräsentation an, dass Repräsentation und Demokratie aufs Engste miteinander verwoben sind. Später stellt sie dann selbstkritisch fest, dass sie diese Verbindung einfach als selbstverständlich und unproblematisch verstanden hatte (Pitkin 2004: 336). In der Demokratietheorie wurde über einen langen Zeitraum nicht ausdrücklich über das Verhältnis von Demokratie und Repräsentation nachgedacht. In der Demokratietheorie existierten im Wesentlichen zwei Positionen: Entweder wurde die Verbindung als selbstverständlich angenommen oder kategorisch abgelehnt. Auf der einen Seite befinden sich dabei die Theoretiker der Minimaldemokratie und die Theoretiker politischer Repräsentation auf der anderen Seite die Theoretiker partizipativer Demokratie. „Until recently, participatory and deliberative democrats paid little attention to political representation, leaving the topic to neo-Schumpeterian theorists who viewed democracy as primarily about the selection

and organization of political elites" (Urbinati/Warren 2008). Seit Mitte der neunziger Jahre löst sich diese klare Trennung zwischen den einzelnen Denkschulen allerdings langsam auf. David Plotkes Text „Representation is Democracy“ ist der Wendepunkt („turningpoint“) dieser Entwicklung (ebd.). In diesem Text erklärt er Repräsentation als notwendig für demokratische Politik. „My aim here is not to endorse any particular set of representative forms, but to insist that a democratic politics has to be politics of and about representation“ (Plotke 1997: 32). Mit seiner Position grenzt er sich deutlich sowohl von den Positionen der Theoretiker der Minimaldemokratie - der Reduktion von Demokratie auf den Austausch der politischen Führung (Meyer 2009: 69) - als auch von denen partizipativer Demokratie - die Demokratie als die direkte Teilhabe des Volkes verstehen (Barber 1984) - ab (Plotke 1997: 19). Beiden Positionen stellt er sein eigenes Konzept von Repräsentation entgegen. Repräsentation versteht er dabei als ein Mehr an Demokratie gegenüber der Minimaldemokratie und im Gegensatz zu Partizipation, als einen Grundbaustein moderner Demokratie (ebd.: 19, 24, 27). Ich werde nun drei in seinem Text vorgestellten Argumentationslinien nachzeichnen: Erstens seine Abgrenzung gegenüber der Minimaldemokratie, zweitens seine Auseinandersetzung mit der Kritik an Repräsentation innerhalb der partizipativen Demokratietheorie und drittens seine eigene Konzeption von Repräsentation und Demokratie.

1) Die Auseinandersetzung mit Schumpeters Minimaldemokratie stellt Plotke eindeutig in den Hintergrund gegenüber seiner Auseinandersetzung mit der partizipativen Demokratie, welche den Großteil des Textes ausmacht. Die Abgrenzung gegenüber der Minimaldemokratie erfolgt daher eher in Form einer pauschalen Zurückweisung deren minimalen Anspruchs als einer eingehenden Auseinandersetzung mit Schumpeters Theorie (ebd.: 19, 22).

Plotke stellt zu Beginn seines Textes Positionen zu Repräsentation vor, die während des Kalten Krieges eingenommen wurden. Die Konzeption einer Minimaldemokratie habe im Gegensatz zu dem demokratischen Anspruch des Ostblocks das Fehlen liberaler Freiheitsrechte deutlich gemacht und somit einen wichtigen Beitrag zur Debatte über Demokratie geleistet (ebd.: 20). Ohne den Kontrast zu autoritären Systemen, die einen demokratischen Anspruch erheben, ist ihm ein minimaler Anspruch an Demokratie zu eng gefasst (ebd.: 25).

Das wird insbesondere bei seinem einzig explizit ausgeführten Kritikpunkt gegenüber der Minimaldemokratie deutlich. Schumpeters Minimaldemokratie fokussiert Demokratie auf das Abhalten freier Wahlen und somit auf Repräsentation (ebd.: 23). Deren Ziel ist es nicht, den Willen des Volkes zu verwirklichen, sondern eine Regierung zu schaffen. Das zentrale Element ist daher für Schumpeter der Wettbewerb um politische Macht. Wahlen erlauben es den StaatsbürgerInnen, Repräsentanten zu wählen und diejenigen abzuwählen, die ihre Rolle nicht erfüllen (Schumpeter 2010: 241-244). Zwischen den jeweiligen Wahlterminen weist die Minimaldemokratie den BürgerInnen aber eine passive Rolle zu. Plotke stellt sich gegen ein solches Verständnis von Repräsentation und nimmt die Kritik partizipativer Demokratietheorie an dieser Passivität auf (Plotke 1997: 23). Dies ist bedeutsam, da er sich ansonsten deren Position rigoros entgegenstellt. „These critiques of representation made strong points against proponents of a scheme in which citizens had little role between election and did little more than assent choices prepared and defined by elites“ (ebd. 23). Das zentrale Argument gegen die Minimaldemokratie findet sich in seiner eigenen Konzeption von Repräsentation, die gerade die Aktivität der BürgerInnen betont. „I emphasize the relational and active dimension of representation, as opposed to conceptions that begin by identifying representation with the absence or passive role of the one represented“ (ebd.: 24)

2) Die Kritik an einer partizipativen Konzeption von Demokratie nimmt einen Großteil von Plotkes Argumentation ein. Plotkes zentraler Kritikpunkt ist, dass Partizipation ohne Repräsentation unmöglich ist. Er arbeitet sich dabei an Benjamin Barber (1984) ab, dessen Kritik an Repräsentation er als einflussreich für die Theoriebildung partizipativer Demokratie beschreibt. Barber hält Repräsentation für inkompatibel mit Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit und setzt der Minimaldemokratie ein Modell starker Demokratie („strong democracy“) entgegen, das auf direkter Partizipation aufbaut (ebd.: 25). Plotke setzt sich allerdings nicht direkt mit diesen Vorwürfen auseinander, sondern kritisiert ein von ihm erdachtes Beispiel für die Umsetzung starker Demokratie in die Realität: Einer fiktiven Nachbarschaftsversammlung, die über die lokale Bildungspolitik entscheiden soll. Er zeigt über mehrere Seiten auf, wie ein solches Modell an der Begrenztheit des Menschen scheitert. „[...] [participatory democrats] paid little attention to the limits to participation that exist in a democratic regime, notably time constraints and varied preferences for political activity“ (ebd.:21). Sein zentraler Punkt ist es dabei, dass Teilhabe sowohl Sprechen als auch Gehörtwerden bedeutet und dies für alle gelten müsse. Ansonsten partizipierten nur wenige Sprecher, während alle Anderen von den Sprechenden repräsentiert würden oder gar ausgeschlossen seien. In seinem Beispiel können pro Sitzung 50 von 900 Menschen in der Versammlung sprechen. „If ‚direct‘ means more than being physically present, in what sense would this 96% of the assembly be engaged in strong or direct democracy? Barber’s critique of representation would surely apply to the relation between the 4% of the room with a voice and the 96% with eyes and ears only“ (ebd.:26). Wenn Partizipation also nicht nur Anwesenheit, sondern Teilhabe bedeuten soll, dann wäre es auch bei wöchentlichen zweieinhalbstündigen Treffen innerhalb eines Jahres unmöglich, alle Teilnehmenden auf einen ausreichenden Wissensstand zu bringen, sich über verschiedene Lösungsvorschläge zu verständigen und deren konkrete Umsetzung zu erarbeiten (ebd.: 25, 26). Partizipative Demokratie müsse sich demnach in ein repräsentatives

Modell umwandeln, um den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Partizipative Demokratie schließe sich also selbst aus. „It takes only a small number of citizens and a routine issue (education) to rule out a nonrepresentative democracy. Direct democracy is implausible - not a desirable but difficult goal, nor an attractive horizon that may be out of reach. Little is gained by proposals to integrate two types of democracy, representative and direct. [...] Yet proposing to combine representative and direct democracy offers a flawed reality with an implausible construct“ (ebd.: 27).

David Plotke kommt also zu dem Schluss, dass Partizipation in einer Demokratie ohne Repräsentation unmöglich ist. Wenn ein partizipatives System Repräsentation grundsätzlich ausschließt, könne es nicht den Grundprinzipien von Demokratie entsprechen: Die Pluralität und Komplexität von Gesellschaft erzwingt in einem partizipativen Modell von Demokratie eine Anforderung an die politische Teilhabe der StaatsbürgerInnen, die die Fähigkeiten des Menschen übersteigt. Aber selbst wenn die direkte Partizipation Aller möglich wäre, erzwingt der Ausschluss von Repräsentation von allen StaatsbürgerInnen die direkte Teilnahme am politischen System. Haben nicht alle an einem solchen partizipativen System teil, würde es sich in ein „de facto repräsentatives System“ verwandeln, welches keine legitime Basis für Entscheidungen besitzt (ebd.: 26, 27). Plotke folgert, dass nur zwei Möglichkeiten bleiben, ohne auf Repräsentation zurückzugreifen: Erstens Simplifizierung von politischen Entscheidungen, um eine Entscheidungsfindung in einem äußerst begrenzten Zeitraum möglich zu machen. „The misleading core of participatory and populist criticism [of representation] is the idea that we could get rid of the formality and the complexity and still have democracy, much less a purer form of it“ (ebd.: 32). Dieses würde einem der Grundprinzipien von Demokratie, der Pluralität und Komplexität von Gesellschaft, widersprechen. Zweitens würde ein Zwang zur Teilhabe den Grundprinzipien von Demokratie widersprechen, da eine Nicht-Teilhabe unmöglich sei. „‘Direct’ democracy is not precluded by the scale of modern politics, but because of core features of

democracy as such. This is true because democratic premises include sufficient autonomy for individuals to develop and sustain different preferences, including different preferences for political involvement, and because democratic forms include a commitment to reaching decisions" (ebd.: 27).

Zusammenfassend ist also für Plotke Partizipation ohne Repräsentation nicht nur unmöglich, sondern sogar mit Demokratie selbst unvereinbar. „The image of direct and simple democracy relies on a misconceived effort to substitute participation for representation. But representation is not an unfortunate compromise between an ideal of direct democracy and messy realities. It is crucial in constituting democratic practises" (ebd.). Er stellt fest, dass es nicht nur keine umsetzbaren Alternativen zum repräsentativen Modell von Demokratie gibt, sondern dass Repräsentation von sich aus eine demokratische Praxis ist. Demokratie kann ohne Repräsentation nicht existieren. „My aim here is not to endorse any particular set of representative forms, but to insist that a democratic politics has to be politics of and about representation" (Plotke 1997: 32)."

3) Im dritten Teil seines Textes stellt David Plotke sein eigenes Verständnis von Repräsentation vor. Während in Schumpeters Minimaldemokratie Repräsentanten nur um ihrer Wiederwahl willen die Meinungen ihrer Wähler und deren Wohlergehen im Blick haben, versteht Plotke Repräsentation darüber hinaus als ein Verhältnis, in dem beide Seiten aktiv sind (ebd.: 30). Repräsentation in einem sozialen Sinn bedeutet für Plotke „für etwas anderes stehen“, während gleichzeitig eine Verbindung gemeinsamem Interesses besteht (ebd.:27). Er unterscheidet darüber hinaus zwei Arten sozialer Repräsentation: wirtschaftliche und politische Repräsentation. In beiden Fällen sind die Repräsentanten dazu autorisiert, für die Repräsentierten bindende Entscheidungen zu treffen. Im Fall wirtschaftlicher Repräsentation ist die Repräsentantin aber gleichzeitig direkt an die Ziele und Anweisungen der Repräsentierten gebunden. Im Gegensatz dazu

spielen in politischer Repräsentation auch das Allgemeinwohl sowie die Ziele und Positionen der Repräsentantin selbst eine Rolle. Das bedeutet, dass die Repräsentantin auch entgegen der Ziele und Anweisungen der Repräsentierten handeln können muss, solange dies im gemeinsamen Interesse geschieht. „A political representative looks toward the preferences of thoses they represent, toward others' preferences, and toward their own view of overall welfare. Political representatives recognize the existence of competing and general interests alongside thoses of their constituents. And they consider whether their constituents' choices are the best way to get what those constituents want” (ebd.: 29). Beide Formen von Repräsentation, wirtschaftliche und politische, erfordern einen Austausch von Positionen und ein Kenntlichmachen der Interessen und Ziele der Repräsentierten. In politischer Repräsentation ist dieser Dialog allerdings wichtiger, da beide Parteien unabhängig voneinander Positionen vertreten können. Die Unabhängigkeit der Repräsentanten ist für Plotke das zentrale Merkmal politischer Repräsentation.

An dieser Stelle wehrt er sich gegen eine Sicht auf Repräsentation, die auf der Annahme von Abwesenheit basiert. Sein Argument ist, dass physische Anwesenheit und politische Anwesenheit auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sind. Im Gegensatz zu Pitkin ist Repräsentation also nicht in sich selbst widersprüchlich. Für Plotke folgt aus gleichzeitiger physischer Abwesenheit und politischer Anwesenheit kein Paradoxon (ebd. 29,30). „I gain political representation when my authorized representative tries to achieve my political aims, subject to dialog about those aims and to the use of mutually acceptable procedures for gaining them. I may or may not be physically present when my representative engages in various activities, but in a political sense I am forcefully present throughout the representative process. This conception underlines the agency of both participants in the relationship, the strategic elements of their interaction, and the need for communication between them” (ebd.: 30). Politische Repräsentation ist solange demokratisch, wie die Repräsentierten ihre Interessen wahrheitsgemäß und klar

darstellen und mit ihrem Repräsentanten effektiv kommunizieren. Um dies zu tun, ist es allerdings erforderlich, Interessen von persönlichen Erfahrungen zu abstrahieren, um sie für andere verständlich zu machen, darüber hinaus müssen Gründe sowie mögliche Lösungen und ihre Auswirkungen genannt werden (ebd.: 31). Gerade weil der Repräsentant von den Repräsentierten unabhängig und die Beziehung nicht abgeschlossen ist, erfordert sie andauernde Verhandlungen zwischen den Parteien. Zusätzlich treffen die Interessen der Repräsentierten auf die Interessen der anderen Repräsentierten und die Ziele und Positionen der Repräsentantin. „The lack of closure creates a permanent need for representatives and those who are representing themselves to negotiate their relationship. Both parties know that while the person who wants representation has preferences, those are not the only relevant factors. Other constituents may have different preferences, and the representative has his or her own aims” (ebd.: 31)

Trotz seiner starken Kritik an partizipativer Demokratietheorie besteht David Plotke darauf, dass er nicht gegen Partizipation sei. Da partizipative Demokratie nur durch Rückgriff auf Repräsentation demokratisch sein kann, versteht er Partizipation als aktive Teilnahme am repräsentativen System. „Rather than opposing participation to representation, we should try to improve and expand representative practices. On that basis, a number of the most valuable aspects of participation should be considered as part of a reformed scheme of representation” (ebd.: 24). Partizipation in dieser Form ist für Plotke also Teil von Repräsentation und nicht deren Gegenteil. „I argue that the opposite of representation is not participation. The opposite of representation is exclusion. And the opposite of participation is abstention” (ebd.: 19). Das Gegenteil von Repräsentation sei der Ausschluss von Menschen aus diesem System, während das Gegenteil von Partizipation die freiwillige Nicht-Teilnahme an diesem System sei. Er fordert eine Form des repräsentativen Systems, welche die aktive Teilnahme an dem System fördert. Die Repräsentation von Interessen sei diejenige Form der Repräsentation, die diesem Anspruch am besten gerecht werde. „[...] the starting

point in a democratic view of representation should be interest representation. Interest representation gives a greater weight to the activities of citizens in seeking to understand, clarify, and achieve their preferences than do alternative models of representation. Thus it emphasizes the active and reflective elements of seeking representation" (ebd.: 32).

4 Repräsentation ein Paradoxon?

Ich werde nun Widersprüche und Gemeinsamkeiten zwischen Hanna Fenichel Pitkins Verständnis von Repräsentation in ‚concept of representation‘ und David Plotkes Verständnis in ‚representation is democracy‘ herausarbeiten, um im Anschluss ein grundlegendes Prinzip von Repräsentation, den Anspruch der Repräsentation aller, in beiden Texten offenzulegen.

David Plotke grenzt sich selbst ausdrücklich von Pitkins Positionen ab. Diese hat 1967 mit ‚concept of representation‘ das Standardwerk über Repräsentation verfasst, um nur kurze Zeit später in das Lager partizipativer Demokratietheorie zu wechseln (Urbinalti/Warren 2008: 393). Ihr Text „Representation and democracy: uneasy alliance“, (2004) kritisiert offen ihre frühere Position. Anstatt die Verbindung von Repräsentation und Demokratie als unproblematisch zu verstehen, nimmt sie nun eine unbeständige Allianz zwischen den Begriffen an. „Representation has a problematic relationship with democracy, with which it is often thoughtlessly equated. The two ideas have different, even conflicting, origins“ (Pitkin 2004: 335). David Plotke versteht Repräsentation als notwendige Tatsache für Demokratie und bezieht daher eindeutig Stellung gegen Pitkins neu formuliertes Verständnis von Repräsentation. Während Pitkin Repräsentation als ein Paradoxon versteht (Pitkin 2004: 336), unterscheidet Plotke zwischen physischer und politischer Anwesenheit und löst somit den Widerspruch auf - er kürzt die Ambivalenz des Begriffs. Er kritisiert, dass Pitkin ihr Verständnis von Repräsen-

tation auf diesem Paradoxon aufbaut und merkt an, dass so Repräsentation nicht als ein Verhältnis in den Blick komme (Plotke 27, 30). „For Pitkin *presence* and *representation* seem mainly to be opposites. This downplays the *relational* and *abstract* elements of political representation” (Plotke 1997: 27). Plotkes Kritik legt ein wesentliches Missverständnis von Pitkins Texten nahe. Er scheint nicht zwischen ‚concept of representation‘ und ihren neueren kritischen Texten zu unterscheiden. Anstatt die Parallelen zwischen Pitkins früherer Position und seiner eigenen anzuerkennen und ihre Aufarbeitung des Konzeptes produktiv zu nutzen, verwirft er es. Er will Repräsentation als ‚stehen für andere‘ verstanden wissen und ignoriert dabei, dass seine Definition nahezu identisch mit Pitkins Definition von Repräsentation als ‚agieren für andere‘ ist. Beide verstehen politische Repräsentation als die Repräsentation von Interessen. Plotkes Verständnis von Repräsentation ist aufgrund der unterschiedlichen Länge der Texte wesentlich weniger ausgearbeitet, aber da er Pitkins Argumentation verwirft, produziert eine wesentliche Lücke in seiner Argumentation: Er nimmt gemeinsame Interessen und einen regen Dialog zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten an, ohne erklären zu können, warum dieser besteht. Die Repräsentierten sollen aktiv ihre politischen Interessen gegenüber ihren Repräsentanten vertreten, damit diese ihre Interessen repräsentieren können. Der einzige Grund, den Plotke liefert, warum die Repräsentanten dies tun sollten, die auch bei ihm frei sind, sind strategische Gründe - die Furcht vor einer Nicht-Wiederwahl (Plotke 1997: 29). Plotke erklärt Repräsentation zu einer aktiven demokratischen Praxis. Dies erklärt er aber nicht aus dem Konzept selbst, sondern ist schlicht sein persönlicher Wunsch. Durch das Fehlen einer schlüssigen Begründung für ein aktives Repräsentationsverhältnis kollabiert seine Argumentation so in ein minimaldemokratisches Argument. Im Gegensatz dazu erklärt sich die Aktivität im Repräsentationsverhältnis für Pitkin aus dessen Paradoxialität. Da gleichzeitige Anwesenheit und Abwesenheit unmöglich ist, muss politische Repräsentation begründet erklärt und

immer wieder bestätigt werden (Pitkin 1967: 8/9, 153). Das Paradoxon erzwingt ein aktives Verhältnis - es erklärt Pitkins Ansprüche an Repräsentation.

Pitkin muss aber feststellen, dass ihre eigenen Ansprüche an Repräsentation in dem Verhältnis von einer Repräsentantin zu Tausenden von Repräsentierten nicht zu erfüllen ist. Daher überträgt sie ihre Ansprüche auf die Ebene des Systems. Ein repräsentatives System ist dann ein System, welches gegenüber den Interessen der StaatsbürgerInnen Reaktionsbereitschaft beweist (ebd.: 222). Moderne politische Systeme besitzen zwei wesentliche Kanäle, die die Interessen der StaatsbürgerInnen in das politische System tragen können, um Veränderungen herbeizuführen: Parteien und Wahlen. Die Verschiebung der Ansprüche an Repräsentation in Parteien bedeutet schlicht, die Ansprüche in eine andere Ebene zu verschieben. Wie ich noch ausführlicher zeigen werde (Kapitel III.4), wird das Problem nicht anerkannt, sondern nur verschoben und so unsichtbar gemacht. Pitkin bleibt also nur der Fokus auf die Wahl von Repräsentanten (ebd.: 234). Plotke und Pitkin enden somit an einem sehr ähnlichen Punkt, unter dem Vorbehalt, das für Pitkin zwischen dem Ideal und der Realität von Repräsentation immer eine Spannung bestehen bleibt: Die Erfüllung ihrer jeweiligen Ansprüche an das repräsentative System hängt ausschließlich von Wahlen und ihrer Wirkung ab. Dieser Fokus auf Wahlen bedeutet, dass sich Repräsentation in zentraler Weise auf einen Akt der Autorisierung bezieht. Die Ansprüche an Repräsentation, die sich aus einem ‚agieren für andere‘ herleiten, bestehen dann ohne ein aus dem Konzept stammendes, schlüssiges, argumentatives Fundament. Die Alternative ist ein Rückgriff auf die elitären Argumenten von Burke oder die Argumentation aus den Federalist Papers, auf die ich im folgenden Teil eingehen werde. Pitkin arbeitet diese Herkunft des Repräsentationsbegriffs zwar auf und findet auch Kritikpunkte an diesen Positionen. Sie arbeitet diese Kritik aber nicht in ihr Verständnis von Repräsentation ein. Der Versuch, das Paradoxon Repräsentation aufzulösen, bedeutet, die Ausschlüsse, die Repräsentation produziert, nicht anzuerkennen. Gleichzeitige An- und Abwesenheit ist unmöglich. Eine Repräsentation ist niemals

identisch mit dem Repräsentierten. Die Differenz dieser Konstrukte ist der Ausschluss, den Repräsentation zwangsläufig produzieren muss. Sowohl Pitkin als auch Plotke zeigen einen Gewinn, den eine solche Differenz produzieren kann, aber sie erkennen den produzierten Ausschluss dieser Differenz nicht an. Sie arbeiten das Paradoxon nicht auf und nur so kann Plotke Exklusion zum Gegenteil von Repräsentation erklären. Auf dieser Analyse bauen Urbinati und Warren auf und setzen diesen Fehler fort, wenn sie im Anschluss an Plotke Partizipation in Repräsentation einbauen. „If democratic representation is to be understood as more than a division of labor between political elites and citizens, we need to understand representation as an intrinsic part of what makes democracy possible“ (Urbinati/Warren 2008: 395)

Hier besteht eine weitere Übereinstimmung zwischen Pitkin und Plotke, die sich in der Gegenüberstellung von Exklusion und Repräsentation bei Plotke und der Verschiebung des Repräsentativenverhältnisses auf die Ebene des Systems bei Pitkin zeigt. Für beide ist Repräsentation ein Modell politischer Teilhabe, das **alle** StaatsbürgerInnen an **allen** Entscheidungen beteiligt. Beide verstehen Repräsentation als ein System, das die Interessen **aller** StaatsbürgerInnen repräsentiert. Denn die Repräsentation von Interessen bedeutet eine Transformation der existierenden Meinungen und Positionen der Menschen in die Interessen von Gruppen und schließlich in die Interessen ‚Aller‘ - die Interessen der Nation. Plotke macht dies besonders deutlich: Für ihn verliert politische Teilhabe durch Repräsentation an nichts (Plotke 1997: 30). Die Anwesenheit der jeweiligen Repräsentanten bedeutet auch die volle politische Anwesenheit der StaatsbürgerInnen, die sie repräsentieren. So lange Repräsentation besteht, haben die StaatsbürgerInnen einen Anteil an einer Entscheidung, und sei dieser Anteil in Zahlen umgerechnet nur minimal. Gleichzeitig bedeutet dies auch, dass jede Entscheidung sich immer zu **allen** StaatsbürgerInnen zurückverfolgen lassen muss.

In diesem Kapitel habe ich Widersprüche und Gemeinsamkeiten zwischen Pitkins und Plotkes Konzeptionen von Repräsentation dargestellt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Gemeinsamkeiten überwiegen. Beide lösen für sich das Paradoxon Repräsentation: Plotke indem er dessen Existenz abstreitet und Pitkin indem sie es durch eine Verschiebung auf die Ebene des Systems unwirksam werden lässt. Die Folge ist, dass sie zwar die Ansprüche an Repräsentation die sich aus der Unmöglichkeit gleichzeitiger An- und Abwesenheit ergeben, beibehalten, diese Ansprüche dann aber ihr argumentatives Fundament verlieren. Sie ignorieren die Exklusion, die Repräsentation notwendigerweise produziert. Die zweite wesentliche Gemeinsamkeit ist, dass beide Repräsentation immer als Repräsentation aller StaatsbürgerInnen verstehen.

III Repräsentation ist keine Demokratie

Nachdem ich in den letzten Kapiteln zwei theoretische Konzepte von Repräsentation dargestellt und aufgearbeitet habe, werde ich diese Konzepte nun kritisch hinterfragen. Ich werde zeigen, dass eine Reihe von Gründen bestehen, die die Verknüpfung von Demokratie mit Repräsentation infrage stellen. In einem ersten Schritt werde ich die doppelte Repräsentationskritik sozialer Bewegungen darstellen, um diese dann in den folgenden Kapiteln theoretisch zu unterfüttern. Dabei werde ich drei zentrale Argumente gegen diese Verknüpfung formulieren: Erstens ist die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs bis heute in das Verständnis von Repräsentation eingeschrieben. Zweitens ist das Ziel von Repräsentation, Gesellschaften zu stabilisieren. Beide Tatsachen widersprechen meinem Verständnis von Demokratie und demokratischer Institutionen. Drittens werde ich zeigen, dass Plotkes Argumente gegen partizipative Demokratie auch auf sein eigenes Verständnis von repräsentativer Demokratie anwendbar sind.

1 Echte Demokratie Jetzt!

Das herrschende Deutungsmuster von Demokratie hat sowohl vor als auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Widerspruch produziert. Die Kritiker haben sich also von dem von Francis Fukuyama ausgerufenen „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 2002) wenig beeindrucken lassen. Anders als die oben beschriebene Problembearbeitung innerhalb des herrschenden Modells von Demokratie, haben soziale Bewegungen grundsätzlich andere Deutungsmuster von Demokratie entwickelt und andere Modelle von Demokratie auf nichtstaatlicher Ebene in die Praxis umgesetzt. Demokratie ist in diesen Deutungsmustern nicht einfach eine Regierungsform, sondern ein Ideal für gesellschaftliches Zusammenleben. Viele dieser Modelle grenzen sich, durch ihre Forderung nach direkter Teilhabe an Demokratie, von dem hegemonialen Deutungsmuster ab. Begriffe wie direkte Demokratie, Partizipative Demokratie oder Basisdemokratie werden gegen die herrschende repräsentative Demokratie positioniert (vgl. Barber 1984).

Die Denationalisierung von Gesellschaft hat, wie von Zürn beschrieben, ein demokratisches Dilemma produziert. Während nationalstaatlich begrenztes Regieren unter einem Effektivitätsdefizit leidet, hat das Regieren jenseits des Nationalstaats selbst keine demokratische Basis. Dies hat das Standardmodell von Repräsentation an dessen Zerreißpunkt gebracht. „As a consequence of these developments the standard account [of representation] has been stretched to the breaking point“ (Urbinati/Warren 2008: 390). Die existierenden ‚demokratischen Staaten‘ beziehen aber genau aus diesem Modell ihre Legitimität, während sie gleichzeitig, in ihrer Rolle als ‚Herrschaftsmanager‘, die internationalen, transnationalen und privaten Akteure legitimieren sollen. Das Effektivitätsdefizit haben die Nationalstaaten aber auch mit internationalen Organisationen nicht lösen können, selbst ohne die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf eine eigene demokratische Basis. Dies hat zu einer Verschiebung der Machtposition von regional begrenzten Akteuren wie Nationalstaaten zu regional unbegrenzten

Akteuren wie internationalen Konzernen oder der Finanzwirtschaft geführt. Colin Crouch hat diese Situation mit dem Begriff „Postdemokratie“ beschrieben. Eine Situation, in der Wahlen zu einem ‚Spektakel‘ werden und Parteiprogramme zu Produkten, die es zu bewerben gilt, die Politik immer weiter personalisiert wird und die Korruption und der Einfluss ökonomischer Eliten zunimmt (Crouch 2008: 18, 30-33). Die Bedeutung der staatlichen demokratischen Institutionen nimmt ab, die Macht politischer und wirtschaftlicher Eliten hingegen wächst. „Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind (und heute sogar in vielerlei Hinsicht weiter ausgebaut werden), entwickeln sich politische Verfahren und Regierungen zunehmend in einer Richtung zurück, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit der eigenen Ohnmacht konfrontiert“ (ebd. 13). Der Begriff Postdemokratie ist problematisch, weil Crouch eine vergangene Situation der Realisierung von Demokratie mit deren Ideal identifiziert (vgl. ebd. 14-16). Der Begriff baut somit auf einer Verklärung der Nachkriegssituation im Westen auf. Während der Begriff problematisch ist, wird die Analyse der Leere demokratischer Institutionen von vielen geteilt. (Brown 2011: 44; Nancy 2011: 58; Rancière 2002: 105). Diese Situation wurde in Folge der Finanzkrise 2008 deutlich. Die Transformation der Finanzkrise in eine Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte machte den Vorrang wirtschaftlicher gegenüber sozialer und demokratischer Interessen deutlich. Wenn die Bundesrepublik Deutschland, nur vier Jahre nach der Finanzkrise und der Rettung des Bankensystems durch Notkredite, ‚das Vertrauen der Wirtschaft zurückgewinnen‘ muss (Merkel 2012), wird die anscheinende ‚Ohnmacht‘ des Nationalstaates gegenüber den ‚Marktgesetzen‘ unübersehbar. In Folge der Finanzkrise wurde die Sozialisierung der Schulden der Banken ebenso als alternativlos³ dargestellt wie der Abbau der Sozialsysteme in Folge der Eurokrise. Die Suggestion von Alternativ-

³ Unwort des Jahres 2010: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=35>

losigkeit ist letztendlich die Entpolitisierung von Demokratie (vgl. Demirović 2009: 598-604).

Während in den ‚demokratischen Staaten‘ „alternativlose“ Politik gemacht wurde, machten die Menschen in Tunesien und Ägypten das ‚Unmögliche‘ möglich und stürzten die Diktatoren, die aus Furcht vor islamischen Revolutionen von den westlichen Staaten unterstützt worden waren. Der „Arabische Frühling“ durchbrach die Hegemonie der Alternativlosigkeit der herrschenden Machtverhältnisse - nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in den ‚demokratischen Staaten‘. Die Menschen in diesen Ländern, die mitsamt der „islamischen Welt“ im Westen als demokratieresistent galten (Fukuyama 2002: 112), wurden zu einer Inspiration für Demokratiebewegungen in den ‚demokratischen Staaten‘. Diese Gelegenheitsstruktur (Hellmann 1998: 23) nutzten soziale Bewegungen in den ‚demokratischen Staaten‘, um das herrschende Deutungsmuster von Demokratie anzugreifen und gegen soziale Ausgrenzung zu kämpfen. Diese Proteste richteten sich „gegen zunehmende soziale Exklusion, mangelnde politische Repräsentation und politische Beteiligung sowie Korruption in der Politik“ (Wöhl 2012: 255; Dean 2011: 1). Es bestanden zwei Stränge innerhalb dieser Protestsituation. Zum einen die ‚Occupy Wall Street‘-Bewegung in den USA und die Occupy-Camps in Deutschland, England und anderen europäischen Staaten, die sich direkt auf die ‚Occupy Wall Street‘-Bewegung bezogen. Der zentrale Slogan dieser Bewegungen war ‚We are the 99%‘, mit dem sie sich vom Reichtum der obersten 1% abgrenzten und gleichzeitig Anschlussfähigkeit gegenüber den restlichen 99% schufen. „‘We are the 99%‘ highlights a division and a gap, the gap between the wealth of the top 1% and the rests of us. As it mobilizes the gap between the 1% with half the country’s wealth and the other 99% of the population, the slogan asserts a collectivity. It does not unify this collectivity under a substantial identity - race, ethnicity, religion, nationality. Rather it asserts it as a ‘we’ of a divided people, the people

divided between expropriators and expropriated. In the setting of an occupied Wall Street, this 'we' is a class, on of two opposed and hostile classes, those who have and control wealth, and those who do not" (Dean 2011:1). Zum anderen die Protestbewegungen in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien in denen in zentraler Weise soziale Exklusion problematisiert wurde, da diese Länder wesentlich direkter von den Folgen der Finanz- und Eurokrise betroffen waren. Den Bewegungen gelang es, die Ökonomisierung von Gesellschaft und die Verteilung des Reichtums mit sozialer und politischer Teilhabe zu verknüpfen. Es war also gerade diese, von Wendy Brown kritisierte, Verbindung des Verlangens nach Brot mit dem Verlangen nach Freiheit, die die Bedeutung und Anschlussfähigkeit der Bewegungen konstruierten (vgl. Brown 2011: 54, 55). „Ziel der verschiedenen Proteste und der OWS-Bewegung [Occupy Wall Street] scheint also zu sein, Menschen bestimmen zu lassen, wie sie leben wollen und ihre Lebensumstände sowie die soziale Reproduktion nicht von mächtigen finanzmarkt-orientierten Lobbygruppen und Finanzkonzernen im politischen System abhängig zu machen“ (Wöhl 2012: 260). Den Bewegungen ging es um Selbstbestimmung der eigenen Lebensumstände und somit um Demokratie. Es ging ihnen nicht um den herrschenden Demokratiebegriff, sondern um einen anderen - hoffnungsvollen - Bezug auf Demokratie. Nirgends wird dies deutlicher als in der Spanischen ‚iDemocracia Real Ya!‘-Bewegung. Die Forderung nach Demokratie findet sich bereits in deren Namen und Slogan. Es handelt sich hier nicht nur um einen positiven Bezug zu Demokratie, sondern auch um eine Kritik am herrschenden Modell. Die Bewegung fordert eine **echte** Demokratie und grenzt sich somit von repräsentativer Demokratie ab. Sie löst Demokratie von Repräsentation und formuliert direkte Repräsentationskritik. „'You do not represent us' is one of the slogans that could be heard in the Puerta des Sol in Madrid, Spain, and read on the banners in May and June of this year. Those who do not represent, meant not only the elected social-democratic government, but also the oppositional conservative party. Both parties and government were denied the capability of

representation. Similar attacks on elected and electable democratic representatives could also be heard and seen in Greece and Portugal. These movements of the precarious, called the 'ouraged' from Spain to Greece [...], relate to the revolutions in Tunisia and Egypt and concatenate again and again with the slogan 'Real Democracy now' (Lorey 2011: 1). Stefanie Wöhl bezeichnet dies als eine „Krise der Repräsentation“ (Wöhl 2012: 260). „In den Protesten geht es in diesem Kontext darum Demokratisierungsprozesse einzufordern und die Mitbestimmung über die eigene Lebensweise zurückzugewinnen, die von institutionellen politischen RepräsentantInnen gegenüber der Bevölkerung in ökonomischen Krisenzeiten nicht mehr eindeutig zu deren Gunsten wahrgenommen werden“ (ebd.).

Das wesentliche Alleinstellungsmerkmal dieser Protestbewegungen ist eine ‚doppelte Repräsentationskritik‘. Es ist eine Kritik am herrschenden System der sozialen und politischen Teilhabe, sowie ein Zurückweisen des Repräsentationsprinzips zur internen Organisation der eigenen politischen Arbeit. Diese Bewegungen haben keine Führungsfiguren produziert. Stattdessen haben die Menschen Räume erobert, in denen sie für sich selbst sprechen konnten und nicht andere für sie gesprochen haben. Vom Tahrirplatz über die Wall Street bis zum Puerta del Sol haben die Protestierenden sich also nicht repräsentieren lassen. „Neuartig an diesem Protest ist, dass es, wie bereits bei dem Bildungsstreik in Österreich 2009, keine expliziten dominanten Führungspersonen oder Organisationen gibt (zumindest vordergründig, obwohl in den USA und England spezifische Personen und Adbuster als impulsgebende AkteurInnen auszumachen sind) und dass es eine Zeichensprache gibt, die das langwierige Prozedere des Diskutierens und der Beschlüsse zumindest formal abkürzen soll“ (ebd.: 268). Der positive Bezug zu Demokratie und die doppelte Repräsentationskritik machen deutlich, dass zurückgehende Wahlbeteiligungen, Parteizugehörigkeit und Parteibindung kein Ausdruck von Politikverdrossenheit sind, sondern ein Ausdruck politischer Unzufriedenheit mit dem herrschenden Modell von Demokratie. Die Protestierenden haben das Gefühl, von diesem Modell, das sie eigentlich ermächtigen soll, ausge-

schlossen zu sein. Es ist ein Modell von Demokratie in dem Menschen nicht als demokratisches Subjekt in Erscheinung treten. „Ihr repräsentiert uns nicht!“ und „Wir lassen uns nicht repräsentieren“ - die doppelte Repräsentationskritik - sind Ausdruck eines anderen Deutungsmusters von Demokratie. Ein Deutungsmuster, das die Protestbewegungen im Kampf um den Begriff Demokratie dessen hegemonialem Verständnis entgegengestellt haben. In den folgenden Kapiteln werde ich dieses gegen-hegemoniale Deutungsmuster wissenschaftlich unterfüttern. Im nächsten Kapitel werde ich in einem ersten Schritt das aristokratische Erbe von Repräsentation offenlegen.

2 Die aristokratische Herkunft von Repräsentation

Es ist keine neue Erkenntnis, dass die Verbindung von Demokratie und Repräsentation problematisch ist. Während der Begründung des modernen Demokratiebegriffs in der französischen und amerikanischen Revolution war dies eine allgemein anerkannte Tatsache (vgl. Rancière 2006 (1): 298). So betont James Madison, einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika, den Unterschied zwischen der unmöglicher Demokratie und der neu einzurichtenden Republik (vgl. Pitkin 1967: 194) und Jean-Jacques Rousseau erklärt Repräsentation für unmöglich. “[T]he moment a people allows itself to be represented, it is no long[er] free: it no longer exists” (Rousseau 1762: III 15). In den bisher behandelten Texten findet sich dieser Argumentationsstrang nicht oder nur auf einem sehr begrenzten Raum wieder. Ein Beispiel dafür ist Pitkins ‚concept of representation‘, in diesem erwähnt sie Rousseau auf einer einzigen Seite von über zweihundert und dessen Argumentation bleibt für den weiteren Text irrelevant, während sie Rousseau in ‚Representation and Democracy: An uneasy alliance‘ (Pitkin 2004) eine Seite von acht widmet. Noch deutlicher wird das Fehlen einer Auseinandersetzung mit der Begriffsgeschichte von Demokratie und Repräsentation bei David

Plotke, denn diese beginnt bei ihm mit dem Kalten Krieg. Er erwähnt weder die Wurzeln von Demokratie im antiken Griechenland, noch Rousseaus oder Madisons Positionen. Urbinati und Warren sprechen diese Geschichte in „The Concept of Representation in Contemporary Democratic Theory“ an (2008). Eine kritische Aufarbeitung der Verbindung von Demokratie und Repräsentation fehlt aber, stattdessen übernehmen sie Plotkes Argumentation und verknüpfen Demokratie mit Repräsentation.

Das hegemoniale Deutungsmuster, in dem Demokratie als identisch mit einem repräsentativen System verstanden wird, setzt sich in der theoretischen Debatte also fort. Hannah Fenichel Pitkins Argumentation ist in diesem Zusammenhang besonders interessant, da sie das Fehlen der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Demokratie und Repräsentation in ‚concept of representation‘ selbst festgestellt und kritisiert hat. In ‚Representation and Democracy: An uneasy alliance‘ schreibt Pitkin 2004: „I want to talk about the relationship of representation and democracy, a topic I never raised in my earlier study because at the time I took that relationship for granted as unproblematic. [...] It seems axiomatic that under modern condition only representation can make democracy possible. That assumption is not exactly false, but it is profoundly misleading, in ways that remain hidden if one treats it as an axiom and asks only technical rather than fundamental theoretical questions“ (Pitkin 2004: 336). Es ist daher nötig, nicht nur die Gleichsetzung von Demokratie und Repräsentation offenzulegen, sondern auch aufzuzeigen, welche Unterschiede und Widersprüche zwischen Repräsentation und Demokratie bestehen.

Der Demokratiebegriff stammt aus dem antiken Griechenland und besteht aus den Begriffen „demos“ und „kratia“, die sich mit Volk oder Bürger und Macht oder Herrschaft übersetzen lassen (Pitkin 2004: 337). Die attische Demokratie basierte auf Versammlungen aller Bürger auf dem Marktplatz und Ämter wurden häufig per Los und nicht durch Wahlen vergeben. Das Volk bestand aus allen

freien Bürgern der Stadt. Somit war ein Großteil der Bevölkerung von der politischen Herrschaft ausgeschlossen, denn weder Fremde, Frauen noch Sklaven galten als freie Bürger (vgl. ebd.; ausführlicher Manin 2007). Demokratie im antiken Athen bedeutete die direkte Teilhabe des Demos an der Herrschaft und hatte keinerlei Bezug zu Repräsentation (Manin/Urbinati 2008). „Their democracy also had nothing to do with representation, an idea for which their language had no word“ (Pitkin 2004: 337).

Repräsentation entstand als ein politisches Konzept erst wesentlich später, zu Beginn der Moderne, und hatte wiederum keinen Bezug zu Demokratie (Pitkin 2004: 337, Manin/Urbinati 2008). Repräsentation entstammt aus dem damals herrschenden Feudalsystem und den kirchlichen Institutionen (Rousseau 1762: III 15; Manin/Urbinati 2008). So bedeutete Repräsentation in der englischen Monarchie nicht die Repräsentation der Bevölkerung gegenüber dem König. Im Gegenteil, sie bedeutete die Repräsentation des Königs gegenüber den Ständen (Pitkin 2004: 337-338). Dieses Verhältnis wandelte sich langsam zugunsten der Stellung der Repräsentanten, die mehr Unabhängigkeit vom König erreichen konnten. Erst mit dem Englischen Bürgerkrieg, der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution begann sich diese Sicht umzukehren - zu einer Repräsentation der Bevölkerung (ebd.: 337-338, Manin/Urbinati 2008). Ein erster Schritt war Thomas Hobbes' Verständnis des Leviathans als Repräsentant, der durch den Gesellschaftsvertrag dazu autorisiert wurde, anstelle der Staatsbürger zu handeln (Manin/Urbinati 2008; Pitkin 1967: 29, 30). Diese Umkehr des Repräsentationsverhältnisses zu einer Repräsentation der Bevölkerung legt den Grundstein für das Verschmelzen der Begriffe von Repräsentation und Demokratie, während sie aber gleichzeitig die theoretische Basis des Absolutismus - der absoluten Herrschaft des Monarchen - ist. Das Verschmelzen begründet sich also nicht aus einer besonderen logischen Kompatibilität der beiden Konzepte, sondern aus dem damals existierenden Machtgefüge zwischen Bürgern, Adel, Kirche und Monarch (vgl. Rancière 2006 (1):298, 299).

Demokratie war zu Beginn dieses Machtkampfes der Gegensatz von Repräsentation. "The self-evidence that assimilates democracy to the form of representative government resulting from elections is historically very recent. Originally, representation was the exact opposite of democracy" (Rancière 2006 (1): 298). Jacques Rousseau macht diesen Gegensatz besonders deutlich: Er erklärt die Repräsentation des Volkes für unmöglich. Durch den Gesellschaftsvertrag werde das Volk zum Souverän und der Souverän müsse versammelt sein, um handeln zu können. "The Sovereign, having no force other than the legislative power, acts only by means of the laws; and the laws being solely the authentic acts of the general will, the Sovereign cannot act save when the people is assembled" (Rousseau 1762: III 12). Für Rousseau bedeutet eine Repräsentation des Volkes, dass der Wille des Souveräns schlicht durch den Willen anderer ersetzt wird. Das Volk wird beherrscht und kann somit nicht mehr Souverän sein (Rousseau 1762: II 1; vgl. Pitkin 1967: 207; Lorey 2011: 2). "Sovereignty, for the same reason as makes it inalienable, cannot be represented; it lies essentially in the general will, and will does not admit of representation: it is either the same, or other; there is no intermediate possibility. The deputies of the people, therefore, are not and cannot be its representatives: they are merely its stewards, and can carry through no definitive acts. Every law the people has not ratified in person is null and void - is, in fact, not a law" (Rousseau 1762: III 15). Auch auf der Seite der Befürworter von Repräsentation wurde Repräsentation nicht als eine Form von Demokratie verstanden, sondern als ein Mittel, um diese zu Gunsten einer Regierung der Besten einzugrenzen. „But far from equating [representation] with democracy, [democrat's conservative opponents] mobilized it as a tool for staving off the democratic impulse and controlling the unruly lower classes" (Pitkin 2004: 338; vgl. Ranc: 2006: 298).

Vorreiter dieser Argumentation ist der von Pitkin besprochene Edmund Burke. Sein Verständnis von Repräsentation soll das Regieren einer ‚natürlichen Aristokratie‘ erlauben. „These members [of parliament] are an elite group, discovering

and enacting what is best for the nation; that activity is what representation means. Burke holds that inequalities are natural and unavoidable in any society, that some 'description of citizens' must always be 'uppermost'. In a well ordered society, however, this ruling group is a genuine elite, what he calls a 'natural aristocracy'. Such an elite 'is an essential integral part of any large body rightly constituted,' because the mass of the people are incapable of governing themselves, were not made 'to think or act without guidance and direction'" (Pitkin 1967: 169). Menschen sind laut Burke von Natur aus ungleich, weswegen immer eine Gruppe von Menschen existieren muss die über den anderen steht. Repräsentation dient dazu, diese Menschen zu finden und sie zu einer wirklichen Elite zu machen. Diese Elite ist in der Lage, die nationalen Interessen zu erkennen und die korrekten Lösungen für Problem zu finden. Denn Interessen haben für Burke keinen direkten Bezug zu Personen, sondern sie sind die wirtschaftlichen Interessen von wichtigen Gruppen, Wirtschaftszweigen oder Regionen und sind für die Elite im Parlament klar erkennbar. „Burke conceives of broad, relatively fixed interests, few in number and clearly defined, of which any group or locality has just one. These interests are largely economic, and are associated with particular localities whose livelihood they characterize, and whose over-all prosperity they involve. [...] To a very great extend, these interests are conceived as 'unattached'; it is not the interest of farmers but the agricultural interest - an objective reality for Burke apart from any individuals it might affect" (ebd.: 174). Die Menschen selber haben nur Meinungen und persönliche Wünsche und diese haben keinen direkten Bezug zu den Interessen der Menschen. Für Burke kennen die Repräsentanten die Interessen der Menschen besser als diese selbst. „Representation has nothing to do with obeying popular wishes, but means the enactment of the national good by a select elite" (ebd. 170). Es geht ihm also nicht um die Repräsentation des Willens des Volkes, sondern um die Repräsentation der Interessen der Nation. Das Volk könne diese Interessen nicht erkennen, dazu benötige es die weisen Männer im Parlament. Für Burke benötigt das Volk

Führung und ist nicht in der Lage, sich selbst zu regieren (vgl. ebd.: 169, 186). Repräsentation ist also für ihn die Deliberation weiser Männer über die Interessen einer Nation. Wahlen sind nur ein nötiges Übel um Informationen zu sammeln und die Repräsentanten nicht völlig von den realen Verhältnissen abzukoppeln (vgl. Pitkin 1967: 188). Burke will Repräsentation und Wahlen, aber nicht um eine möglichst demokratische Regierung zu gewährleisten, sondern um eine ‚natürliche Aristokratie‘, eine Herrschaft der Besten zu schaffen. Für ihn ist Repräsentation ein Mittel gegen die Selbstregierung von Menschen, nicht deren Verwirklichung. Folglich wehrt er sich gegen ein allgemeines, gleiches und freies Wahlrecht. “As to the first sort of Reformers, it is ridiculous to talk to them of the British Constitution upon any or upon all of its bases; for they lay it down, that every man ought to govern himself, and that where he cannot go himself he must send his Representative; that all other government is usurpation, and is so far from having a claim to our obedience, it is not only our right, but our duty, to resist it” (Burke 1990: 4.2.7). Der Kampf gegen gleiche, freie Wahlen sei nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht.

Eine ähnliche Position bezogen die englischen Utilitaristen. Sie lösen die Interessen der Nation nicht wie Burke von den Interessen der Menschen, aber auch sie vertrauen den Entscheidungen der informierten, intelligenten und vernünftigen Männer und nicht dem Volk. Den Menschen gestehen sie zu, zu wissen, was in ihrem Interesse liegt, aber nur im Rückblick. „[The Utilitarians] meant that each is the final judge of his own interest, because the person who is having an experience is the only sure authority on whether it gives him pleasure. Only the wearer can tell if the shoe pinches. But this does not mean that the wearer knows in advance which shoe will pinch him; in fact, it is much more likely that a shoe specialist will know this better than he” (ebd.: 204). Die Repräsentanten sind demnach in einer ähnlichen Rolle wie bei Burke. Der zentrale Unterschied ist aber, dass die Menschen letztendlich darüber entscheiden, ob die Entscheidungen ihrer Repräsentanten in ihrem Interesse waren. „For Liberalism,

even if people are often misguided ahead of time, the final definition of what is right comes from each individual“ (ebd.: 206). Menschen wissen folglich nicht immer genau, was in ihrem Interesse liegt, aber sie können im Nachhinein beurteilen, ob in ihrem Interesse gehandelt wurde. „Men can know [the interests of] others, and the more intelligent, informed, rational man is likely to know it best“ (ebd.). Die englischen Utilitaristen befürworteten Wahlen, da diese eine Beteiligung der Menschen zulassen und diese gleichzeitig auf eine passive Rolle, eine Zustimmung oder Ablehnung beschränken. Wahlen erzwingen, dass zwischen einer Entscheidung und ihrer Beurteilung Zeit vergeht, sodass sich die ‚ignoranten Massen‘ von der Weisheit der Entscheidungen des Parlaments überzeugen können (ebd.). Zusätzlich wollen sie das Wahlrecht noch limitieren, so dass nur diejenigen zu Wahlen zugelassen werden, die durch einen Nachweis von Vermögen unter Beweis gestellt haben, den nötigen Intellekt besitzen, um diese Weisheit zu erkennen (ebd.: 206). Die Sicht der Utilitaristen ist somit eher als eine Abwandlung von Burkes aristokratischer Konzeption zu verstehen denn als ein Kontrast zu dieser. Burke und die englischen Utilitaristen lehnen die Beteiligung Aller ab, da ihr Ziel eine Regierung der Besten ist. Repräsentation zielt somit nicht auf eine Beteiligung Aller, sondern auf eine Regierung der Wenigen. Das Volk verstehen sie als ignorante Masse, die nicht in der Lage ist, ihre eigenen Interessen zu kennen. Daher soll sie ihre Stimmen an eine Elite abgeben, die das Volk führen kann. Die Menschen sind für Burke und die englischen Utilitaristen gerade nicht gleich, es gibt die Masse des Volkes und eine Elite. Repräsentation ist für sie ein Mittel, die Besten zu finden und diese an die Macht zu bringen. In ihrem Denkmuster ist Repräsentation also aristokratisch und nicht demokratisch. Denn die Grundannahme von Demokratie ist die Gleichheit der Menschen - die Abwesenheit eines letzten Grundes für Herrschaft -, während die Grundannahme der Aristokratie die Ungleichheit der Menschen ist und dementsprechend die Existenz der Besten voraussetzt.

Auch die Autoren der ‚Federalist Papers‘ - welche die theoretische Grundlage der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen - unterscheiden zwischen Demokratie und Repräsentation. Sie nutzen den Begriff der ‚Republik‘ um ihre neue, auf Repräsentation aufbauende Staatskonstruktion von Demokratie abzugrenzen. Der Unterschied zwischen Demokratie und einer Republik ist, dass in einer Republik die direkte Teilnahme des Volkes durch Repräsentation ersetzt wird. „The two great points of difference between a democracy and a republic are: first, the delegation of the government, in the latter, to a small number of citizens elected by the rest; secondly, the greater number of citizens, and greater sphere of country, over which the latter may be extended“ (Madison 1787). Der Vorteil einer Republik sei, dass diese einen größeren geographischen Raum umfassen könne, da Repräsentation eine direkte Teilnahme an Versammlungen, die weit entfernt sind, ersetze. Ihr Argument ist, dass Demokratie nicht für moderne Nationalstaaten geeignet sei und eine Republik dieses Problem durch ein repräsentatives System löse. Den Autoren der ‚Federalist Papers‘ geht es weiterhin, wie Burke oder den englischen Utilitaristen, um eine Begrenzung demokratischer Mitbestimmung des Volkes zugunsten einer Regierung der Wenigen. Ihr Ziel ist es, die Regierungsaufgaben in die Hände der Besten zu legen, in die Hände derjenigen, welche die ‚wahren Interessen‘ der Nation kennen. “The effect of the [...] difference is [...] to refine and enlarge the public views, by passing them through the medium of a chosen body of citizens, whose wisdom may best discern the true interest of their country, and whose patriotism and love of justice will be least likely to sacrifice it to temporary or partial considerations“ (ebd.) Der große Raum und das dafür geschaffene repräsentative System hat aber für die Autoren der ‚Federalist Papers‘ zwei weitere Effekte: Erstens verbessere es die Qualität der Repräsentanten, da diese aus einer größeren Menge ausgewählt werden und schlechte oder eigensinnige Repräsentanten in der Masse untergehen. Zweitens führe ein größerer geographischer Raum zu unterschiedlicheren Positionen. Die Autoren der ‚Federalist Papers‘ gehen davon aus, dass die Menge an Positionen zu

einem Stillstand führt, da diese unterschiedlichen Positionen in den meisten Fällen unvereinbar seien. Ihr Ziel ist es, den Status quo gegenüber Veränderungen zu schützen (ebd.; vgl. Pitkin 2004: 338, 339; Pitkin 1967: 195). Auf dieses Argument werde ich im folgenden Kapitel ausführlicher eingehen, hier bleibt festzuhalten, dass es den Autoren der ‚Federalist papers‘ nicht um demokratische Selbstbestimmung geht, sondern diese als Gefahr verstanden wird. Besonders deutlich wird dies bei Madison, für den Demokratie die öffentliche Sicherheit, die Besitzverhältnisse und die Stabilität des ganzen Staates gefährdet (Madison 1787). Repräsentation ist nicht einfach die logische Realisierung von Demokratie in modernen Nationalstaaten. Repräsentation bedeutete die Begrenzung der Herrschaft Aller auf die Herrschaft Einiger: „[...] representation was never a system invented to make up for the growth of populations. It is not democracy’s way of adapting to modern times and vast spaces. It is, by rights an oligarchic form, a representation of minorities who are entitled to concern themselves with common affairs” (Rancière 2006 (1): 298). Vor der Vermischung der Begriffe Demokratie und Repräsentation im aktuell herrschenden Denkmuster waren Repräsentation und Demokratie nicht nur einfach unterschiedliche Konzepte, sondern Gegensätze. “Today, ‘representative democracy’ may seem to be a pleonasm. But initially it was an oxymoron” (Rancière 2006 (1): 298)

Ich habe mich in meiner Analyse der Begriffsgeschichte von Demokratie und Repräsentation mit Positionen auseinandergesetzt, die über zweihundert Jahre alt sind. Es stellt sich folglich die Frage, welchen Einfluss die ursprünglichen Deutungsmuster von Demokratie und Repräsentation als Gegensätze auf das aktuell herrschende Deutungsmuster der verschmolzenen Begriffe hat. An drei Beispielen werde ich den Effekt darstellen, den die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs noch heute hat.

Das erstes Beispiel ist Pitkins Verständnis von Repräsentation: Pitkin baut nicht nur auf den Positionen von Hobbes, Burke, Madison und der englischen Utilitaristen auf, sondern verwendet diese für ihren eigenen Repräsentationsbegriff. So verweist sie auf ein Beispiel von Phillip Griffiths und Richard Wollheim (1960): Diese beschreiben ein kleines französisches Dorf, in dem sich ein Krankenhaus für Geisteskrankheiten befindet. Aufgrund der geringen Anzahl an Dorfbewohnern werden diese von der Anzahl der geistig Kranken übertroffen (Pitkin 1967: 269 Fußnote 101). Pitkin stellt mit Verweis auf dieses Beispiel allgemein die Frage, ob es sinnvoll sei, wenn ein proportionaler Anteil der Repräsentanten aus Verrückten bestehe. Um dann Griffiths und Wollheim zu zitieren: „while we might well wish to complain that there are not enough representative members of the working class among Parliamentary representatives, we would not want to complain that the large class of stupid or maleficent people have too few representatives in Parliament: rather the contrary“ (Griffiths/Wollheim 1960: 190 nach Pitkin 1967: 89). Es wird deutlich, dass es auch hier um ein Regieren der Besten geht, nicht um ein Regieren Aller, da dies auch die Dummen oder Böartigen mit einschließen würde⁴. Deutlich wird dieser Standpunkt auch in ihrer Lösung der Debatte um die Unabhängigkeit des Mandates. Das zentrale Element von Repräsentation ist für Pitkin, dass die Menschen ihre direkte Beteiligung aufgeben und eine andere Person für sich handeln lassen. „Leadership, emergency action, action on issues of what people know nothing are among the important realities of representative government. They are not deviations from true representation, but its very essence. It is often for that very purpose that people choose representatives“ (ebd.: 163). Die Führerschaft durch andere - bessere - ist für Pitkin die Essenz von Repräsentation. Dass Menschen von den Besten regiert werden sollten, scheint auf den ersten Blick logisch zu sein, aber Demokratie bedeutet gerade, dass **jede/r** - auch die Verrückten - mitentscheiden (vgl. Rancière 2006 (2): 41).

⁴ die sich, dieser Logik folgend, anscheinend in der Arbeiterklasse wiederfänden

Das zweite Beispiel findet sich bei Zangl und Geschel sowie bei Zürn. Wie in Kapitel II.2 gezeigt, ersetzen sie den Begriff Demokratie durch den Begriff Legitimation. Ihr Ziel ist nicht ein besonders demokratisches, globales Regieren, sondern gutes Regieren, oder anders gesagt das Funktionieren des ‚global governance‘ Systems. Wenn der Legimitationsbegriff den Demokratiebegriff ersetzt, kann man zu dem Trugschluss gelangen, dass allein eine Erhöhung der output Legitimation, also ein besseres Ergebnis, ein Prozedere demokratischer macht und zwar auch dann, wenn die input Legitimation äußerst fragwürdig ist (Zangl 2001; Beisheim/Zürn 1999). Auch hier findet sich also das Argument wieder, dass die besten und vernünftigsten Entscheidungen gefunden werden sollen. Allein eine Erhöhung des deliberativen Charakters einer Entscheidung verbessert nicht deren demokratischen Charakter, wenn nicht gleichzeitig die Grundlagen der Deliberation infrage gestellt werden⁵. So würde die Teilnahme von ExpertInnen internationaler Nicht-Regierungsorganisationen an einem G8-Gipfel durchaus dessen deliberativen Charakter erhöhen, und eine weitere Stimme, die gehört wird, erhöht sicher auch die Legitimation dieser Entscheidungen. Diese Effekte sind aber für eine Bewertung der Entscheidungen, mit einem demokratischen Maßstab, irrelevant, wenn die acht größten Wirtschaftsmächte Entscheidungen für und über den Rest der Welt fällen und Gegendemonstranten durch Zäune und Verbotszonen ausgeschlossen sind. „Under these circumstances of structural inequality and exclusive power, good citizens should be protesting outside these meetings, calling public attention to the assumptions made in them, the control exercised, and the resulting limitations or wrongs of their outcomes“ (Young 2001: 677). Ein Verbessern des Funktionierens der bestehenden internationalen Organisationen, wie der G8 oder der WTO, kann durchaus deren Legitimität erhöhen, aber wenn dies unabhängig von einer Verschiebung der herrschenden Machtverhältnisse geschieht, bedeutet dies, die Herrschaft der Wenigen über den Rest der Welt zu

⁵ zu einer grundsätzlicheren Kritik des Deliberativen Modells siehe: Mouffe 2005, Young 2001, Sanders 1997

verbessern. Die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs findet sich also auch in Zangls, Geschels und Zürns Vorschlägen zu einer Verbesserung des Regierens jenseits des Nationalstaats, da die Autoren für die Machtverhältnisse des Regierens jenseits des Nationalstaats blind bleiben und nur innerhalb der herrschenden Machtverhältnisse marginale Verbesserungen vorschlagen.

Das dritte Beispiel ist der Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung. Erst ‚scheiterte‘ diese am „Nein“ der Franzosen und Belgier, nur um drei Jahre später, in wenig veränderter Form, als Vertrag von Lissabon von deren Repräsentanten und denen der anderen EU-Staaten abgesegnet zu werden (Ross 2011: 83). Die politische Elite der Europäischen Union und diverse Wissenschaftler und Experten hatten die EU-Verfassung in Jahre andauernden Verhandlungen abgewogen und deliberiert. Sie waren zu einem Ergebnis gekommen, das ‚im Interesse Aller‘ lag (vgl. Rancière 2006 (2): 79). Folglich wurde aus der Verfassung der Vertrag von Lissabon, der keine Referenden erforderte. Nur die irische Verfassung erzwang eine weitere Volksbefragung in Irland und auch die Iren lehnten den Text ab. Doch auch diese Volksbefragung blieb ohne wesentliche Konsequenz für den Inhalt des inzwischen in Kraft getretenen Vertrags (Ross 2011: 82-88). „‘No,’ apparently, doesn’t really mean no. What was striking about the aftermath of the Irish vote was not only that the treaty pronounced dead by popular vote was still very much alive, but that through exercising their democratic right to vote, by taking the election seriously, the Irish, in the view of the EU oligarchy, had struck a blow not against the powers of the Parliament, but *against democracy itself*“ (ebd.: 85). So wird in dem herrschenden Deutungsmuster von Demokratie aus der Entscheidung einer Volksbefragung ein undemokratischer Vorgang. Das Nein der Iren wurde gegen die schweigende Mehrheit der repräsentierten übrigen Europäer gestellt. Die politische Elite Europas hatte sich für einen Vertrag entschieden, der ‚im Interesse Aller‘ sei, das Beste und Vernünft-

tigste, was die langwierigen Verhandlungen zustande bringen konnten. Ein Scheitern war daher schlicht keine Option. „Those who submitted the question to a referendum were of the mind that this vote was a vote in the Western meaning of ‘election’: a means of getting the people assembled to consent to those who are qualified to guide them” (ebd.). In dem hegemonialen Deutungsmuster von Demokratie steht folglich das ‘Interesse Aller’, definiert durch die Repräsentanten der schweigenden Mehrheit, über dem direkten Willen der Menschen. „The ‘silent majority’ appears when the largest number is *spoken for* rather than speaks and when the voice of the minority is increasingly voided of authority and rendered illegitimate” (ebd.: 86). Immer dann, wenn die Menschen von ‚demokratischen‘ Entscheidungen ausgeschlossen werden, weil angenommen wird, die ‚Massen‘ seien für solche Entscheidungen nicht bereit, da sie ignorant, uniformiert, emotional oder nicht vernünftig genug seien, dann zeigt sich die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs im Demokratiebegriff. „We also know that the oligarchs, their expert and ideologues managed to find the explanation for this misfortune, in fact the same one they find for every disruption to the consensus: if science did not impress its legitimacy upon the people, it is because the people is ignorant. If progress does not progress, it is because of the backward” (Rancière 2006 (2): 79). Diese drei Deutungsmuster von Demokratie speisen sich nicht aus der griechischen Herkunft des Wortes Demokratie, sondern aus dem aristokratischen Erbe des Repräsentationsbegriffs.

Es stellt sich nun die Frage, ob allgemeine und freie Wahlen als Gegengewicht gegen das aristokratische Erbe des Repräsentationsbegriffs wirken. Sowohl Pitkin als auch Plotke betonen die aktive Rolle der Bevölkerung zwischen Wahlen, diese bleiben aber dennoch das zentrale Element repräsentativer Systeme (Pitkin 1967: 234; Plotke 1997: 31; Manin/Urbinati 2008). “The central feature of democratic legitimacy, of course, resides in the electoral system” (Urbinati/Warren 2008: 398).

Sie gehen nicht einfach davon aus, dass die Repräsentanten die Interessen der Repräsentierten vertreten, sondern geben der Bevölkerung mit Wahlen ein Mittel in die Hand um schlechte Repräsentation abzustrafen. Wahlen sind bei Pitkin der Garant für die Reaktionsfähigkeit des Systems. „And we tend to feel that [responsiveness] is impossible without elections. Our concern with elections and electoral machinery, and particularly with whether elections are free and genuine, results from our conviction that such machinery is necessary to ensure systematic responsiveness“ (ebd.: 234). Sie sind das stärkste Argument für eine Beteiligung der Bevölkerung am repräsentativen System und somit an dem Regierungshandeln. Wahlen sind der Moment im repräsentativen Modell, in dem die Repräsentanten ihre Rolle zugewiesen bekommen, wo der Wille der Bevölkerung direkt zum Ausdruck kommt und Wirkung zeigt (Urbinati/Warren 2008: 398). Wahlen können daher als **der** demokratische Moment im repräsentativen System bezeichnet werden. Das machte auch schon Rousseau deutlich: “The people of England regards itself as free; but it is grossly mistaken; it is free only during the election of members of parliament. As soon as they are elected, slavery overtakes it, and it is nothing” (Rousseau 1762: III 15). Wahlen sind aber nicht einfach ein Ausdruck des Willens des Volkes, sondern ein Wettbewerb zwischen Personen um ein Regierungsmandat. Das Ziel dieses Wettbewerbs ist es, die Personen zu finden, die am besten geeignet sind zu regieren und diejenigen, die ungeeignet sind, zu entmachten. „On my account elites play indeed a critical role in representative government. This is so because elections necessarily select people possessing uncommon characteristics that are positively valued by voters“ (Manin/Urbinati 2008). Wahlen sind also der zentrale demokratische Moment von repräsentativen Systemen und gleichzeitig die Suche nach einer politischen Elite. Die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs findet sich also auch in Wahlen, dem zentralen Element von demokratischer Teilhabe an repräsentativen Systemen.

Die ‚demokratischen Staaten‘ mit ihren repräsentativen Systemen beinhalten also sowohl demokratische als auch aristokratische Elemente. Die Vermischung dieser

Elemente ist aber keinesfalls natürlich oder eine logische Konsequenz der Vergrößerung politischer Räume, sondern die Folge von politischen Kämpfen. Die Vermischung dieser ursprünglichen Gegensätze ist das Ergebnis eines Kampfes um Demokratie und Selbstbestimmung. Was heute als ‚Demokratie‘ gilt, ist das Resultat der sich über die Jahrhunderte verändernden Kräfteverhältnisse - das Resultat eines teils blutigen politischen Kampfes (vgl. Rancière 2006 (1) 298). Repräsentation ist weder die logische Konsequenz von Demokratie, noch deren absoluter Gegensatz. Sie enthält Elemente von Demokratie, Aristokratie und Oligarchie. „Universal suffrage is in no way a natural consequence of democracy. Democracy has no natural consequence precisely because it is the division of ‘nature,’ the broken link between natural properties and forms of government“ (Rancière 2006 (1): 298; vgl. Manin/Urbinati 2008). Für Rancière steht Demokratie in einem Gegensatz zu der Herrschaft derjenigen mit Wissen, Geburtsrecht, Besitz, etc. - also die Herrschaft derjenigen, die innerhalb der Konstruktion sozialer Verhältnisse aufgrund ihrer Position Vorteile für sich durchsetzen können (Rancière 2006 (2): 39-41). Demokratie ist, im Gegensatz dazu, die Herrschaft derjenigen, die gerade keinen anderen Vorteil besitzen, als zufällig bestimmt worden zu sein. “[The democratic scandal] is the scandal of a superiority based on no other title than the very absence of superiority. Democracy first of all means this: anarchic ‘government’, one based on nothing other than the absence of every title to govern” (Rancière 2006 (2): 41). Die Essenz von Demokratie ist gerade, dass diejenigen, die anderen überlegen sind, daraus keine Autorität, kein Recht zur Herrschaft ableiten können. Ein Recht zur Herrschaft existiert weder für diejenigen, die sich auf ihre Geburt oder ihren Reichtum berufen, noch für diejenigen, die glauben am besten herrschen zu können oder von denen dies geglaubt wird und auch nicht diejenigen, die wirklich am besten herrschen könnten. “Universal suffrage is a mixed form, born of oligarchy, redirected by democratic combat, and perpetually reconquered by oligarchy, which proposes its candidates and sometimes its preferred decisions to the electoral body without ever being able to

exclude the risk that the electoral body will behave like a population drawn by lot" (Rancière 2006 (1): 298). Die Argumente für repräsentative Demokratie zielen auf eine Herrschaft der Besten. Rancière stellt aber eine Vermischung von Oligarchie und Demokratie fest. Denn letztlich verwandelt sich jede Aristokratie in eine Form ‚natürlicher Herrschaft‘ - die Herrschaft der Besitzenden. "[T]hose called the 'best' in the life of cities are basically the richest and that an aristocracy is never anything but an oligarchy, that is government by wealth" (Rancière 2006 (2): 44). Dieser Zusammenhang ist sowohl bei Madison, als auch bei Burke und den englischen Utilitaristen offensichtlich. Madison will durch Repräsentation den Status quo gegen einen demokratischen Angriff auf das Recht auf Besitz verteidigen. Und Burke und die Utilitaristen wollen ein limitiertes Wahlrecht, bei dem nur die Besten, nämlich diejenigen mit Besitz, wählen dürfen. Ihre Position ist somit im doppelten Sinne aristokratisch, da die Besten die Besten unter ihnen wählen sollen.

Ich habe gezeigt, dass Repräsentation aus einem aristokratischen Diskurs entstanden und dieses Erbe noch heute wirksam ist. Als Beispiele habe ich Pitkins Analyse von Repräsentation genannt, die Führerschaft als Essenz von Repräsentation bezeichnet, des Weiteren habe ich mit Zangl, Geschel und Zürn gezeigt, dass diese Argumentation sich auch im ‚Mainstream‘ der Politikwissenschaft wiederfindet und anhand des Ratifizierungsprozesses der EU-Verfassung habe ich diese aristokratische Argumentation in der aktuellen europäischen Politik nachgewiesen. Wahlen können dabei nicht als Gegengewicht gegen dieses aristokratische Erbe wirken, da sie selbst ein aristokratisches Element enthalten. Zentrale Argumente für und Institutionen von Repräsentation besitzen somit Elemente eines aristokratischen Diskurses. Das heute herrschende Deutungsmuster von Demokratie und die Verfasstheit ‚demokratischer Staaten‘ sind das Resultat eines politischen Kampfes, der bis heute andauert. Das Resultat ist, dass der heute hegemoniale Demokratiebegriff demokratische und aristokratische Elemente enthält.

Ich werde im folgenden Kapitel zeigen, warum dieser Kern ‚natürlicher Herrschaft‘ durch die demokratischen Elemente in repräsentativer Demokratie unangetastet bleibt.

3 Die Stabilisierung von Gesellschaft

Hannah Fenichel Pitkin beschreibt repräsentative Regierungen in ‚concept of representation‘ (1967) als ein System, in dem die BürgerInnen wirklich an dem Regierungshandeln teil haben (Pitkin 1967: 232). Ihr Konzept von Repräsentation soll zugleich Realisierung und Ideal beschreiben (Pitkin 1967: 240). In 2004 fällt ihr Urteil im Hinblick auf das Funktionieren realer repräsentativer Systeme wesentlich pessimistischer aus (Pitkin 2004: 339). In ‚Representation and democracy: Uneasy Alliance‘ stellt sie fest, dass die Repräsentierten in eine passive Rolle gedrängt werden. Ohne die aktive Teilhabe der Repräsentierten werden die Repräsentanten zu von den Wählern eingesetzten ExpertInnen, die anstelle der BürgerInnen das Gemeinwesen verwalten (ebd.: 339, 340). „It never occurs [the people] to think of the government as their shared instrument, or of the public as consisting simply of themselves collectively. (And why should it occur to them, given how things work?)“ (ebd.: 340). Pitkin erklärt daher die ‚demokratischen Staaten‘ in ihrem demokratischen Anspruch für gescheitert. „The arrangements we call ‘representative democracy’ have become a substitute for popular self-government, not its enactment. Calling them ‘democracy’ only adds insult to injury“ (Pitkin 2004: 340). Repräsentation trägt für sie nicht die alleinige Schuld an dieser Lage, aber habe eine wesentliche Mitschuld. Ihr Ideal von Repräsentation gibt sie dennoch nicht auf. Trotz des Scheiterns ihrer Realisierung könne Repräsentation ein Ausdruck von Demokratie sein. Mit einem Rückgriff auf Hannah Arendt schlägt sie vor, dass Repräsentation ein Ausdruck von Demokratie sein könne, wenn sie auf einer lokalen Ebene durch partizipative direkte

Demokratie unterfüttert sei. „Genuinely democratic representation is possible, she held, where the centralized, large scale, necessarily abstract representative system is based in a lively, participatory, concrete direct democracy at the local level” (Pitkin 2004: 340). Auf dieser lokalen Ebene könnten die Menschen das Gemeinwesen als ihr eigenes begreifen und diesen real erfahrenen Anspruch dann auf eine größere Ebene übertragen (ebd.: 340). “People with this kind of face to face experience among their neighbours can then also be effective democratic citizens in relation to their more distant, national representatives. Local direct democracy undergirds national representative democracy.” (Pitkin 2004: 341). Pitkins Vorschlag zur Realisierung ihres Konzeptes von Repräsentation ist also, dass dieses durch direkte Partizipation unterfüttert werden müsse, sodass die BürgerInnen sich als demokratische Subjekte erfahren können. Zu Ende gedacht bedeutet dieser Vorschlag zur Demokratisierung des repräsentativen Systems, dass dieses grundsätzlich funktioniere, wenn die Menschen aktiv an diesem teilhaben wollen und diese Rolle auch einfordern. Pitkin stellt somit fest, dass wiederkehrende Wahlen nicht ausreichen um ein System zu schaffen, das so reaktionsfähig ist, dass die Menschen an diesem teilhaben können und wollen. Direkte Demokratie sei hingegen ein System, das Menschen dazu bringe, am Gemeinwesen teil zu haben und dieses für sich zu beanspruchen. Auf der nationalen Ebene hält sie aber an einem repräsentativen Modell fest. Das lässt darauf schließen, dass sie sich dem Argument anschließt, dass direkte Demokratie nur auf einer lokalen Ebene möglich sei. Auf der nationalen Ebene ist Pitkin Repräsentation weiterhin erforderlich. Für das Funktionieren ihres Vorschlags bestünden aber drei große Hindernisse: Erstens die Macht privater undemokratischer Organisationen, zweitens privater Reichtum und drittens die Art, wie Diskurse konstruiert werden. Sie verweist dabei auf eine Entmündigung der Menschen durch moderne Medien und die Ökonomisierung politischer Auseinandersetzung und Diskussion (ebd.: 341). In diesem Kapitel werde ich zeigen, dass der Zweck repräsentativer Systeme darin besteht, zu verhindern, dass sich die bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse

ändern. Politische Repräsentation dient gerade dazu, Demokratie einzugrenzen und den bestehenden Status quo zu stabilisieren. Pitkins drei große Hindernisse für ein Funktionieren des repräsentativen Systems sind genau die drei Verhältnisse deren Veränderung Repräsentation verhindern sollte und noch heute verhindert.

Die Stabilisierung von Gesellschaft durch Repräsentation findet sich auch in der, schon beschriebenen, aristokratischen Herkunft von Repräsentation. Wenn die ‚Besten‘ einer Gesellschaft die Reichen und Mächtigen sind und diese über die Interessen der Menschen entscheiden, wird die Möglichkeit der Übrigen - der ‚Masse‘ -, Veränderungen durchzusetzen minimiert. „[...] we cannot talk of a crisis of representation because representation was since its inception instituted to contain rather than to implement democracy“ (Manin/Urbinati 2008). Explizit findet sich die Stabilisierung von Gesellschaft, als Zweck von Repräsentation, in den Federalist Papers. In diesen ist das Ziel von Repräsentation ein Stillstand des politischen Systems. „In the system that Madison envisages, the danger is action and the safeguard is stalemate, or as he would have it balance. Factional interests are to be ‘broken,’ ‘controlled,’ and ‘balanced’ against each other to produce ‘stability’“ (Pitkin 1967: 195). Die Gefahr die von effektiven politischen Fraktionen und letztlich von Demokratie ausgehe, sei, dass diese die herrschenden Besitz- und Machtverhältnisse verändern und damit zur Destabilisierung des Staates führen könnten. “[...] a pure democracy, by which I mean a society consisting of a small number of citizens, who assemble and administer the government in person, can admit of no cure for the mischiefs of faction. A common passion or interest will, in almost every case, be felt by a majority of the whole; a communication and concert result from the form of government itself; and there is nothing to check the inducements to sacrifice the weaker party or an obnoxious individual. Hence it is that such democracies have ever been spectacles of turbulence and contention; have ever been found incompatible with personal security or the rights of property; and have in general been as short in their lives as they have been violent

in their deaths" (Madison 1787). Insbesondere das Privateigentum, dessen Schutz die erste Aufgabe des Staates sei, ebenso wie die öffentliche Sicherheit, wird von Madison explizit als durch Demokratie gefährdet angesehen. „For Madison, the welfare of the nation is achieved by inaction and stability. On the rare occasion when positive action is required, he assumes that there will be no difficulty in securing a substantial majority to support it. His concern is to prevent action based on factious interest, and it is this end that representation serves." (Pitkin 1967: 195). Demokratie, die direkte Teilhabe der Staatsbürger am politischen System, stellt für Madison eine Gefahr dar, da sie das Potential besitzt die fragmentierten Interessen der Menschen zu bündeln und so effektiv Veränderung zu erzwingen. Madison setzt also darauf, dass Repräsentation die Interessen der Staatsbürger in das Parlament trägt, diese Verschiebung der diskursiven Arena aber zu einer Blockade im Parlament führt. Die Repräsentation der Interessen der Menschen transportiert also nicht einfach die Interessen der Menschen in eine andere Arena, stattdessen werden sie in sich widersprechende Positionen transformiert. Die effektive Bündelung von Interessen in Äquivalenzketten - nach innen durch gemeinsame Interessen und nach außen durch einen gemeinsamen politischen Gegner - wird so verhindert (Laclau/Mouffe 2001: 129). Die Interessen der Menschen sollen ins Parlament getragen werden, aber durch ihre Repräsentation ihre potentielle politische Wirksamkeit verlieren. Der Wert von Repräsentation ist für Madison also, systematisch die Interessen der BürgerInnen zu verfälschen. Repräsentation dient Madison dazu, das Repräsentieren selbst zu untergraben. Das Argument das Repräsentation nötig sei um Demokratien zu stabilisieren findet sich auch heute noch bei Bernard Manin: Direkte Demokratie bringe Konflikte hervor und es drohe eine Diktatur der Mehrheit, während Repräsentation Demokratie Stabilität gebe. „In direct democracy assemblies are the place of a direct confrontation of the individual citizens and they can easily give rise to harsh and radical conflicts or situations in which only the majority rules with no constraint

or one in which factions may easy rule. Mediation is a good remedy” (Manin/Urbinati 2008).

Diese Sicht auf Repräsentation erlaubt eine neue Sichtweise auf die Verbindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Pitkin formuliert einen Anspruch an Repräsentation, um dann festzustellen, dass dieser zwar auf der Ebene der Beziehung einer Repräsentantin mit wenigen Repräsentierten erfüllbar ist, aber auf der Ebene eines Nationalstaats unmöglich wird. Sie muss daher ihren Anspruch an Repräsentation auf dieser Ebene aufgeben und durch systematische Reaktionsfähigkeit ersetzen (Pitkin 1967: 221, 222). Wenn Repräsentation aber auf der Ebene eines Nationalstaats nicht dazu dienen soll die Interessen der Menschen in das Parlament zu tragen, wird deutlich, warum Pitkins Anspruch an Repräsentation in diesem Fall nicht einzuhalten ist. Denn Repräsentation soll die Interessen der Menschen so transformieren, dass diese keine Wirkung entfalten können. Sowohl Pitkins neuer Vorschlag, Repräsentation durch lokale, direkte Demokratie zu unterfüttern, als auch Plotkes Forderung einer aktiven Mitarbeit der Repräsentierten sind Versuche, die Verbindung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten wieder herzustellen und einer solchen Transformation entgegenzuwirken.

Madisons Verständnis von Repräsentation weist aber nicht nur auf die Transformation der Interessen der Menschen hin, sondern ist an sich antidemokratisch. Das Ziel ist es, die Interessen der Menschen zu ignorieren, sie ineffektiv zu machen. Politische Teilhabe soll gerade nicht zu Ergebnissen führen. Wenn also die Stabilisierung der herrschenden Machtverhältnisse das Ziel von Repräsentation ist, dann tritt der Gegensatz zu Demokratie deutlich zu Tage. Demokratie kann als Regierungsform niemals eine endgültige Form annehmen. Sie erzwingt andauernde Veränderung, da ihre Realisierung immer wieder Ausschluss bedeutet, der ihrer Realisierung gleichzeitig widerspricht. „[P]luralist democracy becomes a ‚self-refuting ideal‘, because the very moment of its realization would

coincide with it disintegration. [...] we do not see this as something that undermines the democratic project, but as its very condition of possibility“ (Laclau/Mouffe 2001: xviii). Das zentrale Element realisierter Demokratie ist folglich die ununterbrochene Infragestellung ihrer selbst (Mouffe 2000: 33, 34, 105; Rancière 2006 (2): 306). Die Stabilisierung von Gesellschaften ist genau das Gegenteil dieser ständigen Infragestellung. Die Konzeption von Repräsentation in den ‚federalist papers‘ widerspricht Demokratie fundamental: Erstens durch das Misstrauen gegenüber dem eigentlichen Souverän, dem Demos, der zu politischer Ineffektivität verdammt werden soll. Zweitens durch die Stabilisierung des herrschenden Status quo. Diese offene Ablehnung von Demokratie findet sich nicht nur bei Madison, sondern auch bei Tocqueville, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts die amerikanische Demokratie studierte. „Yet, then as now, the victorious liberals clung to their secret mistrust of the specter of public sovereignty lurking beneath the calm surface of democratic formalism. Or not so secret. ‘I accept the intellectual rational for democratic institutions,’ wrote Tocquville in 1853, ‘but I am instinctively an aristocrat, in the sense that I condemn and fear the crowd. I dearly love liberty and respect for rights, but not democracy.’ Fear of the masses and passion for law and order are the real foundations of liberal ideology“ (Bensaïd 2011: 16, 17).

Die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen ohne grundsätzliche Veränderung ihrer institutionellen Basis, seit diese Konzeption von Repräsentation in deren Verfassung kodifiziert wurde. Sie wirkt also zumindest in den Vereinigten Staaten von Amerika bis heute nach (vgl. Rancière 2006 (2): 2; vgl. Urbinati/Warren 2008: 304). Bernard Manin zeigt weiterhin auf, dass die zentralen Institutionen repräsentativer Demokratie: wiederkehrende Wahlen, die Unabhängigkeit der Repräsentanten, Meinungsfreiheit und eine öffentliche Diskussion über Entscheidungen, seit der Entstehung repräsentativer Demokratie unverändert weiterbestehen (Manin/Urbinati 2008). Repräsentation dient also auch heute noch dazu, Gesellschaften zu stabilisieren und Veränderungen zu verhindern oder zumindest

zu verlangsamen. Das Ziel, Gesellschaften zu stabilisieren, ist durch repräsentative Systeme in die bestehenden ‚demokratischen Staaten‘ eingeschrieben. Ich werde im Folgenden anhand von fünf Beispiele zeigen, dass die Stabilisierung von Gesellschaften sowohl in der Konzeption moderner repräsentativer Systeme zu finden ist, als auch in deren zentralen Institutionen.

1) Wenn Repräsentation als ein Repräsentieren der objektiven Interessen der StaatsbürgerInnen verstanden wird, bedeutet dies, einen hegemonialen Diskurs weiter zu stabilisieren. Sowohl Pitkin als auch Plotke verstehen politische Repräsentation als die Repräsentation der Interessen der Repräsentierten (Pitkin 1967: 155; Plotke 1997: 29). Pitkin stellt die Frage, ob Menschen objektive Interessen besitzen und ob diese Interessen daher von anderen erkannt werden können (Pitkin 1967: 167). Beide Fragen bejaht sie und erklärt Repräsentation daher für möglich. Die Frage ist aber nicht, ob objektive Interessen existieren oder nicht, sondern wie soziale Objektivität konstruiert wird. Es liegt im Interesse der Armen, mehr Geld zu besitzen, damit sie sich selbst erhalten können. Diese Annahme ist auf den ersten Blick logisch, aber dass Menschen diese Aussage verstehen und sie als objektiv richtig begreifen, basiert auf der sozialen Konstruktion gesellschaftlicher Realität (Laclau/Mouffe 2001: 107-109). Armut muss zum Verständnis dieser Aussage mit Geld verknüpft sein und Geld mit der Erhaltung des Lebens. Diese Verknüpfungen sind nicht natürlich gegeben: Nahrung, Schlaf und Wärme werden erst durch deren soziale Konstruktion monetäre Kosten zugewiesen. Die soziale Konstruktion von Bedeutungen findet, wie in Kapitel I.4 beschrieben, nicht einfach statt, sondern trägt immer eine Form des Ausschlusses und sedimentierter früherer Entscheidungen in sich und formiert sich durch soziale Kämpfe. Soziale Objektivität ist somit selbst politisch, da die gesellschaftlichen Machtverhältnisse Teil ihrer Konstruktion sind. Was Menschen als objektiv verstehen, ist also das Produkt dessen was in einer Gesellschaft als denk- und

sagbar gilt und somit von Hegemonie. Repräsentation sitzt auf dieser Hegemonie auf, da die Interessen der Menschen deren Ausdruck sind. Repräsentation bedeutet somit die Repräsentation hegemonialer Interessen. Die Machtverhältnisse, die diese hegemonialen Interessen konstruiert haben, werden so in den Staatsapparat getragen und dort institutionalisiert und in Gesetzen kodifiziert (vgl. Poulanzas 2002: 170). Somit wird der asymmetrische hegemoniale Konsens festgeschrieben und vor gegen-hegemonialen Veränderungen abgesichert. Der Anspruch, die objektiven Interessen der StaatsbürgerInnen zu repräsentieren, wirkt dabei als weiterer Filter gegen als unvernünftig verstandene gegen-hegemoniale Positionen.

2) Repräsentation stabilisiert Gesellschaften weiterhin, da das Ziel von Repräsentation vernünftige und gute Lösungen für Probleme sind. Sowohl Burke als auch die englischen Utilitaristen wollen in erster Linie Probleme **vernünftig** bearbeiten; die Repräsentation der StaatsbürgerInnen ist ein Werkzeug zu diesem Zweck (Pitkin 1967: 170, 205). Das zentrale Mittel dazu ist eine Deliberation im Parlament, die einen Konsens über die vernünftigste Lösung herbeiführen soll. In diesem Argument zeigt sich, wie im vorherigen Kapitel beschrieben, die aristokratische Herkunft des Repräsentationsbegriffs. Mit Rancière habe ich dargestellt, wie solche Argumente dazu dienen, die Herrschaft der Wenigen zu untermauern. Aber auch wenn eine solche Sicht, wie von Rawls, durch einen Schleier des Nichtwissens oder wie bei Habermas durch eine ideale Sprechsituation von solchen vermachteten Strukturen befreit werden soll, wirkt Hegemonie (Mouffe 2005: 83-94). Rawls und Habermas versuchen, Kommunikation in Deliberation umzuwandeln, indem sie Situationen konstruieren, die die freie Rede unter Gleichen ermöglichen. Doch was als vernünftig gilt, ist ein vorgelagerter hegemonialer Diskurs, der auch dann wirkt, wenn unter Gleichen frei diskutiert werden kann. „Most of the time, then, politics will operate under the constrained

alternatives that are produced by and support structural inequalities. If the deliberate democrat tries to insert practices of deliberation into existing public policy discussions, she is forced to accept the range of alternatives that existing structural constraints allow" (Young 2001: 684). Während Rawls und Habermas einen Raum konstruieren, der die freie Rede unter Gleichen erlauben soll, erkennt die Occupy-Bewegung Diskurse als vermachet an. Auch sie schafft einen Raum, in dem Menschen frei miteinander sprechen können sollen, aber es ist ein Raum, den sie erstens gegen den Staat erkämpfen mussten und der zweitens durch die Wahl des Ortes gegen-hegemonial wirkt. Die Nähe der Occupy-Camps zu wichtigen Finanzinstitutionen (der Wallstreet in New York und der Europäischen Zentralbank in Frankfurt) schafft einen Raum, durch den die Protestierenden die Hegemonie des politischen Gegners durch ihre bloße Anwesenheit infrage stellen.

Der Fokus auf das Finden einer besten Lösung führt darüber hinaus zu einer Passivität der Repräsentierten. Demokratie dient dazu, politische Entscheidungen zu treffen, und nicht dazu, die korrekten Lösungen zu finden. Zu diesem Zweck ist es tatsächlich besser, sich durch Experten repräsentieren zu lassen, die anstelle der Repräsentierten diskutieren und entscheiden. Etwas ist gerade dann politisch, wenn sich widersprechende Positionen bestehen, zwischen denen eine Entscheidung getroffen werden soll. Im Politischen existiert keine korrekte Position.

Deutlich wird die Passivität, die aus der Suche nach einer korrekten Lösung resultiert auch in Pitkins ‚concept of representation‘. Für Pitkin gehört es zu Repräsentation, dass die Positionen von Repräsentanten und Repräsentierten im Konflikt stehen. Dies sollte nicht der Normalfall sein, sei aber kein Zeichen schlechter Repräsentation (Pitkin 1967: 163). Wenn sie jedoch im Konflikt stehen, lässt sich die Frage, welche der beiden Seiten Recht hat, nicht theoretisch, sondern nur von Fall zu Fall beurteilen (ebd.: 165). „If all this is a correct formulation of what representing as an activity means, if the representative must act independently in his constituents' interest and yet not normally conflict with their

wishes, it follows that the basic question of the mandate-independence controversy is wrongly put. It poses a logically insolvable puzzle, asking us to choose between two elements that are both involved in the concept of representation. In that case, it is not enough to choose between the representative's judgment and the constituents wishes; and there is no rational basis for choosing between them tout court" (ebd.). Die Basis um zwischen einem guten und einem schlechten Repräsentanten zu unterscheiden, liegt für Pitkin in der Frage, welche der beiden Seiten in einem Konfliktfall objektiv Recht hat. Was aber letztendlich zu einer Entscheidung führt, ist nicht, was objektiv richtig ist, sondern welche Konsequenz die Repräsentantin aus dem entstandenen Konflikt zieht. „But what is the use in insisting that the representative's obligation is neither to follow his constituents' wishes nor do what he thinks is in their interest, but do what is, in fact, objectively in their interest? For in any real situation where a decision is to be made, he will have to rely on what he thinks and (possibly) what they think. He needs to know which to follow, but as we have seen there is no universal, safe principal to guide one in that dilemma. [...] the decision must depend on why they disagree, and in a practical case that means his judgment on why they disagree. But the standard by which he will be judged as a representative is whether he has promoted the objective interests of those he represents" (ebd.: 165,166). Selbst wenn die Repräsentierten ihre Meinung gegenüber ihren Repräsentanten vertreten, sind es die Repräsentanten, die entscheiden. Pitkin und Plotke mögen noch so oft die aktive Rolle der Repräsentierten betonen, sie sprechen sich dennoch eindringlichst für ein unabhängiges Mandat aus. Somit liegt die Macht zwischen den Wahlen vollständig in der Hand der Repräsentanten. Es kann sich also nicht, wie Plotke es fordert, um einen ‚Dialog‘ handeln, da die Repräsentierten sich zwar äußern können, ihre Äußerungen aber nicht durchsetzen und ihrer Stimme kein Gewicht verleihen können. Stattdessen stellen die StaatsbürgerInnen fest, dass sie zwischen Wahlen keine Macht besitzen. Sie kommen daher zu dem Schluss, dass es mehr Sinn ergibt, ihre Stimme an Experten abzugeben, als selbst aktiv zu werden (Pitkin

2004: 339). Die Menschen ziehen sich aus der Politik zurück, da ihnen das System Repräsentation zwischen Wahlen eindeutig eine machtlose Position zuweist. Sie bleiben passiv.

Besonders deutlich wird diese Neigung moderner repräsentativer Systeme durch die Verrechtlichung von Gesellschaft. Genau wie bei Repräsentation besteht die Tendenz die Identität von Demokratie mit Rechtsstaatlichkeit anzunehmen (Rancière 2002: 118). Der Einfluss dieser Tendenz zeigt sich beispielsweise in Bernhard Zangls Text „Bringing Courts Back In: Normdurchsetzung im GATT, in der WTO und der EG“. Er schlägt eine weitere Verrechtlichung internationaler Organisationen, wie der Welt-Handels-Organisation, vor, um diesen eine höhere Durchsetzungskraft zu verleihen. Das höchst undemokratische Zustandekommen der durchzusetzenden Regeln reflektiert er dabei aber nicht (Zangl 2001: 75). Die Folge von Verrechtlichung ist, dass politischer Streit nicht als ein politisches Problem verstanden wird, sondern zu einem Rechtsstreit wird (Rancière 2002: 119). Statt Streit politisch auszutragen, wird dieser von Richtern entschieden, jenen Experten des Rechts, die ihre Urteile anhand früherer Entscheidungen treffen. Rechte sind aber letztendlich nichts anderes als kodifizierte, frühere politische Entscheidungen und somit ein Ausdruck der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. (Buckel/Fischer-Lescano 2007: 94) Verrechtlichung bedeutet, das Politische durch das Recht zu ersetzen, also dem Mitspracherecht der StaatsbürgerInnen vollends zu entziehen, und das, obwohl sich direkte politische Mitsprache in repräsentativen Systemen nur in Wahlen äußert. „[Es] entwickelt sich die Unterordnung des gesetzgebenden Handelns unter eine gelehrte Rechtsgewalt, unter die Weisen/Experten, die sagen, was dem Geist der Verfassung und dem Wesen der Gemeinschaft, die sie bestimmt, gemäß ist. Man begrüßt damit willentlich eine Neugründung der Demokratie auf den Gründungsprinzipien des Liberalismus [und] die Unterordnung der Politik [...] Aber diese angebliche Unterordnung des Staatlichen unter das Rechtliche ist wohl eher eine Unterordnung des Politischen unter das Staatliche über den Umweg des Rechtlichen,

die Ausübung einer Fähigkeit, die Politik ihrer Initiative zu berauben, durch welche der Staat sich den Vorrang einräumt und sich legitimiert“ (Rancière 2002: 118). Der Bedeutungszuwachs des Rechtlichen in modernen politischen Systemen ist ein Ausdruck der Passivität, die dieses System den StaatsbürgerInnen zuweist. Die Essenz von Repräsentation ist, wie Pitkin betont, die Führung der Menschen durch Andere und somit das Abgeben von Verantwortung für Politik an Experten, Richter, Berufspolitiker - einer Elite. Weitere Beispiele für diese Passivität finden sich in dem Zustandekommen des EU-Verfassungsvertrages oder dem Einsetzen von Experten-Kommissionen. Ziel ist es immer, politischen Streit mit ungewissem Ausgang durch **eine** vernünftige Lösung zu ersetzen und so dem Streit den politischen Charakter zu rauben.

3) Wahlen sind das zentrale Element moderner repräsentativer Systeme und der Moment, in dem die StaatsbürgerInnen eine Stimme erhalten, die Einfluss besitzt. Erst durch die Möglichkeit der Nicht-Wiederwahl der Repräsentanten, erhalten die Repräsentierten Macht über diese - auch zwischen den Wahlen. Das setzt allerdings voraus, dass eine Wiederwahl möglich ist und angestrebt wird. Die Möglichkeit der Wiederwahl der Repräsentanten bedeutet eine weitere Stabilisierung der Machtverhältnisse, durch immer gleiches Personal und eine weitere Konzentration politischer Macht auf Wenige. Der Mechanismus Wahl selbst unterstützt dies, da die Gewinner von Wahlen durch ihr Amt Aufmerksamkeit erhalten, die ihre Herausforderer nicht erhalten. Dass die StaatsbürgerInnen erst durch eine mögliche Nicht-Wiederwahl der Repräsentanten Macht zwischen Wahlen zugewiesen bekommen, bedeutet darüber hinaus, dass sie erst im Nachhinein Einfluss erhalten. Das System Repräsentation weist den StaatsbürgerInnen also, nicht nur zwischen Wahlen, eine passive Rolle zu. Auch in dem Moment, in dem die StaatsbürgerInnen eine effektive Stimme besitzen, können sie letztendlich nur passiv die Arbeit der Repräsentanten der vergangenen Jahre

beurteilen oder passiv die Wahlversprechen anderer bewerten. Auch hier weist das System Repräsentation den StaatsbürgerInnen nicht die Rolle aktiver Gestaltung des Gemeinsamen, sondern die passive Bewertung des Vorhandenen zu und damit eine weitere Stabilisierung des Status quo (vgl. Rancière 2006 (1): 298; Manin/Urbinati 2008).

Wahlen besitzen aber auch selbst ein aristokratisches Element: Das Ziel von Wahlen ist es nicht, die Bevölkerung und ihre Interessen möglichst genau abzubilden; das Ziel von Wahlen ist stattdessen, die bestmögliche Führung zu finden. Wahlen dienen dazu, aus einer Reihe von KandidatInnen diejenigen auszuwählen, die am besten geeignet sind, die Führung zu übernehmen (Manin/Urbinati 2008). Besonders deutlich ist dies in Systemen mit Mehrheitswahl, in denen ein Posten an die Kandidatin vergeben wird, auf die die meisten Stimmen entfallen, während alle anderen Stimmen keine Bedeutung besitzen. Das zentrale demokratische Element von Repräsentation enthält also selbst ein aristokratisches Element. Somit dienen auch die Wahlen in repräsentativen Systemen dazu, den Status quo nicht grundsätzlich zu verändern. Rancière versteht Wahlen daher auch als eine grundsätzliche Zustimmung zu dem herrschenden System. „Nor is election in itself a democratic form by which the people makes its voices heard. It is originally the expression of the consent demanded by a superior power, which can really only be unanimous.“ (Rancière 2006 (1): 298). Und er betont weiterhin, dass der Kampf für Demokratie zu Beginn auch ein Kampf gegen das Wahlrecht war, der sich erst im Laufe der Zeit in einen Kampf für ein gleiches Wahlrecht wandelte (Rancière 2006 (1): 299). Widerspruch gegen das System Wahl ist innerhalb des Systems unmöglich, ohne an diesem teilzunehmen. Darüber hinaus bedeutet eine Nichtteilnahme an einer Wahl in dieser Logik, dem System zuzustimmen. Nichtteilnahme ist nicht vorgesehen, nur diejenigen, die an dem System aktiv partizipieren, behalten ihre Stimme, Schweigen hingegen bedeutet Zustimmung (Ross 2011: 88). Wahlen sind somit zwar ein Mittel, das für einen Moment die aktive Teilhabe von Millionen von Menschen am politischen Entscheidungsprozeß

ermöglicht, und sie sind **das** zentrale demokratische Element der herrschenden repräsentativen Systeme. Wahlen weisen den Menschen aber auch in diesem Moment eine in letzter Konsequenz passive Rolle zu, dienen zur Suche nach dem besten politischen Personal und produzieren Zustimmung, obwohl diese nicht explizit erteilt oder im Fall von Mehrheitswahlssystemen sogar entzogen wurde. Wahlen enthalten einen Kern möglicher Veränderung, sind aber gleichzeitig eine Eingrenzung dieser Veränderung auf ein Minimum (vgl. Rancière 2006 (1): 298; Rancière 2006 (2): 2).

4) Aktive Teilnahme an diesem System erfordert die Gründung von oder den Eintritt in Parteien. Parteien bieten die Möglichkeit, innerhalb des Systems Widerspruch zu formulieren und die möglichen Veränderungen durchzusetzen. Aber sowohl am Beispiel von Bündnis 90/Die Grünen als auch der Piratenpartei wird deutlich, wie das deutsche repräsentative System grundsätzlich andere Entscheidungsstrukturen zur Unkenntlichkeit transformiert und durch repräsentative Hierarchien ersetzt. Die Grünen bildeten sich aus der Umwelt- und Friedensbewegung der siebziger Jahre. Sie übersetzten ihre, aus diesen Bewegungen stammenden, basisdemokratischen Ansprüche in eine Reihe von Organisationsprinzipien, die eine Konzentration der Macht auf wenige Personen an der Spitze verhindern sollte (Drieschner/Gehrmann/et.al 2011: 178; Grünes Gedächtnis 64-69). Die Grünen traten mit der Absicht an, keine professionellen, personalisierten Wahlkämpfe zu machen, partei-internes Amt und legislatives Mandat strikt voneinander zu trennen, und die Mandatsträger sollten ständig durch ein Rotationsprinzip ausgetauscht werden. All diese Organisationsprinzipien sind inzwischen verworfen worden oder im Fall der Trennung von Amt und Mandat stark aufgeweicht (vgl. ebd.). Nur die Doppelspitze und die Frauenquote haben die Wandlung der Partei überstanden. Zu Beginn war sogar ein imperatives Mandat, die direkte Bindung der Repräsentanten an die Wünsche der Repräsen-

tierten, für alle Repräsentanten der Partei festgeschrieben. Das imperative Mandat wurde aber nicht nur nicht wirklich angewandt, sondern ist in der Bundesrepublik Deutschland sogar durch die Verfassung verboten (Eschenburg 1983; GG Art. 38 Abs. 1). „Artikel 38 des Grundgesetzes verbietet das sogenannte "imperative Mandat" ... Dies hat das Bundesverfassungsgericht bereits wiederholt klar und deutlich festgestellt. Hiernach sind Bundestagsabgeordnete an Aufträge und Weisungen ihrer Parteien oder Fraktionen nicht gebunden, sondern allein ihrem Gewissen unterworfen. Wenn die Grünen ... das im Grundgesetz aus gutem Grunde verankerte Prinzip des freien und unabhängigen Mandats beseitigen wollen, so spricht dies deutlich für das gebrochene Verfassungsverständnis dieser Gruppierung. Die Unabhängigkeit der Bundestagsabgeordneten ist ein notwendiges Strukturelement unserer parlamentarisch repräsentativen Demokratie. Wer hieran rüttelt, stellt dieses System in Frage“ (Der Spiegel 1983). Das Parteiensystem hat rechtliche und systematische Anforderungen an eine Partei, die sie erfüllen muss, will sie weiterbestehen und erfolgreich sein. Eine zentrale Anforderung des Wahlsystems ist der Fokus auf einzelne Personen. Denn wie beschrieben dienen Wahlen nicht dem Ausdruck einer bestimmten politischen Position, sondern der Auswahl des politischen Personals. Diese Tatsache des repräsentativen Systems stand den basisdemokratischen Organisationsprinzipien der Grünen diametral entgegen. Folglich war deren Aufrechterhaltung auf Dauer unmöglich. Ähnliches wiederholt sich heute mit der Piratenpartei (Pörksen 2012). Bei dieser werden auch zwei weitere Anforderungen an Parteien deutlich, die einer zunehmenden Hierarchisierung ihrer internen Struktur fördern: Parteien müssen nach außen hin ein geschlossenes Bild abgeben, das für die Wähler einfach zu identifizieren ist. Das bedeutet, dass interner Streit Parteien schadet. Parteien müssen daher Streit auf interne Kanäle beschränken und das erfordert eine strikte Organisation von Kommunikationskanälen. Die Piratenpartei, die für Transparenz und direkte Beteiligung angetreten ist, kann dies nicht durchsetzen, ohne ihre politischen Ansprüche zu missachten. Offene Debatten und Streit um

politische Inhalte werden innerhalb von Parteien durch die Massenmedien als Schwäche interpretiert und sind für Wähler verwirrend, da nicht klar ist, für welche Seite des Konfliktes eine Stimme bei einer Wahl, bestimmt ist. Die Piratenpartei gilt gerade wegen ihrer Offenheit und Transparenz als zerstritten und politikunfähig (ebd.; vgl. Niedermayer 2013). Eine einfache Identifikation erfordert auch ein eindeutiges, gemeinsames Programm. Nur so ist es für die Wähler möglich, zu wissen, was eine Stimme für diese bestimmte Partei bedeutet. Verstärkt wird diese Anforderung noch dadurch, dass eine Stimme für die nächsten Jahre gilt und Parteien daher zumindest mittelfristig stabile Positionen vertreten müssen. Dieses Programm muss darüber hinaus alle Bereiche der Politik abdecken, denn Wahlen bedeuten, eine einzige Entscheidung für alle politischen Bereiche zu treffen. Die Piratenpartei ist daher gezwungen, für alle politischen Bereiche eine politische Position zu entwickeln. Ohne eine Verringerung der Anzahl der Entscheidungsträger und eine Zentralisierung von Kommunikationsstrukturen ist die Entwicklung eines gemeinsamen Programms für alle Politikbereiche und die Durchsetzung dieses Programms innerhalb der Partei unmöglich. Parteien müssen in Deutschland demokratisch verfasst sein (GG Art. 21 Abs. 1). Demokratisch bedeutet in diesem Zusammenhang schlicht nach dem Prinzip Repräsentation. Rechtlich ist also Repräsentation festgeschrieben und das Wahl- und Parteiensystem erfordert eine Konzentration der Macht auf Wenige. Diese Tendenz repräsentativer Systeme zeigt sich in der internen Organisation von Parteien. Deren interne Strukturen funktionieren nicht von unten nach oben, sondern die zentralen Parteigremien geben die Richtung vor, während die kommunalen Gremien die Entscheidungen abnicken (Dittberner 2004: 109-119). Diese Umkehrung demokratischer Hierarchie ist besonders dramatisch, da Parteien als zentrale Vermittlungsinstanz zwischen BürgerInnen und Repräsentanten dienen sollen. Parteien sind zentral für die Möglichkeit von Veränderung, die Wahlen bieten können, aber gleichzeitig begrenzt das Wahl- und Parteiensystem durch rechtliche wie systemische Anforderungen deren Radikalität.

5) Das fünfte Argument für die Stabilisierung von Gesellschaften durch repräsentative Systeme sind institutionelle Arrangements und ein staatliches ‚Monopol‘ auf Politik, welche eine grundsätzliche Veränderung von Gesellschaft verhindern. Das repräsentative System und die staatlichen Institutionen, mit ihren jeweiligen Vetopositionen und Machtpolen⁶, verhindern Veränderungen nicht von vornherein, sondern verlangsamen sie und nehmen gesellschaftlicher Veränderung so ihre Dynamik und Radikalität. Elemente dieser Veränderungen werden in den bestehenden hegemonialen Diskurs eingebunden, ohne diesen grundsätzlich infrage zu stellen. Statt den Status quo mit Gewalt gegen Veränderungen zu schützen, dient das demokratische Element repräsentativer Systeme dazu, Konflikten einen Raum zu bieten, in dem sie einen Ausdruck finden, aber gleichzeitig keine Gefahr für die grundlegenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse darstellen. Daher muss das repräsentative System die einzig legitime Arena gesellschaftlicher Konflikte sein. „Madison envisages representation as a way of bringing dangerous social conflict into a single central forum, where it can be controlled by balancing and stalemating“ (Pitkin 1967: 195). Deutlich wird dies nicht nur bei David Plotke, der nicht-repräsentative Formen von Demokratie delegitimiert (Plotke 1997: 26, 27), sondern auch bei dem Umgang mit radikaler Kritik innerhalb von ‚demokratischen Staaten‘. Rede- und Versammlungsfreiheit werden den Menschen zwar garantiert, sodass es möglich ist, zu protestieren, aber wirklich radikaler Kritik werden enge Grenzen gesetzt. Demonstrationen müssen angemeldet werden, die Verfassungstreue gemeinnütziger Organisationen wird geprüft und Gruppen, die radikale Veränderungen anstreben, stehen unter staatlicher Beobachtung. Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse wird entweder unterdrückt oder in den Staat eingebettet und als Korrektiv verstanden. „Partizipation, even in the extreme and exeptional form of riots, may sometimes

⁶ Als zentral sind hier die drei Gewalten und die Unterteilung der jeweiligen Gewalten in voneinander abhängige Kammern und Ebenen zu erwähnen.

be a way to flag opinions otherwise unheard. Partizipation is not an alternative to representation. It is a way to check that representation is working“ (Manin/Urbinati 2008). Diese Umdeutung von Widerstand in ein an den Staat gerichtetes Protesthandeln verwandelt eine radikale politische Praxis in ein Betteln um Aufmerksamkeit. Am Beispiel Zivilen Ungehorsams habe ich an anderer Stelle (Schindler 2009) gezeigt, wie eine solche Umdeutung Zivilen Ungehorsam zu einer Staatsfunktion macht. So versteht Habermas Zivilen Ungehorsam nicht als eine widerständige Praxis, sondern als Hüter der Legitimität des Staates (Habermas 1985: 88). Die Folge ist, dass Zivilem Ungehorsam dessen revolutionärer Charakter entzogen wird und dessen demokratischer Eigenwert als demokratische politische Praxis verloren geht (vgl. Schindler 2009, vgl. Rancière 2006 (1) 302). „Die demokratietheoretische Bedeutung zivilen Ungehorsams ist insbesondere unter den Bedingungen der so genannten repräsentativen Demokratie herauszustellen, die mit ihren die Normen des Rechtsstaates zwar weitgehend respektierenden, aber faktisch gegen jeden politischen Widerspruch abgeschirmten politischen Verfahren der Entscheidungsfindung eher den Vorstellungen des liberalen Konstitutionalismus entspricht als der Grundbedeutung von Demokratie als kollektiver Selbstbestimmung des *demos*“ (Celikates 2009: 5). Die Konzentration von Politik auf das repräsentative System und dessen institutionelle Arrangements sollen politische Auseinandersetzungen in ein System ableiten, in dem das Politische für das herrschende Machtgefüge keine Gefahr mehr darstellen kann.

Wie ich gezeigt habe, sind die grundlegenden Institutionen des repräsentativen Systems und deren zentrale politikwissenschaftliche Begründungsmuster so konstruiert, dass die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse als ein veränderbarer Teil des politischen Systems erscheinen, diese aber dennoch nicht grundsätzlich infrage gestellt werden können. Repräsentation dient dazu, Herr-

schaft zu stabilisieren, indem sie es erlaubt, neu entstehende Konflikte in den herrschenden hegemonialen Diskurs zu integrieren und Veränderung zu verhindern oder zu absorbieren. „The drawing up of the United States constitution is the classic example of this work of composing forces and of balancing institutional mechanisms intended to get the most possible out of the fact of democracy, all the while strictly containing it in order to protect two goods taken a synonymous: the government of the best, and the preservation of the order of property” (Rancière 2006 (2): 2). Repräsentation ist somit schlussendlich **apolitisch**, da ein zentraler Teil des Politischen, nämlich die Fragen: ‚Wer herrscht?‘ und ‚Wer besitzt?‘, nicht innerhalb des Systems zu grundsätzlichen Veränderungen führen können.

Dieser gegen das Politische selbst gerichtete Impuls von Repräsentation gipfelt heute in der neoliberalen Hegemonie. „To erase this tension inherent in the republican project of a homogenous state and society, the neo-republican ideology in fact erases politics itself” (Rancière 2006 (1): 306). Diego Giannone zeigt den Anteil, den Freedomhouse als zentrale Deutungsinstanz von Demokratie an dieser Entwicklung hat (Giannone 2010). “Therefore, beyond the methodological and political-ideological issues, the function of this instrument for measuring democracy is also to legitimize ‘scientifically’ the (neo)liberal democracy model for which it was developed, providing a kind of impartial support to its advocates” (Giannone 2010: 91). Die Stabilisierung von Gesellschaften durch repräsentative Systeme und deren aristokratische Herkunft spielen der neoliberalen Hegemonie in die Hände. Das repräsentative System wandelt politischen Streit in ein zu lösendes Problem mit richtigen und falschen Antworten um. „[T]he forces of globalization are detached from their political dimensions and appear as a fate to which we all have to submit. So we are told that there are no more left-wing or right-wing economic policies, only good and bad ones!” (Laclau 2001: xvi). Die durch das repräsentative System bestimmten Experten für Politik müssen so gegenüber den ‚ungebildeten Massen‘ und ihren ‚populistischen Launen‘ als bessere Wahl erscheinen. „The objective is to remove public decisions more and

more from political control, and to make them the exclusive responsibility of experts. In such a case the effect would be a depoliticization of fundamental decisions, at the economic level as well as at the social and political levels" (Mouffe/Laclau 2001: 173). Repräsentation hat somit einen Anteil an der Konstruktion und Erhaltung der neoliberalen Hegemonie. Madison wollte durch Repräsentation staatliches Handeln verhindern und dieser apolitische Vorsatz ist in die heute bestehenden Staaten eingeschrieben. Das Neue an der neoliberalen Hegemonie ist nicht, dass die Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse innerhalb des herrschenden Systems unmöglich ist, sondern dass eine solche Veränderung offen für unmöglich erklärt wird und ein „bescheidener Staat“ propagiert wird (Rancière 2002: 120). "Der Staat legitimiert sich heute, indem er die Politik für unmöglich erklärt" (Rancière 2002: 120). Die Erklärung der Ohnmacht des Staates, die Aussage, es gäbe ‚keine Alternative‘ (‚there is no alternative‘) ist die Proklamation des staatlichen Nicht-Handelns. Die neoliberale Hegemonie hat somit das Apolitische des repräsentativen Systems offengelegt und gleichzeitig zur Normalität gemacht. Die Verhinderung von Veränderung - von echten Alternativen - innerhalb des repräsentativen Systems, wandelt sich von dessen Ziel zu dessen Legitimierung. Die Ursache des Nicht-Handelns wurde aus dem System heraus verlagert und zu einer Konstanten, die das Nicht-Handeln selbst wieder erklärt. „Dass die Regierungen schlichte Agenten der Geschäfte des internationalen Kapitals seien, diese damals skandalöse These von Marx, ist heute Evidenz, in der ‚Liberale‘ und ‚Sozialisten‘ übereinstimmen. Die absolute Gleichsetzung der Politik mit der Verwaltung des Kapitals ist nicht mehr das beschämende Geheimnis, das die ‚Formen‘ der Demokratie maskieren würden, sie ist die erklärte Wahrheit, mit der sich unsere Regierungen legitimieren. In dieser Legitimierung muss sich die Demonstration der Fähigkeit auf eine Demonstration der Ohnmacht stützen" (Rancière 2002: 122,123).

Repräsentation fördert die herrschende neoliberale Hegemonie also auf eine doppelte Art und Weise. Repräsentation verhindert, dass die herrschende

Hegemonie durch soziale und politische Konflikte innerhalb des herrschenden politischen Systems grundlegend infrage gestellt werden kann, und dient gleichzeitig zur Konstruktion eines immer neuen hegemonialen Konsenses. Diese doppelte Förderung der herrschenden Hegemonie durch Repräsentation und die daraus folgende Stabilisierung der Gesellschaft sind dem Ideal einer niemals abgeschlossenen Demokratie, welche sich ständig verändern muss, grundsätzlich entgegengesetzt, da sie im Moment ihrer Institutionalisierung ihren eigenen Anspruch untergräbt. Repräsentation erscheint somit wieder als Gegensatz zu Demokratie. "Although the democratic ideal is not openly attacked, an attempt is made to empty it of all substance and to propose a new definition of democracy which in fact would serve to legitimize a regime in which political participation might be virtually non-existent" (Mouffe/Laclau 2002: 173). Pitkins Hoffnung, dass die Spannung zwischen Ideal und Realisierung von Repräsentation dazu beitragen kann, die Realisierung kritisch zu hinterfragen und daher das repräsentative System immer wieder zu erneuern und zu verbessern, erweist sich somit als Trugbild (vgl. Pitkin 1967: 240). Grundlegende Institutionen von Repräsentation: Die Repräsentation von Interessen, die Suche nach vernünftigen und korrekten Lösungen, Wahlen, das Parteiensystem und das staatliche ‚Monopol‘ auf Politik tragen dazu bei Gesellschaften zu stabilisieren. Repräsentation ist ein System, das Veränderungen verhindert, insbesondere Änderungen an diesem selbst.

4 Ist (repräsentative) Demokratie unmöglich?

Ich habe in den vorherigen Kapiteln gezeigt, dass Repräsentation und Demokratie nicht deckungsgleich sind. Die beiden Begriffe entstammen verschiedenen Denktraditionen und ein zentrales Prinzip von Repräsentation, die Stabilisierung von Gesellschaften zu Gunsten des Status quo, widerspricht Demokratie an sich. Repräsentative Demokratie war und ist auch heute noch immer ein Widerspruch

in sich. Plotkes zentrale These ist hingegen, dass Demokratie ohne Repräsentation unmöglich ist (Plotke 1997: 32). Für ihn widerspricht Demokratie ohne Repräsentation den demokratischen Grundsätzen selbst. Die Anforderungen, die Demokratie ohne Repräsentation an die Menschen stelle, seien von diesen nicht zu erfüllen. Nicht-repräsentative, demokratische Verfahren seien nur durch Zwang durchsetzbar. Die Erfordernis von Zwang negiere aber die Grundsätze von Demokratie selbst (ebd.: 37). Plotkes Ziel ist es also, zu zeigen, dass Demokratie auf Repräsentation angewiesen ist und daher unmittelbar mit dieser verknüpft sein müsse. Ich werde dieser These zwei Argumente entgegenstellen: Erstens produziert Plotkes Vorschlag eines demokratischen repräsentativen Systems die gleichen, nicht zu erfüllenden Ansprüche an die Menschen, wie nicht-repräsentative demokratische Verfahren. Zweitens überträgt Plotke die Grundsätze, die er für repräsentative Demokratie annimmt, direkt auf eine andere Form von Demokratie. Aus dieser anderen Form von Demokratie folgen aber eigene Grundsätze, die gerade nicht mit den Grundsätzen repräsentativer Demokratie übereinstimmen.

1) David Plotke nimmt an, dass Demokratie ohne Repräsentation unmöglich sei. Nur mit Repräsentation seien Menschen in der Lage, Demokratie zu verwirklichen. Die Erfordernisse einer direkten Demokratie übersteigen, laut Plotke, die Fähigkeiten des Menschen, während dies bei einer repräsentativen Demokratie nicht so sei. Seinen Vorschlag für eine repräsentative Demokratie grenzt er aber auch eindeutig von einer Minimaldemokratie ab - dem einfachen Austausch der Führung durch Wahlen. Für Plotke ist Repräsentation ein Verhältnis, in welchem Repräsentantin und Repräsentierte aktiv an einem Dialog teilnehmen (ebd.: 30). Die Folge ist, dass sein System die gleichen Probleme wie eine direkte, auf Partizipation basierende Demokratie produziert, nur dass diese einerseits auf die Ebene

der Repräsentierten verlagert werden oder im Verhältnis von Repräsentanten und Repräsentierten verborgen sind.

Plotke argumentiert, dass direkte partizipative Demokratie so viele Menschen einbinden müsse, dass ein wirklicher Austausch von Informationen und Argumenten - kurz Deliberation - unmöglich sei und darüber hinaus der Entscheidungsprozess selbst zu ineffektiv werde (ebd.: 25, 26). Seine Hoffnung ist, dass durch eine Begrenzung der direkt Teilhabenden durch Repräsentation sowohl Deliberation als auch effektive Entscheidungsprozesse möglich werden. Weniger Teilnehmer bedeuten, dass den jeweiligen Personen und ihren Argumenten mehr Raum zugestanden werden kann und Kompromisse und Entscheidungen schneller auszuhandeln sind. Seine Annahme ist: Je weniger Teilnehmer an einer Entscheidung, desto einfacher sind Deliberation und die Entscheidungsprozesse. Einer Verkleinerung der Zahl der Teilnehmer sind aber durch zwei Merkmale moderner Massendemokratien Grenzen gesetzt:

Die Pluralität der Gesellschaft hat erstens zu einer Auflösung der traditionellen Konfliktlinien geführt. Damit haben sich auch die Interessen pluralisiert. Dies ist bedeutsam, da auch Plotke Repräsentation als eine Repräsentation von Interessen versteht. Repräsentation erfordert, wie er betont, dass die Ziele der Repräsentierten von ihren Repräsentanten an ihrer Stelle verfolgt werden. Wenn die Interessen einer Person repräsentiert werden sollen, muss also eine Repräsentantin auf Entscheidungen Einfluss nehmen, die diese Interessen betreffen. Ein Minimum der Begrenzung der Teilnehmer repräsentativer Versammlungen ist also eine adäquate Repräsentation der Interessen der StaatsbürgerInnen. Wenn man nicht auf Burke zurückgreift und von den Menschen losgelöste Interessen annimmt, müssen also an allen Entscheidungen so viele Repräsentanten teilnehmen, dass die Interessen der StaatsbürgerInnen adäquat repräsentiert sind. Nimmt man weiterhin an, dass die Verhältnisse zwischen den Interessen gewahrt werden müssen, erhöht sich die Mindestanzahl weiter. Um mit diesem Problem umzugehen, findet

eine Bündelung der Interessen in Parteien statt. Die Parteien bündeln die Interessen der StaatsbürgerInnen und repräsentieren diese dann in den gesetzgebenden Gremien. Die Interessen werden also nicht direkt repräsentiert, sondern es besteht eine Verknüpfung von Repräsentationsverhältnissen.

Die Pluralität moderner Gesellschaften hat zweitens dazu geführt, dass die Anzahl der nötigen Entscheidungen gestiegen ist. Millionen von Menschen, die in einem Staat leben, erhöhen nicht nur die Anzahl der Stimmen, sondern auch die Anzahl der Sachfragen, die zu klären sind. Im Hinblick auf gesellschaftliche Denationalisierung, also die Ausdehnung gesellschaftlicher Zusammenhänge über die Grenzen von Nationalstaaten, wird diese Anzahl noch vervielfacht. Hinzu kommt die Politisierung von Bereichen, die lange Zeit als privat galten, wie das Geschlechterverhältnis oder die Einschränkung von Persönlichkeitsrechten zur Terrorismusbekämpfung. Weniger Repräsentanten können besser über ein spezifisches Thema diskutieren, aber wenige Repräsentanten bedeuten gleichzeitig, dass diese schlechter in der Lage sind, sich Wissen über alle Themenbereiche anzueignen. Um dieses Problem zu lösen, gibt es eine große Anzahl von Repräsentanten, die in Arbeitsteilung Themen bearbeiten: Es bestehen lokale, regionale und nationale Ebenen, auf denen jeweils eigene repräsentative Organe bestehen, die Repräsentanten diskutieren in Ausschüssen und haben wissenschaftliche Mitarbeiter, die ihnen zuarbeiten. Um die Anzahl der Repräsentanten auf ein Minimum zu reduzieren, haben Repräsentanten selbst Repräsentanten. Auch hier findet wieder eine Verknüpfung von Repräsentationsverhältnissen statt. Plotke schließt diese Form der Arbeitsteilung für nicht-repräsentative Demokratien aus, da die für die Arbeitsteilung gebildeten Gremien keine Form der Legitimation besäßen um für alle sprechen zu können. „Such meetings would be a de facto representative assembly with no legitimate basis for selecting members or making decisions“ (Plotke 1997: 26, 27). Es besteht aber ein Problem, wenn das Ziel von Repräsentation sein soll, ‚Deliberation zu ermöglichen‘ und ‚Entscheidungsprozesse zu vereinfachen‘. Dieses Problem ergibt sich aus Plotkes An-

sprüchen an Repräsentation selbst: Er betont mehrfach, dass das Verhältnis zwischen Repräsentant und einer Repräsentierten ein aktives sein müsse, insbesondere in der von ihm bevorzugten Interessenrepräsentation (ebd.: 30, 31). Er fordert von den Repräsentierten, dass diese den Repräsentanten ihre Interessen darlegen. „Interest Representation gives a greater weight to the activities of citizen in seeking to understand, clarify, and achieve their preferences than do alternative models of representation. [...] What do citizens do in interest representation? Their first aim is to clarify their own preferences. Then they seek to select representatives who will try to produce suitable results. When their electoral efforts succeed, constituents seek to press their representative to take positive steps“ (ebd. 32). Er stellt einen dauerhaften Bedarf für Verhandlungen fest (ebd.: 31) und betont die Bedeutung eines Dialogs (ebd.: 29). Damit die Interessen einer Person repräsentiert werden, muss die Person sich also über diese im Klaren sein und sie gegenüber ihrer Repräsentantin aktiv vertreten. Die Repräsentierten müssen, damit ihre Interessen repräsentiert werden können, also genau das tun, was die Menschen in Plotkes Beispiel von nicht-repräsentativer Demokratie tun müssen. Sie müssen sich über ihre Positionen im Klaren werden sein und diese gegenüber anderen vertreten. Dabei betont Plotke, dass die Menschen ihre Interessen so formulieren müssten, dass sie klar zu verstehen sind und auch in die nötigen Kompromisse einfließen könnten. Die Menschen sollen also nicht einfach ihre Meinung sagen, sondern sich auf eine vernünftige Art und Weise einbringen. Hier lässt sich also wiederum die Kritik an einem Anspruch an Vernunft äußern, der Positionen als unvernünftig ausschließt, die dem hegemonialen Konsens widersprechen oder die auf eine emotionale Weise geäußert werden (Mouffe 2005: 83-98, Young 2001: 676). In diesem Zusammenhang ist zentral, dass die Menschen sich dezidiert mit einem Thema auseinandersetzen und diese Positionen öffentlich vertreten müssen, wenn ihre Interessen Berücksichtigung finden sollen. Sie müssen also das tun, was sie im Rahmen nicht-repräsentativer Demokratie tun müssen, allerdings besitzen sie keine Macht. Die Menschen informieren sich,

bringen sich ein, aber dürfen nicht entscheiden. Plotke fordert eine starke Verbindung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten in der beide Parteien aktiv teilhaben - einen Dialog. Aber gleichzeitig bleiben die Repräsentanten unabhängig - behalten die gesamte Entscheidungsmacht. Es handelt sich jedoch nicht um einen Dialog, wenn die ganze Macht auf einer Seite des Gesprächs liegt (Young 2001: 679, 680). Die Macht der Repräsentierten reduziert sich auch bei Plotkes Konzeption von Repräsentation auf die Möglichkeit einer Nicht-Wiederwahl. Plotke fordert von den Menschen aktive Beteiligung und reduziert sie gleichzeitig zu Bittstellern. Warum sollten Menschen sich so wie bei direkter Teilhabe einbringen, ohne dann auch direkt mitbestimmen zu können? Der zentrale Punkt ist, dass Plotke von den Menschen genau das fordert, was er in nicht-repräsentativer Demokratie für mit den Fähigkeiten des Menschen unvereinbar erklärt hat. Und anders als in seinem Beispiel geht es nicht nur um regionale Schulpolitik, sondern um alle Politikfelder auf der lokalen, der regionalen und der nationalen Ebene. Plotke erkennt also das Problem an, dass die Repräsentanten unmöglich all die Interessen der Menschen, die sie repräsentieren, kennen können. Seine Lösung ist, schlicht die Bürde den Menschen selbst zuzuschieben. Er löst das Problem zwar auf der Ebene der Repräsentanten, es besteht aber auf der Ebene der Repräsentierten einfach weiter. Dort wird das Problem in der schweigenden Mehrheit aufgelöst und unsichtbar gemacht. Die Unmöglichkeit gemeinsamen politischen Handelns in der Massendemokratie wird durch Repräsentation nicht aufgelöst, sondern besteht fort. Das Problem wird lediglich durch eine immer weitergehende Verknüpfung von Repräsentationsverhältnissen verteilt. Diese immer weitere Bündelung auf verschiedenen Ebenen sorgt dabei aber weder für eine Lösung der Probleme des ursprünglichen repräsentativen Verhältnisses zwischen Repräsentantin und Repräsentierten, noch dafür, Massendemokratien möglich zu machen. Diese Verknüpfung von Repräsentationsverhältnissen konstruiert ein „Stille Post“-Spiel, in dem die Repräsentanten für Repräsentanten sprechen, die für Andere sprechen. Die Interessen der Menschen werden so zum Hörensagen.

Dennoch hält Poltke seinen Vorschlag für die Lösung des Paradoxons des gemeinsamen politischen Handelns in Massendemokratien. Dies ergibt Sinn, wenn man annimmt, dass er nicht davon ausgeht, dass die StaatsbürgerInnen wirklich aktiv an allen Entscheidungen teilhaben. Wenn die Menschen sich nur in außergewöhnlichen Umständen dazu entscheiden, sich in die Rolle des Bittstellers zu begeben und im Normalfall nicht aktiv teilhaben wollen, sondern der schweigenden Mehrheit angehören, die durch ihr Schweigen Zustimmung signalisiert, dann löst sich das Problem auf. David Plotkes Kritik an nicht-repräsentativer Demokratie, dass deren Anforderungen den Fähigkeiten des Menschen widerspreche, ist also eine Scheinkritik, denn sie besteht in der repräsentativen Demokratie weiter. Sein eigentliches Problem ist, dass in nicht-repräsentativer Demokratie nicht Alle an Allem teilhaben können. Für Plotke bietet nur Repräsentation diese Möglichkeit und zwar auch dann, wenn die Menschen nicht für sich selbst sprechen. Nur ein repräsentatives System erlaubt es, den Anspruch zu stellen, dass **jeder** an allen Entscheidungen einen Anteil hat. Damit dies Sinn ergibt, muss Plotke entweder seinen Standpunkt aufgeben, dass Repräsentation ein Verhältnis sei, in dem beide Seiten aktiv teilhaben, oder akzeptieren, dass Repräsentation Ausschlüsse produziert. Dann könnte er, wie Pitkin, aktive Teilhabe auf systematische Reaktionsfähigkeit in Ausnahmesituationen begrenzen. Er müsste jedoch gleichzeitig die Interessen von den einzelnen Personen lösen und sich auf Gruppen- oder Nationalinteressen beziehen. Wenn das Gemeinwohl im Interesse Aller liegt und die Repräsentanten das Gemeinwohl verfolgen, dann handeln sie aber auch im Interesse derjenigen, die nicht aktiv teilhaben. Plotke versteht Repräsentation als ein politisches Konzept, welches die Pluralität der Menschen respektiert und somit auch den Wunsch, sich nicht oder nur minimal zu beteiligen. Dennoch akzeptiert auch seine Konzeption von repräsentativer Demokratie diese Tatsache nicht. Diejenigen, die nicht teilhaben wollen, haben nicht einfach keine Stimme, sondern es wird dennoch für sie gesprochen. Sie werden Teil der schweigenden Mehrheit, denn repräsentative Systeme begreifen

Nicht-Teilnahme als Zustimmung. Plotke produziert also einen Widerspruch: Entweder ist Exklusion nicht das Gegenteil von Repräsentation oder er erkennt nicht an, dass verschiedene Präferenzen für politische Teilhabe existieren. David Plotkes Kritik partizipativer Demokratie lässt sich also auch auf sein eigenes Modell von repräsentativer Demokratie anwenden. Gleichzeitig können zwei seiner Grundbedingungen von Demokratie durch repräsentative Demokratie nicht gleichzeitig erfüllt werden: verschiedene Präferenzen für politische Teilhabe und die Beteiligung Aller.

Dennoch trägt Plotkes Argumentation im Bezug auf nicht-repräsentative Demokratie. Demokratie, die auf der aktiven Teilhabe von Menschen basiert, kann nicht **alle** an **allem** teilhaben lassen. Insbesondere dann, wenn basisdemokratische Grundsätze, wie gleichberechtigte Diskussionen oder Entscheidungen im Konsens, beibehalten werden sollen. Millionen von Menschen können, ohne die Grundbedingungen des Menschseins aufzuheben, - wie Rawls dies mit seiner ‚original position‘ tut (Mouffe 2005: 86) - weder zu einem gemeinsamen Konsens kommen, noch gemeinsam diskutieren, um dann eine Entscheidung zu treffen. Dies ist nur durch eine Bündelung von Interessen und die Verkettung von Repräsentationsverhältnissen möglich. Also nur durch eine Beschränkung der Teilhabe auf eine überschaubare Zahl. Plotke hat eindeutig gezeigt, wie so ein Modell schon bei Tausenden versagt. Nicht-repräsentative Demokratie erscheint also unmöglich. Ich habe aber gezeigt, dass repräsentative Demokratie an die gleichen Grenzen stößt und nur dann funktioniert, wenn sie sich von den Menschen selbst löst und damit von Demokratie. Nicht Repräsentation oder direkte Partizipation sind es, die unmöglich sind: Es ist Demokratie selbst, die unmöglich ist. „The customary complaints about democracy’s ungovernability in the last instance come down to this: democracy is neither a society to be governed, nor a government of society, it is specifically this ungovernable on which every

government must ultimately find out it is based“ (Rancière 2006 (2): 49). Es ist gerade die Unmöglichkeit ihrer Selbst, die Demokratie auszeichnet. Demokratie kann immer nur eine Annäherung an wirklich gemeinsames Herrschen bedeuten. Von diesem Standpunkt aus lautet die Frage nicht: Welche Form von Demokratie ist möglich? Sondern die Frage ist: Wie können demokratische Institutionen beschaffen sein - Institutionen, die Demokratie den größtmöglichen Raum lassen, Wirkung zu entfalten, die es erlauben, dass Gleichheit immer wieder in sie eingeschrieben wird? David Plotke überträgt einen Anspruch von repräsentativer Demokratie, dass Alle an Allem einen minimalen Anteil haben müssen, einfach auf ein anderes Modell von Demokratie. Er beweist mit den Grundsätzen von repräsentativer Demokratie, dass **nicht**-repräsentative Demokratie unmöglich ist. Damit wird deutlich, dass sein Fazit, dass Demokratie notwendigerweise mit Repräsentation verknüpft sein muss, auch den Startpunkt seiner Argumentation bildet. Nicht-repräsentative Demokratie braucht eigene Grundsätze, die sich aus dem Demokratiebegriff selbst speisen müssen, ohne diesen von Anfang an mit Repräsentation zu verknüpfen.

5 Repräsentation als Widerspruch von Demokratie

Ich habe gezeigt, dass Repräsentation ihre aristokratische Herkunft noch immer in sich trägt und dass Repräsentation Gesellschaften stabilisiert. Die Annahme der Ungleichheit von Menschen und die apolitische Tendenz, Veränderungen zu verhindern und Gesellschaften zu stabilisieren, sind also in Repräsentation eingeschrieben. Wenn Demokratie die Herrschaft der Beliebigen ist - das Fehlen eines letzten Grundes für die Herrschaft von Menschen über Menschen -, dann widerspricht Demokratie Repräsentation. Und wenn Demokratie im Moment ihrer Realisierung, ihrer Hegemoniewerdung, sich selbst infrage stellen muss, auch dann widerspricht Repräsentation Demokratie. Repräsentation und Demokratie

sind also weder gleichbedeutend, noch notwendigerweise miteinander verknüpft. Repräsentative Demokratie ist ein Widerspruch in sich selbst. Aber jede Form der Realisierung von Demokratie ist ein Widerspruch in sich. Demokratische Institutionen können also nur solche Institutionen sein, die Demokratie Raum geben und ihre Wirkung zulassen, sowie ihren eigenen Widerspruch zu Demokratie anerkennen. Die eigentliche Frage ist also nicht, ob Repräsentation Demokratie widerspricht, sondern wie sehr Repräsentation Demokratie einschränkt. So formuliert Rancière Anforderungen für eine ‚demokratische‘ Form von Repräsentation (Rancière 2006 (2) 72): Begrenzung der Mandate auf eine kurze Legislaturperiode ohne die Möglichkeit einer Wiederwahl, eine strikte Trennung zwischen Exekutive und Legislative, Gesetze werden nur von den Abgeordneten formuliert und Regierungsmitglieder können keine Abgeordneten werden, ein minimaler Wahlkampf und minimale Wahlkampfkosten und die Verhinderung einer Einflussnahme durch ökonomische Akteure. Rancière stellt fest, dass bereits eine Auflistung dieser Anforderungen den grundsätzlichen Widerspruch zu dem herrschenden Modell von Repräsentation deutlich macht. „[...] in the past many thinkers and legislators, hardly moved by a rash love of the people, have carefully considered them as potential means to maintain balance of power, to dissociate the representation of the general will from that of particular interests, and to avoid what they considered as the worst of governments: the governments of those who love power and are skilled at seizing it. All one has to do today to provoke hilarity is to list them. With good reason - for what we call democracy is a statist and governmental functioning which is exactly the opposite“ (ebd.). Eine zentrale Veränderung vom herrschenden Modell ist die Unmöglichkeit einer Wiederwahl von Repräsentanten, diese ist sowohl bei Pitkin als auch bei Plotke das zentrale Element, um den Interessen der Repräsentierten Geltung zu verschaffen. Fällt dieses Element weg, müsste Repräsentation auf anderem Wege sicherstellen, dass die Interessen der Repräsentierten repräsentiert werden. Pitkins ursprünglicher Ansatz der Widersprüchlichkeit von Repräsentation, von gleichzeitiger An- und

Abwesenheit von Personen, ist vielversprechend, um Repräsentation als eine demokratische Institution zu denken. Wie Pitkin anmerkt, bedeutet dieses Paradoxon, dass Repräsentation einer immer neuen Begründung bedarf. Anstatt diesen Anspruch aufzugeben und durch ein reaktives System zu ersetzen, müsste Repräsentation dann, wie Demokratie, Veränderbarkeit in sich eingeschrieben haben. Es bräuchte eine grundsätzliche Veränderung des Machtverhältnisses zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, wie die Möglichkeit einer vorzeitigen Abwahl. Demokratische Institutionen können also auch repräsentative Elemente enthalten. Repräsentation, die Abgabe von politischer Verantwortung an andere, muss nicht zwingend Demokratie feindlich gegenüberstehen. Es gibt Entscheidungen, die vor Veränderungen bewahrt, die von Experten getroffen oder ohne gesamt-gesellschaftliche Debatte beschlossen werden sollten. Repräsentation hat Vorteile gegenüber anderen Formen der Realisierung von Demokratie, aber gleichzeitig produziert Repräsentation ihre eigenen Probleme und Ausschlüsse. Repräsentation ist eine Einschränkung von Demokratie, wie jede ihrer Realisierungen. Aber nicht jede Realisierung, jede Beschränkung von Demokratie hat die gleichen Auswirkungen. Repräsentation schränkt Demokratie auf eine spezifische Art und Weise ein: Repräsentation stabilisiert Gesellschaften und geht von der Ungleichheit der Menschen aus. Repräsentation kann dann Teil demokratischer Institutionen sein, wenn Demokratie auf diese spezifische Weise eingeschränkt werden soll. Einschränkungen von Demokratie beschränken diese nicht nur, sie können auch gleichzeitig Grundlage für andere demokratische Praxen bieten. Verfassungen sind eine Einschränkungen demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten, sie garantieren Grundrechte, die dem normalen demokratischen Entscheidungsprozess entzogen sind. Sie sind Einschränkungen von Demokratie, aber gleichzeitig sind Rede- und Versammlungsfreiheit zentral für eine demokratische Praxis. Repräsentation kann also Teil demokratischer Institutionen sein, wenn Repräsentation als eine spezifische Einschränkung von Demokratie verstanden wird. Die Vorteile, die Repräsentation bietet, müssen mit deren Aus-

wirkungen in Bezug gesetzt werden. Um eine bewusste Entscheidung für Repräsentation zu ermöglichen, dürfen die Auswirkungen repräsentativer Verfahren nicht unsichtbar gemacht werden, wie dies im herrschenden Modell geschieht. Damit ist eine bewusste Entscheidung für Repräsentation ausgeschlossen. Repräsentation ist nicht die einzige mögliche Form, die Demokratie annehmen kann, sie ist aber die Form die sich hegemonial durchgesetzt hat. Repräsentation stabilisiert Gesellschaften. Wird sie hegemonial, dann stabilisiert sie sich selbst - sie macht jede andere Form unsichtbar und verhindert, dass Alternativen auch nur denkbar sind. Im herrschenden Modell ist Repräsentation die einzige Form, die Demokratie annehmen kann. Ohne eine bewusste Entscheidung für Repräsentation kann diese jedoch nicht Teil demokratischer Institutionen sein. Als einzige mögliche Form von Demokratie ist Repräsentation deren Stilllegung. Sie ist schlicht deren fehlgeschlagene Realisierung.

IV Präsenz als Alternative

Wie soll aber eine Realisierung von Demokratie aussehen, wenn diese doch unmöglich ist. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, aber die andauernde Versammlung des Volkes übersteigt die Fähigkeiten der Menschen. Realisierte Demokratie ist demzufolge eine theoretische und praktische Unmöglichkeit. „If we take the term in the strict sense, there never has been a real democracy, and there never will be. It is against the natural order for the many to govern and the few to be governed. It is unimaginable that the people should remain continually assembled to devote their time to public affairs, and it is clear that they cannot set up commissions for that purpose without the form of administration being changed“ (Rousseau 1762: III 4). Diese Unmöglichkeit der Realisierung von Demokratie anzuerkennen und gleichzeitig Demokratie nicht aufzugeben, be-

deutet, ‚demokratische Institutionen‘ als eine spezifische Einschränkung von Demokratie zu verstehen und nicht als ihre Realisierung. Demokratische Institutionen können Demokratie nicht nur mehr oder weniger Raum bieten, sie tun dies auch auf eine bestimmte Art und Weise. Kann sich eine bestimmte Form von Demokratie hegemonial durchsetzen und so andere Umsetzungsformen als unmöglich erklären, dann kann diese spezifische Form, mit ihren spezifischen Einschränkungen von Demokratie, nicht bewusst gewählt werden. Demokratische Institutionen sind Institutionen, die die Infragestellung ihrer eigenen Existenz zulassen. Damit dies möglich ist, braucht es Alternativen. Repräsentative Demokratie darf nicht die einzige Form sein, die Demokratie in der Realität annimmt. Eine einfache Verbesserung dieser ist daher nicht die Lösung. Demokratie braucht Alternativen. “Despite repeated efforts to democratize the representative system, the predominant result has been that representation has supplanted democracy instead of serving it. Our governors have become a self-perpetuating elite that rules - or rather, administers - passive or privatized masses of people. The representatives act not as agents of the people but simply instead of them” (Pitkin 2004: 339). Diese Alternativen brauchen Grundsätze, die sich aus dem Demokratiebegriff selbst speisen und nicht von Anfang an mit Repräsentation verknüpft sind. Nun stellt sich die Frage, wie dies möglich ist, denn repräsentative Demokratie ist hegemonial. Das bedeutet, dass Demokratie ohne Wahlen, Mehrheiten, etc. kaum denkbar ist. Dennoch werde ich Alternativen formulieren. Ich werde diese Alternativen aber nicht von einem Demokratiebegriff her denken, der vollständig von Repräsentation befreit ist. Im Gegenteil, repräsentative Demokratie muss auch mein Ausgangspunkt bleiben. Aber ich werde meine Alternativen als Gegensatz zu repräsentativer Demokratie formulieren. Ich werde zeigen, wie demokratische Praxis ohne Repräsentation aussehen kann. Das Gegenteil von Repräsentation - von gleichzeitiger politischer Anwesenheit und physischer Abwesenheit, ist einfache Anwesenheit - Präsenz (Lorey 2011: 4).

1 Was ist Präsenz?

Präsenzdemokratie ist das Gegenteil von repräsentativer Demokratie. Während Präsenzdemokratie auf wirklicher Anwesenheit basiert, entpolitisiert Repräsentation diese. Wenn in einem demokratischen System die wirkliche Anwesenheit der Menschen keine politische Bedeutung besitzt und sie nur durch Repräsentation politische Teilhabe erlangen können, dann wird Anwesenheit entpolitisiert. In einem repräsentativen System ist das Politik, was Politiker tun, und das Volk kann seine Meinung nur durch Wahlen oder Protest kundgeben. Für diejenigen, die keine Repräsentanten sind, hat der Besuch des Parlaments keine politische Bedeutung, für sie ist das Parlament eine reine Touristenattraktion. Am deutlichsten wird das bei David Plotke. Am Beispiel einer Versammlung von Sklavenhaltern will er zeigen, dass die anwesenden Sklaven, die nur ihre Herren bedienen, nicht politisch anwesend sind. „We would hesitate to say that the slaves were present in a political sense, because we do not really think that physical and political presence are the same thing“ (Plotke 1997: 30). Er trennt physische Anwesenheit völlig von politischer Anwesenheit und entpolitisiert sie dadurch (ebd.: 29, 30). Seine Behauptung ist, dass es keinen Unterschied macht, ob die Sklaven anwesend sind oder nicht, da sie noch immer Sklaven ohne politische Rechte sind. Das Politische ist für Plotke auf ein Recht auf Teilhabe an einem repräsentativen System reduziert. Damit verkennet und entpolitisiert er das Potential, das politische Anwesenheit in sich birgt. Dass die wirkliche Anwesenheit den Sklaven erlaubt, einfach aufzustehen und für sich zu sprechen, ignoriert er. Eine solche Aktion Zivilen Ungehorsams mag lebensgefährlich sein und sie mag politisch folgenlos bleiben, aber Anwesenheit erlaubt es Menschen, für sich selbst zu sprechen und zu handeln - Aufmerksamkeit zu erlangen - und so eine Wirkung zu erzielen. Sind Menschen nicht selbst anwesend, kann an ihrer Stelle für sie gesprochen werden. Weiter fragt Plotke, im Bezug auf Barbers starke Demokratie, was politische Teilhabe wert sei, wenn in seiner beispielhaften Versammlung nur

wenige Menschen sprechen können und die meisten einfach nur zuhören (ebd.: 25, 26). Wie im Beispiel mit den Sklaven schließt er nicht-satzungsgemäßes Verhalten schlicht aus, die Teilnehmer sind entweder aktive Sprecher oder passive Zuhörer. Zuschauer zu sein bedeutet aber nicht, einfach unsichtbar zu sein. Anwesenheit erlaubt es, Zustimmung oder Ablehnung kundzutun, einfach dazwischenzureden oder schlicht zu gehen. Physische Anwesenheit hat das Potential, Aufmerksamkeit zu erzeugen und somit politische Wirkung zu entfalten. David Plotke geht sogar noch weiter, er delegitimiert das einfache Sprechen für sich selbst. Direkt demokratische Versammlungen, an denen nicht alle teilnehmen, sind für ihn illegitim. „Such meetings would be a de facto representative assembly with no legitimate basis for selecting members or making decisions“ (Plotke 1997: 26, 27). In Plotkes Sicht sprechen die Menschen, die an diesen Versammlungen teilhaben, immer für andere und nicht für sich selbst. David Plotke versteht politisches Sprechen immer als Sprechen für andere. Wenn Plotkes Position mit der Madisons verknüpft wird, zeigt sich der Effekt dieser Delegitimierung. Für Plotke soll Repräsentation die zu langsamen demokratischen Entscheidungsprozesse beschleunigen, wohingegen Repräsentation für Madison Demokratie einschränken soll, um Veränderungen zu verlangsamen. Diese beiden Annahmen über Repräsentation ergeben nur dann gemeinsam Sinn, wenn das Ziel lautet, eine bestimmte Form politischer Praxis zu verhindern - zu delegitimieren. Politik soll nicht impulsiv und emotional sein, sondern seriös und vernünftig. Die direkte politische Teilhabe von Menschen bedeutet, dass Entscheidungen nicht für andere getroffen werden und dass die eigenen Gefühle und Positionen direkt Wirkung zeigen können. Diese Form politischer Praxis wird delegitimiert und von dem repräsentativen System aus dem politischen System verbannt.

Im Gegensatz dazu steht die politische Praxis der nordafrikanischen, spanischen und griechischen Protestbewegungen und der Occupy-Bewegung. Diese gewinnen ihre politische Wirkung gerade durch ihre Anwesenheit an einem zentralen Ort. Die Besetzung von solchen Orten wie dem ägyptischen Tahrir Platz, dem Puerta del Sol, der Platia Syndagmatos oder der Wall Street ist eine politische Praxis, die auf der wirklichen physischen Anwesenheit der Menschen basiert. „Politische Teilhabe findet hier als ein ‚Vor-Ort-Sein‘ statt und als Beteiligung an einer kollektiv empfundenen Leidenschaft, die auf dem geteilten Erlebnis und der Erfahrung beruht, ähnliche - zumindest ähnlich imaginierte - inhaltliche Ziele und gemeinsame Interessen zu verfolgen“ (Wöhl 2012: 263). Die Anwesenheit der Protestierenden an diesen spezifischen Orten ist dabei nicht zufällig, sondern stellt einfach durch die Anwesenheit an diesem Ort den herrschenden Status quo infrage. Diese Orte sind nicht einfach nur zentral, es sind Orte, die durch ihre Nähe zum Parlament (Platia Syndagmatos), der Regionalregierung (Puerta del Sol) oder wichtiger Finanzinstitutionen (Occupy-Wall Street) ihre Gegner identifizieren und Gegenhegemonie produzieren. Die einfache Anwesenheit selbst ist es, die einen Gegner identifiziert und Gegenhegemonie produziert. „In der Funktionslogik demokratischer Systeme nimmt Occupy Wall Street in erster Linie die Rolle von Kritik am bestehenden repräsentativen politischen System ein und weist auf Zusammenhänge zwischen der Staatsform Demokratie als politisches System und dem finanzmarktbezogenen Wirtschaftssystem hin“ (ebd.: 274). Diese Bewegungen setzen einerseits traditionelle Proteststrategien und basisdemokratische Verfahren wie bspw. Konsensentscheidungen fort, aber andererseits schaffen sie durch ihre doppelte Repräsentationskritik und der Betonung von Anwesenheit etwas Neues. Die Menschen auf den Plätzen haben nicht einfach demonstriert, sie haben eine Versammlung geschaffen. Eine Institution, in der die Positionen und Meinungen der Teilhabenden Aufmerksamkeit erhalten und damit direkt Wirkung entfalten können. Anders als bei einfachen Demonstrationen haben sich die Versammelten den gewonnenen Raum nicht sofort wieder aufgegeben, sondern

diesen dauerhaft besetzt. Die entstehenden Camps haben Demokratie Realität werden lassen und so demokratische Institutionen geschaffen. „What is lost in Rancière’s reflections, however, is the old topos of the relation between crowd and assembly, which is now being actualized in a new way, not only in the central European squares. The assembly is the fundamental practice of protests, it means organising and instituting” (Lorey 2011: 4). Die Protestcamps waren Orte, an denen die Menschen miteinander gelebt und für sich selbst gesprochen haben. Sie haben ihre Repräsentation zurückgewiesen und Demokratie mit ihrer eignen Anwesenheit verknüpft. „This democracy [¡Democracia Real Ya!] is real, less in the sense of being the only true, right democracy, but rather in conjunction with ‘ya’, taking place actually and materially at this moment [...]” (ebd.). Isabell Lorey bezeichnet diese Form realisierter Demokratie als Präsenzdemokratie (ebd.). Die Schaffung von demokratischen Institutionen, die wirkliche Anwesenheit erfordert, unterscheidet Präsenzdemokratie in zentraler Weise von direkter Demokratie. Direkte Demokratie will die Teilhabe Aller an allen Entscheidungen ermöglichen. Der Fokus von Präsenzdemokratie hingegen liegt auf der wirklichen Anwesenheit der Versammelten. „This is not so much a direct democracy, in which citizens are involved in all the political decisions, but rather a new understanding of democracy“ (ebd.). Präsenzdemokratie ist eine Form von Demokratie, die im Gegensatz zu der Hegemonie repräsentativer Demokratie besteht. Demokratisch ist in dieser das Sprechen für sich selbst, nicht das Sprechen für andere. „When the precarious assemble in central squares and practice presentist democracy, they are carrying out an exodus from the dominant political-economic order, an exodus not into a hereafter, but rather out of the hegemonic logic of representation, in order to expand and newly invent the space of the public and the political” (Lorey 201: 5). Diese Bewegungen dienen meinem Verständnis von Präsenzdemokratie als Inspiration zur Entwicklung eines Vorschlags für eine Alternative zum hegemonialen Modell von Demokratie. Aber auch Präsenzdemokratie ist eine Realisierung von Demokratie und widerspricht dieser damit. Jede Realisierung von

Demokratie schafft einen Zustand, der Demokratie widerspricht. Präsenzdemokratie beschreibt also nicht die Realisierung von Demokratie, sondern eine demokratische Institution. Präsenzdemokratie ist wie repräsentative Demokratie, und jede andere Form der Realisierung von Demokratie, eine spezifische Form der Begrenzung dieser. Mein Vorschlag soll eine Alternative zum herrschenden System sein. An diesem Anspruch muss ich scheitern. Mein Vorschlag kann nur eine unvollständige Antwort sein, die im besten Fall den Denkraum für andere Alternativen öffnet. Denn dieser Vorschlag ist eine im Elfenbeinturm entworfene demokratische Institution und nicht die reale Praxis einer demokratischen Bewegung.

2 Grundsätze von Präsenzdemokratie

In einer Präsenzdemokratie sind Menschen nur dann politisch anwesend, wenn sie wirklich physisch präsent sind. Der Annahme David Plotkes, dass aus Repräsentation politische Anwesenheit folgt, widerspricht Präsenzdemokratie also vehement (vgl. Plotke 1997: 30).

Es stellt sich aber die Frage, wie ein System aussieht, in welchem die Menschen eines Staatsvolks für sich selbst sprechen und nicht für andere? Wie können Alle über Alle herrschen, wenn Menschen nur für sich selbst sprechen? David Plotke hat gezeigt, wie die Mehrheitsfindung schon bei einer regionalen Entscheidung unmöglich scheint. Er überträgt damit einen zentralen Grundsatz repräsentativer Demokratie auf eine andere Form von Demokratie, nämlich die notwendige Beteiligung Aller an Allem, denn nur dann seien Entscheidungen demokratisch. Diese zentrale Annahme des repräsentativen Systems weist Präsenzdemokratie zurück. Demokratie ist nicht die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Dieser Grundsatz entstammt der Vermischung von Demokratie und Repräsentation. In einer Präsenzdemokratie bedeutet Demokratie hingegen die Herrschaft

einer Jeden und eines Jeden. "[T]he power of the people, which is not the power of the population or the majority, but the power of anyone at all, the equality of capabilities to occupy the positions of governors and of the governed" (Rancière 2006 (2): 49) Dieses Verständnis von Demokratie findet sich schon in der Antike: Deren Losverfahren zur Bestimmung von Regierungsämtern erscheint heute undenkbar. „But the drawing of lots has never favoured the incompetent over the competent. If it has become unthinkable for us today, this is because we are used to regarding a wholly natural an idea that was neither natural for Plato, nor anymore natural for French and American constitutionalists two centuries ago: that the first title that calls forward those who merit occupying power is the fact of desiring to exercise it" (Rancière 2006: 42). Die Zuteilung von Ämtern durch Losverfahren macht deutlich, dass Demokratie nicht die Herrschaft der Mehrheit bedeutet. Während Plotke in seinem Beispiel davon ausgeht, dass alle nacheinander das Wort ergreifen und alle die gleiche Redezeit erhalten müssen, ist im Protestcamp auf dem Syntagma die RednerInnen-Liste durch Losziehung bestimmt worden (Lorey 2011: 5). Während es in einem repräsentativen System einen öffentlichen Wettkampf um politische Macht gibt, will Präsenzdemokratie verhindern, dass diejenigen herrschen, die Herrschaft anstreben (Rancière 2006: 42, 46, 47). „The scandal of democracy, and the drawing of lots which is its essence, is to reveal that this title can be nothing but the absence of title" (ebd. 47).

Wie ich bereits festgestellt habe, ist die Herrschaft Aller unmöglich, die Menschen können nicht dauerhaft versammelt sein. Wenn die Herrschaft Aller unmöglich ist, dann scheint die Herrschaft der Mehrheit, der Vielen, oder die Herrschaft der Besten eine bessere Alternative zu sein, als die Herrschaft einer Jeden oder eines Jeden, die letztendlich die Herrschaft der Wenigen bedeutet. Präsenzdemokratie ist die Beschreibung einer demokratischen Institution und damit einer Form von Regierung. Da eine andauernde Versammlung der Menschen unmöglich ist,

bedeutet Regierung immer die Herrschaft eines Teils über das Ganze. Ich habe in dieser Arbeit gezeigt, dass auch die Herrschaft der Mehrheit durch Repräsentanten die Herrschaft der Wenigen ist. „Government is always practiced by the minority on the majority“ (Rancière 2006 (1): 297). Dies ist sogar auch dann in einem repräsentativen System so, wenn man annimmt, dass Menschen durch Repräsentation vollständige politische Anwesenheit erlangen. Die aktuelle Regierung der Bundesrepublik Deutschland wurde beispielsweise nur von rund 34%⁷ der wahlberechtigten Bevölkerung wirklich gewählt (bundeswahlleiter.de). Wird zu der wahlberechtigten Bevölkerung die nichtwahlberechtigte Wohnbevölkerung hinzugerechnet, verringert sich dieser Anteil noch einmal. Selbst unter der Annahme, dass Repräsentation die vollständige politische Teilhabe der StaatsbürgerInnen bedeutet, ist die ‚Herrschaft der Mehrheit‘ die Herrschaft der Wenigen.

Der Anteil der Abwesenden wird in einem repräsentativen System unsichtbar gemacht, während in Präsenzdemokratie Abwesenheit spürbar wird. Präsenzdemokratie legt offen, wer wann über wen entscheidet, anstatt zu behaupten, die Menschen hätten einen relevanten Anteil an allen Entscheidungen. Diejenigen, die nicht gehört werden, können ihren Ausschluss nur dann effektiv skandalisieren, wenn niemand behauptet, für sie gesprochen zu haben. Präsenzdemokratie täuscht die Menschen nicht über ihren Anteil des Ganzen und öffnet sich so für Kritik und damit Veränderung. Abwesenheit spürbar zu machen, bedeutet, sie real zu machen und ihr Gewicht zu geben. Es macht einen Unterschied, ob drei Parteifunktionäre ein Spitzentreffen veranstalten, um über die Zukunft der Partei zu entscheiden, oder ob ein Gesamtparteitag zu diesem Thema stattfindet und statt Tausender Mitglieder nur die drei Funktionäre erscheinen, die ja sowieso

⁷ 13.856.674 Stimmen für die CDU + 4.076.496 FDP 3.191.000 CSU = 21124170 / 62.168.489 Wahlberechtigte = 0,339

immer die Entscheidungen treffen. In beiden Fällen entscheiden drei Personen, aber nur im zweiten Fall wird Abwesenheit sichtbar.

Ein System, in welchem Menschen nur für sich selbst sprechen können, muss sich in zentraler Weise mit Nichtbeteiligung auseinandersetzen. Denn Menschen können nicht immer präsent sein, sie müssen sich selbst erhalten - sie müssen essen, trinken, schlafen, etc.. Ein politisches System, das von den Menschen verlangt dauerhaft an diesem teilzuhaben, macht den Menschen einfach zu einer Staatsfunktion. Menschen wollen und **sollen** sich nicht andauernd mit der Regierung der Gemeinschaft auseinandersetzen. Nichtteilhabe muss der Regelfall der Präsenzdemokratie sein. Das bedeutet, dass ein solches System nicht die Herrschaft der dauerhaft Anwesenden sein darf. Genau wie bei Wahlen jeder nur eine gleiche Stimme besitzt, muss das Verhältnis des möglichen, maximalen Anteils des Ganzen gewahrt bleiben. Das Ziel ist es, wie bereits dargestellt, zu verhindern, dass diejenigen herrschen, die herrschen wollen.

In einer Präsenzdemokratie werden Entscheidungen produziert, an denen die meisten Menschen keinerlei Anteil haben und auch nicht zwingend haben sollen. Es sind also Entscheidungen, die explizit keinen hegemonialen Anspruch besitzen. Diese Entscheidungen sind von Wenigen beschlossen worden und gelten dennoch für Alle. Die getroffenen Entscheidungen sind also immer eindeutig eine Form von offener Herrschaft. Ein zentraler Grundsatz von Präsenzdemokratie muss daher die einfache Widerrufbarkeit von Entscheidungen sein. Die Legitimation dieser Entscheidungen ist also bewusst prekär, um ihre Infragestellung zu ermöglichen. Entscheidungen existieren aber nicht im luftleeren Raum, sondern beruhen auf anderen, früheren Entscheidungen. Die Pfadabhängigkeit und die Implementierungskosten von Entscheidungen sind daher ein zentrales Problem von präsenzdemokratischen Entscheidungen, welche es zu minimieren gilt. Die Antwort auf dieses Problem darf aber, anders als in der üblichen basisdemokra-

tischen Praxis, keine Konsensanforderung sein. Das Ziel ist, Entscheidungen anfechtbar zu machen, ihre Legitimation infrage zu stellen, nicht, diese abzusichern. Demokratie braucht klare Positionen und Streit, nur so ist eine Stabilisierung des Systems zu verhindern. Verschiedene Positionen sollen also weder in einem Konsens aufgelöst, noch in einem Kompromiss bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden. Daher braucht Präsenzdemokratie neue Formen der Implementierung von Entscheidungen, die einerseits geringere Implementierungskosten produzieren und andererseits verschiedenen Positionen Raum geben. ‚Kompromisse‘ könnten also temporal oder lokal begrenzt getroffen werden, um so mehreren Positionen nebeneinander Raum zu geben. Entscheidungen müssen weiterhin immer für möglichst kleine Räume getroffen werden, damit die Kosten eines Widerrufs möglichst gering bleiben.

Die Präsenz von Menschen braucht weiterhin Orte, an denen sie Wirkung entfalten kann. Hier gilt es, von der Occupy-Bewegung zu lernen, die die einfache Anwesenheit von Menschen an einem Ort in eine gegenhegemoniale Aussage verwandelt hat. Die rechtmäßige Präsenz in Parlamenten - Orte die für die Versammlung von Politikern geschaffen wurden - können eine solche Wirkung nicht entfalten. Präsenzdemokratie braucht Orte, an denen es möglich ist, präsent zu sein und die gleichzeitig die herrschende Ordnung immer wieder infrage stellen können. Eine zentrale Frage ist auch, ob eine Verlagerung von physischer Präsenz in orte lose Orte, wie das Internet, möglich ist ohne deren Wirkung einzubüßen und welche spezifischen Formen der Exklusion diese mit sich bringen würden. Solche Orte hätten den Vorteil, dass Entfernungen leichter zu überbrücken wären. Die zentrale Ressource in einer Präsenzdemokratie muss der Aufwand sein, den sie von den Menschen für ihre Präsenz abverlangt. Je größer dieser ist, desto mehr Zeit muss ein solches System den Menschen einräumen, um anwesend sein zu können. Ohne eine grundsätzliche Veränderung der Besitzverhältnisse und einer Begrenzung des Zwangs zur Ausbeutung der eigenen

Arbeitskraft zum Lebensunterhalt, bleibt auch ein solches System die Herrschaft derjenigen, die sich die Zeit für politische Teilhabe leisten können.

Mein Vorschlag für eine Präsenzdemokratie ist also ein System, welches, wann immer möglich, auf der wirklichen Anwesenheit von Menschen basiert. Ein System, in dem Entscheidungen von denjenigen getroffen werden, die wirklich anwesend sind. Damit Nicht-Anwesenheit der Normalfall dieses Systems sein kann, müssen die möglichen Entscheidungen für eine einzelne Person begrenzt sein. Der mögliche Anteil einer einzigen Person muss mit dem Regelfall der Nichtbeteiligung abgewogen werden. Der Anteil der Menschen muss also auf ein mögliches Maximum begrenzt sein. Können Menschen nicht an allen Entscheidungen teilhaben, muss es den Menschen möglich sein, die Entscheidungen zu wählen an denen sie teilhaben wollen. Das Ziel ist nicht, dass Menschen an möglichst vielen Entscheidungen einen Anteil haben, sondern dass sie an wenigen Entscheidungen einen möglichst großen Anteil haben. Ich schlage daher vor, dass Menschen sich frei Entscheidungen zuordnen können, die für sie Bedeutung haben. Das Ziel ist, Entscheidungen zu ermöglichen, in denen die Menschen als demokratisches Subjekt wirklich in Erscheinung treten, in denen ihr Anteil des Ganzen spürbare Wirkung zeigt. Im Gegensatz zu einem repräsentativen System, in dem die StaatsbürgerInnen einen minimalen, nicht wahrnehmbaren Anteil an Hunderten von Entscheidungen haben. Die getroffenen Entscheidungen müssen widerrufbar sein, denn ändern sich die Präferenzen einer Person, können Entscheidungen an der sie keinen Anteil hatte, zentrale Bedeutung erlangen. Darüber hinaus ist es möglich, dass erst durch eine spezifische Entscheidung klar wird, welche Bedeutung eine Entscheidung für eine Person hat. Die Widerrufbarkeit von Entscheidungen muss also zentral sein. Gleichzeitig darf eine einmal gefällte Entscheidung nicht durch eine neue Entscheidung völlig bedeutungslos werden. Am Beispiel des Streits um die Formulierung von Wikipedia-Artikeln

(Edit-Wars) lassen sich die Auswirkungen und Probleme, aber auch die Vorteile eines solchen Systems veranschaulichen (de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Edit-War). Losverfahren sind ein weiterer Weg, um Menschen als demokratische Subjekte sichtbar zu machen und zu verhindern, dass diejenigen, die Macht anstreben, diese auch ausüben können (Rancière 2006 (2): 42). Eine Vergabe von Regierungsämtern durch Losverfahren erfordert jedoch die vollständige Trennung der Ausführung von Gesetzen von deren Formulierung. Des Weiteren müssen Strukturen geschaffen werden, die einen häufigen Austausch von Ämtern ermöglichen, indem Einarbeitungszeit minimiert wird und Jede und Jeder in die Lage versetzt wird, diese Aufgaben zu bewältigen. Ein Beispiel sind Doppelspitzen, die aus einer erfahrenen und einer unerfahrenen Person bestehen. Ein zentrales Problem von Präsenzdemokratie ist, dass sie Anwesenheit benötigt und ihren BürgerInnen damit Zeit abverlangt. Präsenzdemokratie muss folglich ihren BürgerInnen die Möglichkeit bieten, an ihr Teil zu haben. Ein Grundeinkommen könnte ein Startpunkt sein, der es den Menschen erlaubt Präsenz zu zeigen.

Mein eigener Vorschlag kann und soll nicht **die** Alternative zu repräsentativer Demokratie sein. Präsenzdemokratie soll **eine** Alternative unter vielen besseren Alternativen sein, welche nicht im Elfenbeinturm entwickelt wurden, sondern aus einer demokratischen Praxis entstanden sind. Repräsentative Demokratie durch Präsenzdemokratie zu ersetzen, würde nur bedeuten, ein hegemoniales Modell für ein anderes einzutauschen. Präsenzdemokratie ist hingegen ein Widerspruch gegen David Plotkes These der Notwendigkeit von Repräsentation für eine demokratische Praxis, und mein konkreter Vorschlag ist eine Antwort auf dessen Verständnis des herrschenden repräsentativen Systems. Mein Vorschlag ist also kein Bauplan für demokratische Institutionen, sondern ein Angriff auf die demokratische Alternativlosigkeit repräsentativer Demokratie. Denn jeder Versuch, eine

Alternative zu dem hegemonialen Modell repräsentativer Demokratie zu formulieren, schwächt deren Selbstverständlichkeit - ihre hegemoniale Position.

Die Existenz verschiedener demokratischer Institutionen gleichzeitig ist also nicht nur denkbar, sie ist eine Notwendigkeit für Demokratie - ihre Existenzbedingung.

„Democratic citizenship can take many diverse forms and such a diversity, far from being a danger for democracy, is in fact its very condition of existence“

(Mouffe 2005: 74). Repräsentative Institutionen können also durchaus eine demokratische Institution sein. Es muss aber eine bewusste Entscheidung darüber geben, welche Bereiche wir vor unserem eigenen Zugriff schützen wollen, und dazu braucht es eine Alternative. Repräsentative Demokratie darf nicht die einzige Möglichkeit für die Realisierung demokratischer Herrschaft sein. *Demokratien brauchen eine Wahl, nicht die Wahl darüber, welche Menschen herrschen sollen, sondern eine Wahl darüber, wie demokratische Herrschaft, die Herrschaft über uns selbst, funktionieren soll.* Daher ist es notwendig, den Verfassungsrang der staatlichen Institutionen von dem Verfassungsrang der Menschenrechte zu entkoppeln. Anstatt die Würde des Menschen genau wie die spezifische Beschaffenheit einer demokratischen Institution zu behandeln, ist es notwendig, demokratische Institutionen selbst zu demokratisieren.

V Fazit

In dieser Arbeit habe ich die Frage gestellt, was es für eine demokratische Praxis bedeutet, wenn Demokratie nicht auf das repräsentative Modell reduziert, sondern als ein Paradoxon begriffen wird. Auf einer theoretischen Ebene bedeutet dies, dass jede Form der Realisierung von Demokratie Demokratie selbst widerspricht. Realisierungen von Demokratie sind daher immer eine spezifische Einschränkung dieser. Diese spezifische Form der Einschränkung bezeichne ich als

demokratische Institutionen, wenn diese Demokratie nicht bekämpft, sondern sich selbst und damit die jeweilige Einschränkung von Demokratie zur Disposition stellt. Ich habe festgestellt, dass das herrschend hegemoniale Modell von Demokratie diese mit Repräsentation gleichsetzt. Ich habe die Konzeptionen von Repräsentation von Hannah Fenichel Pitkin und David Plotke vorgestellt. Zwischen diesen Konzeptionen von Repräsentation und dem Verständnis von Demokratie als ein Paradoxon bestehen zwei zentrale Widersprüche. Der erste Widerspruch zeigt sich in der bis heute wirkenden aristokratischen Herkunft von Repräsentation. So verstanden Edmund Burke und die englischen Utilitaristen Repräsentation als die Regierung der Besten, welche zu Demokratie als Regierung der Beliebigen im Widerspruch steht. Deren Argumentation findet sich, wie ich gezeigt habe, auch in Pitkins Analyse von Repräsentation und in Texten des politikwissenschaftlichen ‚Mainstream‘, und deren Auswirkungen zeigen sich beispielsweise im Ratifizierungsprozess der EU-Verfassung. Wahlen wirken dabei nicht als ein Korrektiv, sondern enthalten selbst aristokratische Elemente. Dass sich das aristokratische Erbe des Repräsentationsbegriffs bis heute halten konnte, verdeutlicht den zweiten Widerspruch: Das Ziel von Repräsentation ist es, Gesellschaften zu stabilisieren. Die Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika nutzen Repräsentation um Demokratie einzugrenzen und die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse zu stabilisieren. Damit steht Repräsentation nicht nur im Widerspruch zu Demokratie als Paradoxon, sondern zu dem Politischen an sich. Die Repräsentation von hegemonialen Interessen, die Suche nach vernünftigen und korrekten Lösungen, die Passivität von Wahlen, die rechtlichen und systematischen Notwendigkeiten des Parteiensystems und das staatliche ‚Monopol‘ auf Politik tragen dazu bei, Gesellschaften zu stabilisieren. Repräsentation ist somit ein System, das erstens Widerspruch innerhalb des Systems verhindert oder so transformiert, dass die herrschende Hegemonie nicht in Gefahr gerät, und das zweitens politische Anwesenheit entpolitisiert und so Widerspruch außerhalb des Systems unsichtbar macht. Diejenigen, die unsichtbar Widerspruch

üben, erscheinen sprachlos und werden zum Teil der schweigenden Mehrheit, auf der das System beruht. Wer nicht an dem System teilnimmt, für den wird gesprochen, während die eigene Stimme ihrer politischen Bedeutung beraubt wird. Repräsentation als einzig legitimer Ausdruck des Politischen verwandelt externen Widerspruch in interne Zustimmung. Repräsentation ist somit ein System, in dem **jeder für Andere** spricht und **niemand für sich selbst**.

Am Beispiel von David Plotkes Kritik partizipativer Demokratie zeige ich, dass ein demokratisches repräsentatives Modell ebenso unmöglich ist wie die kritisierte partizipative Demokratie; Denn Demokratie ist ein Widerspruch in sich selbst. Ein repräsentatives System ist somit, wie jede andere Form der Realisierung von Demokratie, eine spezifische Einschränkung dieser und muss daher Demokratie widersprechen. In der herrschenden Hegemonie ist Repräsentation aber die einzige Form der Realisierung von Demokratie und trägt selbst dazu bei, diesen Status quo zu stabilisieren. Als einzige Form von Demokratie kann Repräsentation keine demokratische Institution sein, sondern dient schlicht der Stilllegung von Demokratie. Daher ist eine Alternative zu repräsentativer Demokratie notwendig, um eine Wahl zwischen verschiedenen Formen der Einschränkung von Demokratie zu ermöglichen. Daher habe ich eine eigene Alternative zum repräsentativen Modell formuliert. Im Gegensatz zu Repräsentation basiert Demokratie in diesem Modell auf der Anwesenheit der Menschen, anstatt auf ihrer Repräsentation. Ziel dieser Präsenzdemokratie ist, dass Menschen als demokratische Subjekte in Erscheinung treten und für sich selbst sprechen. Meine Alternative soll dabei kein Bauplan für demokratische Institutionen sein, sondern eine Alternative unter vielen. Ich hoffe, dass dieser Text die Frage: ‚Was ist Demokratie?‘ auf eine Weise beantwortet hat, die Neues hervorbringt und dass mein Vorschlag dazu beiträgt, den Diskussionsraum zu öffnen, anstatt ihn zu schließen. Meine Hoffnung ist, dass dieser Text Anregung sein kann für die mutigen Menschen, die auf Straßen Plätzen und Gleisen sitzen und Demokratie leben.

VI Literaturverzeichnis

Abensour, Miguel (2012): *Demokratie gegen den Staat*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Agamben, Giorgio (2011): *Introductory Note on the Concept of Democracy*. in Agamben, et.al. (Hg.Innen): *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 1-5

Alex Demirović (2009): *Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie*. in: Prokla Volume 157, Seite 589-606

Badiou, Alain (2011): *The Democratic Emblem*. in Agamben, et.al. (Hg.Innen): *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 6-15

Barbash, Fred (2003): *Bush: Iraq Part of 'Global Democratic Revolution' Liberation of Middle East Portrayed as Continuation of Reagan's Policies*. in: Washington Post. 06.11.2003. URL: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A7991-2003Nov6.html> Letzter Aufruf: 11.06.2013

Barber, Benjamin (1984): *Strong democracy: participatory Politics for a New Age*. Berkley: University of California Press

Beisheim, Marianne/Michael, Zürn (1999): *Transnatioanle Nicht-Regierungsorganisationen. Eine Antwort auf die Globalisierung?*. in Klein, Ansgar et al. (Hg.Innen): *Neue Soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen, Perspektiven*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. 306-319

Bensaïd, Daniel (2011): *Permanent Scandal*. in Agamben, et.al. (Hg.Innen) *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 16-43

Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. Hamburg: VSA Verlag.

Brown, Wendy (2011): *"We Are All Democrats Now..."*. in Agamben, et.al. (Hg.Innen) *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 44-57

Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (2007): *Hegemonie im globalen Recht - zur Aktualität der Gramscianischen Rechtstheorie*. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.Innen) *Hegemonie gepanzert mit Zwang Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden Baden: Nomos Verlag

bundeswahlleiter.de: *Bundesergebnisse Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009*. URL: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html Letzter Aufruf: 11.06.2013

Burke, Edmund (1990): *Miscellaneous Writings*. URL: <http://www.econlib.org/library/LFBooks/Burke/brkSWv4c2.html> Letzter Aufruf: 11.06.2013

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

- Der Spiegel (1983): *Die Angst der Grünen vor Amt und Macht Sind imperatives Mandat und Rotation verfassungswidrig?* In: Der Spiegel 1983 Nr. 14 URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14023645.html>
 Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Derrida, Jaques (1996): *Gesetzeskraft Der »mystische Grund der Autorität«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Diego Giannone (2010): *Political and ideological aspects in the measurement of democracy: the Freedom House case*. in: Democratization. Volume 17. Nummer 1. Seite 68-97
- Dittberner, Jürgen (2004): *„Sind die Parteien noch zu retten?“ Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle*. Berlin: Logos Verlag
- Drechsler, Hanno/Hilligen, Wolfgang/Neumann Franz (2003): *Gesellschaft und Staat Lexikon der Politik*. (10. Auflage). München: Verlag Franz Vahlen
- Drieschner, Frank/Gehrmann, Wolfgang/Kleine-Brockhoff, Thomas/Kostede, Norbert/Pokatzky, Klaus/Wernike, Christoph (2011): *Wie die Zukunft aus dem Parlament verschwand*. In: Amned, Christoph/Schwarz Patrik (Hg.) *Die Grünen Das Buch*. Hamburg: Edel Germany
- Eschenburg, Theoder (1983) *Die Trickkiste ist leer Auch die Grünen können ihre Abgeordneten nicht zum Verzicht zwingen*. in: Zeit 04.02.1983 URL: <http://www.zeit.de/1983/06/die-trickkiste-ist-leer> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Falter, Matthias (2012): *Was ist politisch? Eine mehrdimensionale Annäherung an Politik und das Politische*. in: Kreisky/Löffler/Spitaler (Hg.Innen): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien: facultas. Seite 67-79
- Freedomhouse 2001: *Democracy's Century*. URL: http://www.social-sciences-and-humanities.com/PDF/century_democracy.pdf Letzter Aufruf: 11.06.2013
- freedomhouse.org URL: <http://www.freedomhouse.org/about-us> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Fukuyama, Francis (1992): *The end of history and the last man*. New York: The Free Press
- Genschel, Phillip; Zangl, Bernhard (2008): *Metamorphosen des Staates - vom Herrschaftsmonopolisten zum Herrschaftsmanager*. in Leviathan Jahrgang 36. Heft 8. Seite 430-454
- Habermas, Jürgen (1985): *Die Neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Hellman, Kai-Uwe (1998): *Paradigmen der Bewegungsforschung Forschungs- und Erklärungsansätze - ein Überblick*. In: *Paradigmen der Bewegungsforschung Entstehung und Entwicklung von neuen sozialen bewegungen und Rechtsextremismus* Hellman, Kai-Uwe/Koopmans Ruud (HG.) Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Seite 9-29
- Jacques, Rancière (2002): *Das Unvermögen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Jörke, Dirk (2006): *Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?* In: Heil/Hetzel (Hg.Innen): *Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld: transcript

- Kreisky, Eva (2012): „Durch die Eiswüste der Abstraktion?“ *Begriffs und Theoriearbeit in der Politikforschung*. in: Kreisky/Löffler/Spitaler (Hg.Innen): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien: facultas. Seite 21-33
- Laclau, Ernesto/ Mouffe Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy*. Towards a Radical democratic Politics. Second Edition. London: Verso.
- Lefort, Claude (1990): *Die Frage der Demokratie*. In Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Lorey, Isabell (2011): *Non-representist, Presentist Democracy*. URL: <http://eipcp.net/transversal/1011/lorey/en>
 Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Madison, James (1787): *The Federalist No. 10 The Utility of the Union as a Safeguard Against Domestic Faction and Insurrection (continued)*. URL: <http://www.constitution.org/fed/federa10.htm> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Manin, Bernard (2007): *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin: MSB Matthes & Seitz Berlin
- Manin, Bernard/Urbinati, Nadia (2008): *Is representative democracy really democratic? Interview of Bernard Manin and Nadia Urbinati*. by Landemore, Hélène. URL: <http://www.booksandideas.net/Is-representative-democracy-really.html> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Menke, Christoph/ Pollmann, Arnd (2007): *Philosophie der Menschenrechte zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag GmbH
- Merkel (2012): *Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des Deutschen Handwerkstages*. URL: <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2012/09/2012-09-13-rede-merkel-zdh.html> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Meyer, Thomas 2009: *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Mouffe, Chantal (2005): *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitischen Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Niedermeyer, Oscar (Hg.) (2013): *Die Piratenpartei*. Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Pitkin, Hanna Fenichel (1967): *The Concept Of Representation*. Berkely: University of California Press.
- Pitkin, Hanna Fenichel (2004): *Representation and democracy: Uneasy Alliance*. in *Scandinavian Political Studies*. Volume 27. Nummer 3. Seite 335-342
- Pöksen, Bernhard (2012): *Clash of Codes Piraten und Medienkompetenz*. URL: <http://www.taz.de/Piraten-und-Medienkompetenz/!95892/> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Poulanzas, Nicos (2002): *Staatstheorie Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA Verlag
- Puddington (2012): *Freedom in the World 2012 The Arab Uprisings and Their Global Repercussions*. URL: http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/FIW%202012%20Booklet_0.pdf

- Rancière, Jacques (2006): *Hatred of Democracy*. London: Verso
- Rancière, Jacques (2011): *Democracies against Democracy*. in Agamben, et.al. (Hg.Innen) *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 76-81
- Rosanvallon, Pierre (2006): *Democracy Past and Future*. New York: Columbia University Press
- Rosanvallon, Pierre (2008): *Counter-Democracy Politics in an Age of Distrust*. Cambridge: Cambridge University Press
- Ross, Kristin (2011): *Democracy for Sale*. in Agamben, et.al. (Hg.Innen) *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 82-99
- Rousseau, Jean Jacques (1782): *The Social Contract or Principles of Political Right*. URL: <http://www.constitution.org/jjr/socon.htm> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Sanders, Lynn M. (1997): *Against Deliberation*. In: *Political Theory*. Volume 25. Nummer 3. Seite 347-376
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main, New York: campus.
- Scherrer, Christoph (2007): *Hegemonie: empirisch fassbar?*. in: Merckens/Diaz (Hg.Innen): *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Hamburg: Argument Verlag. Seite 71 - 85.
- Schindler, Hannes (2009): *Der Eigenwert Zivilen Ungehorsams als demokratische politische Praxis*. URL: http://paradoxon.cwsurf.de/docs/Hannes_Schindler_Der_Eigenwert_Zivilen_Ungehorsams_als_demokratische_politische_Praxis.pdf Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Shapiro, Ian/Stokes, Susan C./Wood, Elisabeth Jean / Kirshner, Alexander S. (2009): *Political Representation*. New York: Cambridge University Press
- tagesschau.de (2012): *Für Schröder bleibt Putin ein "lupenreiner Demokrat"*. Altkanzler zur Präsidentenwahl in Russland. URL: <http://www.tagesschau.de/inland/schroederputin100.html> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Urbinati Nadia (2002): *Mill on Democracy. From Athenian Polis to Representative Government*. Chicago, London: University of Chicago Press
- Urbinati, Nadia/Warren, Mark E. (2008): *The Concept of Representation in Contemporary Democratic Theory*. In: *Annual Review of Political Science*. Volume 11. Page 387-412
- wikipedia.de: *Edit-War*. URL: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Edit-War> Letzter Aufruf: 11.06.2013
- Wöhl, Stefanie (2013): *„Occupy Wall Street“ - Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf demokratische Repräsentation und politische Partizipation*. in: de Nève, Dorothee/Olteanu, Tina (Hg.Innen): *Politische Partizipation jenseits der Konventionen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich. Seite 255 - 279
- Young, Iris Marion (2001): *Activist Challenges to Deliberative Democracy*. in: *Political Theory*. Volume 29. Nummer 5. Seite 670-690.

Zangl Bernhard (2001): *Bringing Courts Back In: Normdurchsetzung im GATT, in der WTO und der EG.* in: Swiss Political Science Review. Volume 7. Nummer 2. Seite 49-80

Žižek, Slavoj (2011): *From Democracy to Divine Violence.* in Agamben. et.al. (Hg.Innen) *Democracy in what State?*. New York: Columbia University Press. Seite 100-120

Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaats Globalisierung und Denationalisierung als Chance.* Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag

1 Primärquellen

BVG: Gesamte Rechtsvorschrift für Bundes-Verfassungsgesetz. Fassung vom 05.06.2013 URL:

<http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138> Letzter Aufruf: 05.06.2013

DDRV: Verfassung der Deutsch Demokratischen Republik. Fassung vom 07.09.1974 URL:

<http://www.verfassungen.de/de/ddr/ddr49-i.htm>

GG: Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Fassung vom 11.06.2012 URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf> Letzter Aufruf: 05.06.2013

VII Anhang

1 Zusammenfassung

Diese Arbeit setzt sich mit der Frage auseinander: „Was ist Demokratie?“. Sie zeigt, dass ‚Repräsentation‘ die bedeutsamste Antwort auf diese Frage ist. Es existiert ein hegemoniales Modell von Demokratie, das dieses auf Repräsentation reduziert. Diese Arbeit stellt demgegenüber die Frage, was Demokratie bedeutet, wenn Demokratie als ein Widerspruch in sich selbst verstanden wird. Jacques Rancière und Chantal Mouffe verstehen Demokratie nicht als Staatsform, sondern als einen Moment des Widerstandes gegen Hegemonie. Demokratie kann deshalb niemals von Dauer sein, und jede Realisierung von Demokratie muss sich selbst widersprechen. Die Konsequenz aus diesem Paradoxon ist nicht, Demokratie aufzugeben, sondern diesen Widerspruch als Existenzbedingung von Demokratie zu verstehen. Jede Form von Herrschaft ist eine Form von Hegemonie und enthält somit die Ausschlüsse, die in der Konstruktion von Hegemonie begründet liegen. ‚Demokratische Institutionen‘ sind darum nicht als Realisierung von Demokratie zu verstehen, sondern eine spezifische Form der Einschränkung von Demokratie die sich immer wieder selbst zur Disposition stellen. In dieser Arbeit wird das Repräsentative Modell vorgestellt und gezeigt, dass Repräsentation im Wesentlichen aus einem aristokratischen Diskurs entstanden ist und dazu gedacht war, Gesellschaften zu stabilisieren, um die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse vor einem demokratischen Zugriff zu schützen. Repräsentation und Demokratie waren ursprünglich Gegensätze. Diese Arbeit zeigt, wie dieses aristokratische Erbe noch heute Wirkung zeigt, und dass sich das Ziel der Stabilisierung von Gesellschaften durch Repräsentation in den zentralen Institutionen heutiger repräsentativer Systeme nachweisen lässt. Repräsentation ist somit ein System, das erstens Widerspruch innerhalb des Systems verhindert

oder so transformiert, dass die herrschende Hegemonie nicht in Gefahr gerät, und das zweitens politische Anwesenheit entpolitisiert und so Widerspruch außerhalb des Systems unsichtbar macht. Diejenigen, die unsichtbar Widerspruch üben, erscheinen sprachlos und werden zum Teil der schweigenden Mehrheit, auf der das System beruht. Repräsentation als einzig legitimer Ausdruck des Politischen verwandelt externen Widerspruch in interne Zustimmung. Repräsentation ist somit ein System, in dem jeder für Andere spricht und niemand für sich selbst.

Repräsentation ist somit eine Einschränkung von Demokratie, wie jede andere Form der Realisierung von Demokratie. Als einzige Form von Demokratie kann Repräsentation aber keine demokratische Institution sein, sondern dient schlicht der Stilllegung von Demokratie. Daher ist eine Alternative zu repräsentativer Demokratie notwendig, um eine Wahl zwischen verschiedenen Formen der Einschränkung von Demokratie zu ermöglichen. Im Gegensatz zu Repräsentation schlägt diese Arbeit daher eine Form von Demokratie vor, die auf der Anwesenheit der Menschen beruht. Präsenzdemokratie ist aber kein Bauplan für eine demokratische Institution, sondern ein Angriff auf die Hegemonie repräsentativer Demokratie. Jede Form der Realisierung von Demokratie ist eine spezifische Einschränkung dieser und daher braucht es andere Formen, die Demokratie annehmen kann. Demokratien brauchen eine Wahl, nicht die Wahl darüber, welche Menschen herrschen sollen, sondern eine Wahl darüber, wie demokratische Herrschaft, die Herrschaft über uns selbst, funktionieren soll.

2 Abstract

This paper poses the question: “What is democracy?”. It shows ‘representation’ as the most popular answer. This hegemonic concept of democracy reduces democracy to representation. Opposing this narrow concept this paper explores the meaning of democracy as a paradox. Jacques Rancière and Chantal Mouffe do not understand democracy as a form of government, but as a moment of resistance against hegemony. Hence democracy can never be permanent and its realization has to contradict itself. The paradox does not imply giving up on democracy, but to comprehend this contradiction as its condition of existence. In social relations every form of power is hegemonic and leads to some form of exclusion due to the antagonistic social construction of hegemony. ‘Democratic institutions’ are therefore no implementation of democracy but a specific way of containing democracy. However a ‘democratic institution’ has to put itself and its containment of democracy into question. This paper will describe the representative model and reconstruct its aristocratic heritage and how representation has been stabilizing society by protecting the existing power- and property-relations. Originally, representation and democracy were opposites. This paper reveals today’s impact of this aristocratic heritage and how central institutions of the representative system still aim to stabilize society. Therefore representation is a system that inhibits opposition from within or transforms opposition, rendering it harmless for the hegemony in power. This system also depoliticizes political presence and turns the opposition outside the system invisible. Those turned invisible by representation seem speechless and thus become part of the silent majority. It is this silent majority that the representative system rests on. Representation as the only legitimate expression of the political turns external opposition into internal compliance. Therefore, representation is a system having everyone speaking for somebody else and no one for themselves.

Consequently, representation is a constriction of democracy as is every other implementation of democracy. In the case of representation being the only possible form of democracy, it cannot be a 'democratic institution'. It only serves to constrict and control the demos. Hence, an alternative to representative democracy is a necessity, enabling the demos to choose between different forms of constricting democracy. In opposition to representation, I propose a different form of democracy: a form of democracy based on real presence of the demos instead of representation. This 'presentist democracy' is no blueprint for constructing a democratic institution but an attack on the hegemony of the representative form of democracy. Every implementation of democracy will constrict democracy in a specific way. Pluralistic forms of democracy are needed so the demos can choose between them. Democracy needs a choice, not an election. A choice, not between who rules but in how the demos rules itself.

3 Lebenslauf

- 1985 Geboren in Kassel, Deutschland
- 2002 Politische Interesse resultiert im Besuch des Leistungskurses Politik und Wirtschaft; Behandlung des Lehrplans unter dem Gesichtspunkt der Globalisierung eröffnet Blick auf politische, ökonomische und soziale Zusammenhänge
- 2005 Abitur am Wilhelmsgymnasium Kassel
- 2005 Beginn des Studiums an der Universität Bremen, im Studiengang Bachelor of Arts Politikwissenschaft
- 2006 Kritische Auseinandersetzung mit dem empirisch fokussiertem Studiengang; Hochschulpolitisches Engagement
- 2007 Teilnahme an den Protesten gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm
- 2008 Vorsitz des Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA) der Universität Bremen
- 2009 Erfolgreicher Abschluss des Studiums; Bachelor Arbeit mit dem Titel: *Der Eigenwert Zivilen Ungehorsams als demokratische politische Praxis*
- 2009 Beginn des Studiums an der Universität Wien, im Studiengang Master of Arts Politikwissenschaft
- 2010 Weitere Arbeiten über Zivilen Ungehorsam und radikale Demokratietheorie; Teilnahme an einem Forschungspraktikum zum Thema: *Neue Theorien zur Internationalen Politischen Ökonomie*
- 2013 Masterarbeit mit dem Titel: *Demokratie braucht eine Wahl. Gegen die Alternativlosigkeit repräsentativer Demokratie*